E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 4-5/11 Jahrgang 60

ver.di

WARNSTREIK!

Redakteure auf der Straße

inhalt

titelthema tarifpolitik

4 **Redakteure auf der Straße**
Warnstreiks gegen massiven Stellenabbau in Zeitungshäusern

kolumne

6 **Skandalös**
„Frankfurter Honorarliste" – Gefälligkeitsgutachten für die Verleger

porträt

7 **Fünf Rollen für die Präsidentin**
Martina Hartung leitet die Jugend der UNI Europa

Foto: ver.di Baden-Württemberg

schwerpunkt pressefreiheit

8 **Arabischer Frühling**
Von Harald Gesterkamp

10 **Freier, schneller und konsequenter**
Aktham Suliman, Deutschlandkorrespondent von al-Daschsira, über die Berichterstattung aus den arabischen Ländern

12 **Aufbruchstimmung**
Gewerkschaftsvertreter trafen sich in Casablanca

13 **Kontrollierter Informationsfluss**
Für Sayed Yaqub Ibrahimi war es in Afghanistan zu gefährlich

14 **Die Welle der Freiheit**
Tunesischer Oppositionssender Radio Kalima sendet bald auf UKW

ver.di-aktuell

16 **Offensive Gegenwehr**
Konferenzdebatten im Fachbereich um Tarifeinheit und Lohndumping

18 **Im Aufwärtstrend**
Fachbereichsjugend mit aktiven Mitstreitern für neue Aktivitäten

19 **Das starke Drittel**
Fachbereichsfrauen fordern schnellstmöglichen Atomausstieg

Joachim E. Roettgers GRAFFITI

Proteste in ganz Deutschland: In Stuttgart (oben), in Ulm (links), Dortmund (rechts) und anderen Redaktionen (s. S. 4 und 5)

20 **Zank programmiert**
Indirekte Einflussnahme auf Rundfunkinhalte über den Geldhahn

21 **Kulturnotgeld aufgelegt**
Landesweite Aktionen am 21. Mai

21 **Lediglich Nullsummenspiele bei Holtzbrinck**

journalismus

22 **Unter Wert verkauft**
Illustratoren ringen gemeinsam mit Berufsband um bessere Honorare

24 **Wo sitzt das Leck?**
Perspektiven radikaler Transparenz von staatlichen Informationen

26 **Rechercheerfolge**
Gespräch mit Steiger von ProPublica – Pulitzer Preisträger

27 **Kein Verstoß bei Exklusiv-Vertrag**
Deutscher Presserat mit umfangreichem Beschwerdeprogramm

27 **Buchrezension: Digitale Mediapolis – Die neue Öffentlichkeit im Internet**

print

28 **Tarifbruch**
Defizitäre Frankfurter Rundschau vor radikaler Kündigungswelle

29 **Rauswurf**
Dithmarscher Landeszeitung missachtet Vergütungsregeln

30 **Gehaltsabschluss bei Thomson Reuters**

30 **Schlussredakteure fliegen bei Bauer raus**

30 **Regionalredakteuren ausgegliedert**

kommentiert

Textabwurfstelle

Von Angelika Ohland | Seit März können Verlage, freie Journalisten und Unternehmen auf „DieRedaktion", dem neuen Online-Portal der Post AG, Texte anbieten und erwerben – mehr als 1.200 registrierte Nutzer meldete das Unternehmen Ende April. Anders als bei com.box oder Spredder versucht hier ein Großunternehmen in Kooperation mit einem Großverlag aus vollen Festplatten Geld zu machen. 10.000 Artikel bietet der Axel-Springer-Verlag für den Anfang zum Verkauf an. Ziel ist es, bereits veröffentlichte Texte weiter zu verwerten, aber auch Autoren und Auftraggeber zusammenzuführen. Der Deutsche Journalisten-Verband hatte der Plattform bereits zum Start sein Gütesiegel gegeben. In einer Pressemitteilung zur Portaleröffnung hieß es: „Axel Springer AG, IDG Communications Media AG und der Deutsche Journalisten-Verband unterstützen DieRedaktion.de".

Freischreiber e.V., der Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten, ist skeptisch, auch wenn das Angebot bei der Zweitverwertung hilfreich sein könnte. Das Portal wird sich nur über die Masse rechnen. Als Textabwurfstelle wird es dem Ansehen journalistischer Arbeit schaden. Sollten Regionalzeitungen aus dem Angebot ihre Seiten „füllen", könnten sie damit die Vergütungsregeln für Tageszeitungsjournalisten weiter unterlaufen. Die Honorare sind nicht an die Auflagenhöhe des Mediums gebunden. Und für Urheberrechtsverletzungen hat die Post AG gleich zu Beginn die Verantwortung abgelehnt.

Vor allem aber vermischt das Portal auf dreiste Weise Journalismus und PR. Es macht daraus auch kein Geheimnis, sondern bezeichnet sich als „B2B-Plattform für Journalisten, Verlage, Corporate Publishing-Dienstleister sowie Unternehmen und Verbände". Die Erfolgsgeschichten, welche „DieRedaktion" in ihrem Newsletter erzählt, stammen denn auch aus der PR-Branche. Da suchte und fand, zum Beispiel, ein Marketingleiter im Holzhandel einen „Journalisten mit Holz-Know-how". Aber wieso einen Journalisten? Schätzt die PR-Branche die eigene Zunft so gering, dass sie nicht von Textern oder PR-Autoren reden mag? „DieRedaktion" nennt sich „Journalismusbörse", ist aber ein Marktplatz für Texte aller Art – als Qualifikationsnachweis für Autoren reicht, anstelle eines Presseausweises, die Empfehlung durch zwei Portal-Nutzer. Mit einer Redaktion hat „DieRedaktion" sowieso nichts zu tun. Das Portal betreibt ausschließlich Online-Verwaltung und -vermarktung. Den Begriff Qualitätsjournalismus stellt es in eine Reihe mit „Premium Content". Journalismus – was war das noch mal?

Die Autorin ist Mitglied im Freischreiber e.V.

editorial

30 **Schon entdeckt? Das Dossier**

31 **Zurück zur alten Stärke!**
WAZ-Titel versammeln sich um „großen Tisch"

rundfunk

32 **Quo vadis, Deutsche Welle?**
Mittelkürzung und Radikalreform beim deutschen Auslandsfunk

34 **Keine Ergebnisse in Sicht**
Rundfunkanstalten machen schlechte oder keine Angebote

film

34 **Umfrage an Filmschaffende verlängert**

Foto: Michael May

34 **Praktikantin hat Anspruch auf Lohnnachzahlung**

35 **Am Puls der Zeit**
Filme zur ökologischen und politischen Krise

36 **Verhandlungsbeginn für Kinos**
ver.di fordert kräftige Lohnerhöhung in zwei Stufen

36 **Filmrezension: Bad Boy Kummer**

internationales

37 **Funkstille**
Streik: Vier Tage keine Nachrichten in Griechenland

38 **Für mehr Solidarität**
Beth Costa aus Brasilien ist neue IJF-Generalsekretärin in Brüssel

38 **Aktion für Banjir Ambarita, Indonesien**

39 **Junge Zeitung in Südafrika**
The New Age – unabhängig, kritisch, nicht regierungsfeindlich

rubriken

40 **Service**

44 **Impressum**

44 **Leute**

45 **Preise**

Pressefreiheit sichern!

Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Dennoch wird sie in vielen Ländern mit Füßen getreten. Die Liste der „Feinde der Pressefreiheit", die jedes Jahr am 3. Mai von Reporter ohne Grenzen (ROG) heraus gegeben wird, ist lang. 38 Staats- und Regierungschefs, Könige, paramilitärische Gruppen, kriminelle Netzwerke und extremistische Organisationen verdienen 2011 diesen Titel. „Sie missbrauchen ihre Macht, um kritische Medien zu zensieren, Journalisten zu entführen, zu foltern und zu ermorden. 30 dieser Akteure sind Vertreter oder Organe der Staatsmacht", heißt es in der Begründung. Zehn der Feinde finden sich wie im vergangenen Jahr in der Region Naher Osten / Nordafrika. Der tunesische Machthaber Zine el-Abidine Ben Ali ist von der Liste verschwunden. Hier hat die Pressefreiheit wie in anderen Staaten vom arabischen Frühling mit seinen Massenprotesten gegen verhasste Regime profitiert. (Schwerpunkt S. 8 – 14) Neu auf der Liste ist der König von Bahrain, Hamad bin Isa al-Chalifa. „Wir haben Hochachtung vor allen Kolleginnen und Kollegen, die in einer Atmosphäre der Einschüchterung, Bedrohung oder Gewalt ihrer journalistischen Verantwortung gerecht werden", heißt es in einer dju-Stellungnahme. Dennoch sei Pressefreiheit leider nicht nur ein Auslandsthema. In Deutschland werde durch Zusammenlegung von Redaktionsteilen oder ganzen Titeln die Meinungs- und Pressevielfalt reduziert. Pressefreiheit und Qualitätsjournalismus gehören laut dju zusammen. Letzterer ist im Abgang geprägt durch Stellenabbau, Outsourcing und Leiharbeit, die zu enormer Arbeitsverdichtung führen. Aber damit nicht genug: In der laufenden Tarifrunde der Tageszeitungsjournalisten greifen die Verleger massiv die Tarife an. „Weniger Geld für mehr Arbeit" scheint das Motto. Der Journalistenberuf wird abgewertet. Redakteurinnen und Redakteure wehren sich. In vielen Städten kam es zu Warnstreiks und anderen Protestaktionen im Umfeld der Tarifverhandlungen. (Titelthema S. 4 – 5)

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

& aufgespießt

Gegen den Rotstift

Von Karin Wenk | Man muss sich auch selber kümmern, mobil und flexibel sein, heißt es häufig, laut tönend aus Politikermund! Da verwundert es schon, wenn gerade denjenigen, die mit einer Existenzgründung das Heft selbst in die Hand nehmen wollen, wieder mal die Unterstützung versagt werden soll.
So will das Bundeskabinett am 25. Mai beschließen, die Mittel für die Existenzgründungsförderung radikal auf ein Viertel zu kürzen und den Anspruch auf einen Gründungszuschuss zu streichen.
Damit steht diese „Anschubfinanzierung" aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung faktisch vor dem Aus. Dabei hat sie sich – fixiert im Arbeitsförderungsrecht – in den vergangenen Jahren bewährt. Die Bundesregierung selbst hat stets bekräftigt, dass Gründungsförderung ein wichtiges Instrument bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist. Und nun setzt sie hier den Rotstift an. Nach dem Referentenentwurf vom 6. April soll der Gründungszuschuss von einer Pflicht- zur Ermessensleistung werden. Damit sind der Willkür Tür und Tor geöffnet. Als Voraussetzung, um den Zuschuss zu erhalten, muss ein Arbeitslosengeld I-Restanspruch von 180 (bisher von 90) Tagen vorhanden sein. Die Dauer der Förderung soll von neun auf sechs Monate reduziert werden. Anschließend kann für neun – bisher sechs – Monate ein Pauschalbetrag von 300 Euro für die soziale Absicherung weitergezahlt werden.
Das sind tiefe Einschnitte. Schon die bisherige Gründungsförderung über neun Monate ist nach Ansicht von ver.di für eine Existenzgründungsphase zu knapp bemessen. Sie kann allenfalls die Untergrenze für die Förderung sein. Deshalb will ver.di den Anspruch auf Gründungszuschuss erhalten! Mehr noch: Er soll auch für Empfänger/innen von ALG II zum Bestandteil der Existenzgründungsleistungen werden. Notwendig ist zudem eine finanzielle Unterstützung bei der Beschaffung von Sachgütern. Zu den finanziellen Leistungen muss der gesicherte Zugriff auf flankierende Leistungen kommen wie Beratung, Qualifizierung, Coaching. Eine umfassende und qualifizierte Beratung ist unerlässlich, steht doch ein/e Existenzgründer/in vor vielfältigen Anforderungen und einem großen finanziellen und sozialen Risiko.
ver.di hat Gründerinnen und Gründer aufgefordert mit positiven Beispielen zu belegen, welch hohen Stellenwert die Existenzgründungsförderung hat. Unter www.selbststaendige.verdi.de sind die Einsendungen zu lesen. Wer auch noch über eigene Erfahrungen berichten will, kann dies tun mit einer Mail: Selbststaendige@verdi.de

Foto: ver.di Baden-Württemberg

Redakteurinnen und Redakteure der Südwest Presse Ulm zeigen Flagge

Redakteure auf der Straße

Warnstreiks gegen massiven Tarifabbau in Zeitungshäusern

Ergebnislos blieb auch die vierte Verhandlungsrunde für die bundesweit 14.000 Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen am 4. Mai in Dortmund. Aber mit der Ruhe in den Redaktionen ist es vorbei! Mit Warnstreiks und Demonstrationen machten rund 1.500 Redakteur/innen aus Tageszeitungen – teilweise mit Unterstützung von Verlagen und Druckereien – in Rostock, Hamburg, Bremen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg klar, dass sie weitere Absenkungen im Flächentarifvertrag und bei den Einkommen nicht hinnehmen werden.

Die *Süddeutsche Zeitung* erschien am 4. Mai mit einem reduzierten Lokalteil. Auch die *Frankfurter Rundschau* kam mit einem geringeren Umfang und „nicht überall in der gewohnten Aktualität“ heraus, hieß es in eigener Sache. In Dortmund zogen etwa 200 Beschäftigte vor allem der WAZ-Mediengruppe zum Verhandlungsort. Sturheit von Seiten der Verleger, die bei ihren noch nie da gewesenen massiven Kürzungsforderungen blieben, und dazu ein konsequentes Nein von ver.di bestimmten die Atmosphäre dieser Runde. Das unverschämte Verlangen der Arbeitgeber richtet sich auf weniger Urlaubsgeld, längere Arbeitszeiten und der Gipfel: Ein Tarifwerk 2, mit 25 Prozent weniger Einkommen für Berufseinsteiger. In zehn Jahren kämen rund 100.000 Euro weniger pro Redakteurin oder Redakteur zusammen.

Nicht nur Jungredakteure würden darunter fallen, sondern alle Beschäftigten, die den Arbeitgeber wechseln oder in eine andere Gesellschaft ausgelagert werden. „Skandalös ist ebenfalls, dass die notwendigen Tariferhöhungen verweigert werden“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer Frank Werneke. ver.di fordert 4 Prozent mehr Gehalt und Honorar. „Die Kolleginnen und Kollegen werden durch die Verleger in ihrer beruflichen Wertschätzung angegriffen, wenn sie den Tarif massiv absenken wollen. Auf diese Weise provozierten sie „einen ausdauernden Arbeitskampf in Zeitungsverlagen“, sagte Werneke.

Bereits Ende März und im April gab es einen Vorgeschmack auf heftige Gegenwehr. Redakteurinnen und Redakteure machten mit vielfältigen Aktionen klar, dass ihr Vertrauen in die Verlegerseite nachhaltig erschüttert ist. Schließlich haben tarifliche Zugeständnisse außer Reallohnverlusten für die Redakteure nichts gebracht: keine Arbeitsplatzsicherheit, keine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, keine Aufwertung der Arbeit. Und mit Leiharbeit, Tarifflucht und Auslagerungen verfolgen die Verleger nur das Ziel, die Kosten für die Redaktionen zu drücken. „Das wollen sie sich von den Gewerkschaften durch den Tarifvertrag 2 jetzt auch noch absegnen lassen“, ist dju-Vorsitzender Ulrich Janßen empört.

„Arbeitgeber wollen doch nur unser Bestes – Unser Geld!“ Mit diesem Satz machten Beschäftigte vom *Freien Wort* in Suhl ihrem Unmut Luft. Sie schrieben ihn auf Papp-Eier, mit denen sie zu Ostern nach einer Betriebsversammlung das Foyer der Suhler Verlaggesellschaft schmückten. In Ostwestfalen-Lippe musste sich die Geschäftsleitung des *Mindener Tageblatt* den kreativen Protest von empörten Redakteuren ansehen: Gegenüber vom Verlags-

Frank Werneke (oben) und Ulrich Janßen (unten) in Dortmund

450 Redakteure von 14 Tageszeitungen trafen sich in Stuttgart zu einem ganztägigen Streik

Foto: Frank Biermann

NRWler kamen in Bielefeld zusammen

gebäude hatten Beschäftigte aus dem eigenen Haus, aber auch vom *Haller Kreisblatt* sowie der *Neuen Westfälischen* eine Plakatwand selbst gestaltet. Sie griffen zu Stift und Farbtopf, zeichneten einen angedeuteten Leser mit einer aufgeschlagenen Zeitung und verzierten sie mit der Schlagzeile „Die Verleger trauen sich was: 25 Prozent weniger Gehalt für Redakteurinnen und Redakteure, das motiviert – zum Streik!“. Die Plakatwand wurde für einige Wochen gemietet, damit der Arbeitgeber noch Zeit zum Betrachten und Nachdenken hat.

Die Beschäftigten der *Neuen Westfälischen* beteiligten sich auch am 11. April an der Feier, die anlässlich des 200. Jubiläums des Blattes stattfand. Sie waren nicht eingeladen, dafür aber viele Prominente. Die Gäste wurden von rund 100 Redakteurinnen und Redakteuren und Kollegen der Druckvorstufe empfangen, die ihnen entgegenhielten „Sekt für Euch – Minus 25 Prozent für uns“. An diesem Tag waren auch Beschäftigte vom *Westfalen-Blatt, Die Glocke, Haller Kreisblatt, Lippische Landeszeitung* und *Mindener Tageblatt* in den Warnstreik getreten und mit Bussen nach Bielefeld gefahren. Sie nutzten dort die Chance, um auch die Politik über die Forderungen der Verleger zu informieren. Bundespräsident Christian Wulff nahm einen Protestbrief der Streikenden entgegen, betonte aber, dass er sich in seinem Amt nicht in laufende Tarifverhandlungen einmischen dürfe. Er ging jedoch in seiner Rede auf den Wert von Qualitätsjournalismus ein: „Regionalzeitungen wie die *Neue Westfälische* geben dem Diskurs vor Ort eine Plattform. Sie leisten einen Beitrag zur Meinungsvielfalt. Sie stellen Öffentlichkeit und Transparenz her.“ NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft begrüßte etliche der Protestierenden persönlich. Als Ministerpräsidentin dürfe auch sie sich nicht in die Tarifrunde einmischen. Aber als stellvertretende Vorsitzende im SPD-Parteivorstand habe sie ganz andere Möglichkeiten. Die *Neue Westfälische* gehört mehrheitlich der Presse-Druck GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der dd_vg, der SPD-Medienholding, in deren Aufsichtsrat Hannelore Kraft sitzt. „Das waren sehr positive Signale aus der Politik“, stellte Frank Biermann, Mitglied im Vorstand der dju-NRW fest. „Wir werden zu gegebener Zeit besonders die Ministerpräsidentin an ihr Versprechen erinnern, dies auch in der SPD zu thematisieren.“

Foto: Norbert Szepan

Foto: Frank Biermann

Hautnah mit der Politik: Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von NRW

Foto: Ernst Sielemann

Joachim E. Roettgers GRAFFITI

Die dd_vg ist auch mit 23,1 Prozent an der Verlagsgesellschaft Madsack beteiligt. Dort versammelten sich am 8. April rund 90 Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Abteilungen des Pressehauses (*Hannoversche Allgemeine Zeitung, Hallo Sonntag, Hallo Wochenblatt*) in Hannover-Kirchrode zwischen 12 und 13 Uhr zu einer kreativen Mittagspause an der Gulaschkanone bei Erbensuppe. Eingeladen hatte die ver.di-Betriebsgruppe, die ab 7.30 Uhr vor und in dem Pressehaus Gutscheine „für eine gemeinsame Stärkung heute vor dem Tor“ verteilt hatte. Bereits in den Wochen zuvor wurde mit Flugblattaktionen über die Haltung der Verleger in der Tarifrunde informiert. Während der kreativen Mittagspause wiesen Sprecher der Betriebsgruppe auf die historische Chance hin, dass Beschäftigte aus allen drei Tarifbereichen (Verlag, Technik und Redaktion – hier sind nahezu alle Tarifverträge derzeit offen) gleichzeitig und gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen können. Sie betonten, dass die Forderungen der Verleger völlig inakzeptabel sind. Entgegen der Behauptungen der Verleger sei genügend Geld da, das gemeinsam von allen verdient werde. An den Protesten in der folgenden Woche unter dem Motto „Wie buchstabiert man Wert und Würde“ – ebenfalls zur Mittagszeit – beteiligten sich noch mehr Beschäftigte. An diesem Tag fand die erste Verhandlung für die Druckindustrie statt, die ergebnislos blieb. Auch hier fordern die Arbeitgeber, dass Tarifleistungen gekürzt werden – häufig sind es die gleichen Arbeitgeber wie bei den Redakteuren, da vielen Verlegern die Druckmaschinen gehören. ver.di-Gewerkschaftssekretärin Brigitte Rode rief dazu auf, dass sich Beschäftigte aus den Redaktionen, der Druckerei und dem Verlag gemeinsam wehren. An die Adresse des Arbeitgebers kündigte die ver.di-Betriebsgruppe an, dass es bei Madsack künftig öfter heißen wird: „Wir machen dann mal Pause ...“.

Zu den schwarzen Schafen der Branche gehört auch die Südwest Presse. Nach einer dju-Tarifkonferenz am 11. April zogen die Teilnehmer vor das Verlagsgebäude im Ulm.

„Was? Geht das mit den Kürzungen jetzt auch schon bei den Zeitungen los?“ Ziemlich fassungslos reagierte eine Passantin und Zeitungsleserin vor der Nürnberger Lorenzkirche, als eine Journalistin sie über die Tarif-„Wünsche“ der Verleger aufklärte. In Bayern waren am 14. April 13 Tageszeitungen von Warnstreiks betroffen. Allein nach Nürnberg zur zentralen Kundgebung kamen rund 300 Redakteurinnen und Redakteure von zehn Verlagen. In

Foto: ver.di NRW

„Aktive Mittagspause“ vor dem Handelsblatt-Verlagshaus in Düsseldorf

ganz Bayern waren mehr als 500 Beschäftigte im Ausstand. Die Nürnberger Fußgängerzone war am 14. April das Zentrum des Protests gegen das aberwitzige Forderungspaket der Verleger. Den weitesten Weg hatten Beschäftigte von der *tz München*, vom *Münchner Merkur*, von der *Augsburger Allgemeinen* und von der *Mittelbayerischen Zeitung* in Regensburg. An der Kundgebung beteiligten sich auch Streikende von *Nürnberger Nachrichten* und *Nürnberger Zeitung, Neuer Tag Weiden, Amberger Zeitung, Fränkische Landeszeitung Ansbach* und *Nordbayerischer Kurier Bayreuth*. Bestreikt wurden auch das *Rosenheimer Volksblatt*, die *Allgäuer Zeitung* im Kempten und das *Main-Echo Aschaffenburg*. Zum Warnstreik hatten die dju in ver.di und der Bayerische Journalistenverband aufgerufen. In einem Grußwort stellte der mittelfränkische DGB-Vorsitzende Stephan Doll die Frage, wie es den Zeitungsverlagen beim angestrebten künftigen Tarifniveau gelingen will, wirklich gute Köpfe für die Redaktionen zu gewinnen.

Silke Leuckfeld / Karin Wenk ■

http://tarifrunde-print.verdi.de/

Skandalös

„Frankfurter Honorarliste" – Gefälligkeitsgutachten für Verleger

Von Günter Herkel | „Deutsche Profi-Journalisten in Südostasien bearbeiten und formulieren ihre Rohtexte: Kompetent – individuell – zeilengenau. Und konkurrenzlos billig!" So bot vor acht Jahren ein „European Asian Business Network" seine Dienste an. „Konkurrenzlos billig, das stimmt", kommentierte damals die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* und fragte rhetorisch: „Welcher Texter aus Berlin oder München könnte Honorare unterbieten, zu denen sein Konkurrent aus Thailand arbeitet? Eine Zeitungszeile unter Palmen kostet 30 Cent, eine Arbeitsstunde 15 Euro".

Ginge es nach den Vorstellungen der Verleger in den neuen Bundesländern, so hätte das „üppige Leben" freier Texter unter Palmen keine Zukunft. Denn zwischen Rostock und Zwickau werden freie Mitarbeiter durchaus mit Zeilensätzen abgespeist, die ein Überleben selbst in Bangkok erschweren würden. Das geht aus einer Honorarerhebung hervor, die die „Arbeitsstelle Vergütung" im Forschungs- und Studienschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt / Oder zusammengestellt hat. Diese so genannte „Frankfurter Honorarliste" ist – um das gleich vorauszuschicken – ein Skandal. Und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Skandalös ist die Liste zuallererst im Hinblick auf die Honorargepflogenheiten bei den 63 untersuchten Mantel- und Regionalausgaben. Das durchschnittliche Zeilenhonorar – bereinigt um Auflagenzahlen und Text – beträgt 30 Cent. Dabei variiert die Honorarspanne beträchtlich. Das niedrigste Honorar beträgt fünf Cent (!) pro Zeile, das höchste liegt bei 85 Cent – bei einer Auflage von mehr als 200.000 Exemplaren. Die Honorarangaben stammen von den Verlagen selbst.

Ab einer Auflage von 200.00 Exemplaren (*Mitteldeutsche Zeitung* Halle, Zeitungsgruppe Thüringen, *Freie Presse* Chemnitz, *Sächsische Zeitung, Leipziger Volkszeitung*) wurden im Schnitt 47 Cent pro Zeile gezahlt. Bei den Blättern mit einer Auflage von 100.000 bis 200.000 Exemplaren (*Magdeburger Volksstimme*, Suhler Verlagsgruppe) betrug das durchschnittliche Zeilenhonorar 41 Cent. Bei Auflagen zwischen 50.000 und 100.000 fiel es auf 32 Cent, zwischen 10.000 und 50.000 auf 24 Cent, bei Blättern unterhalb einer Auflage von 10.000 Exemplaren auf durchschnittlich 13 Cent.

Wollte ein durchschnittlich bezahlter freier Mitarbeiter in Ostdeutschland auf 3.000 Euro brutto im Monat kommen, so wird in einem Blogbeitrag der „Freischreiber" vorgerechnet, so müsste er in dieser Zeit 10.000 Druckzeilen liefern, also – bei 100 Druckzeilen pro Artikel – „etwa fünf Dreispalter je Arbeitstag".

Nun sind seit dem 1. Februar 2010 die zwischen ver.di, DJV und Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger vereinbarten „Gemeinsamen Vergütungsregeln" in Kraft. Diese setzen den nach § 32 des Urhebergesetzes verbindlichen Maßstab für die Honorare, die Zeitungsverlage in Deutschland ihren freien Mitarbeitern auf Verlangen zahlen müssen. Nach diesen Vergütungsregeln werden aber für das Erstdruckrecht in einer Zeitung mit über 200.000 Auflage – je nach Textart – zwischen 91 und 165 Cent fällig. Das niedrigste Zeilengeld, das die Vergütungsregeln überhaupt zulassen, beträgt 38 Cent, für den Zweitdruck in einem Blatt unter 10.000 Auflage. Vergleicht man Ist- und Soll-Zustand in den neuen Ländern, so wird eines klar: Alle Tageszeitungen im Osten zahlen Honorare, die einer gerichtlichen Überprüfung auf Angemessenheit nicht standhalten würden.

Das sieht offenbar auch die Frankfurter „Arbeitsstelle Vergütung" so. Und springt den Verlagen der betroffenen Blätter zur Seite. Es bestehe „die Gefahr", heißt es in der Einleitung zu der im April publizierten Studie, „dass die Gerichte in den neuen Ländern die Gemeinsamen Vergütungsregeln bei Honorarauseinandersetzungen zwischen Verlagen und freien Mitarbeitern trotz der erheblichen Unterschiede der Marktverhältnisse in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern als Ausgangspunkt für die richterliche Schadensschätzung zugrunde legen".

Dass eine wissenschaftliche Einrichtung die Möglichkeit, angemessene Honorare für Freie auf klarer rechtlicher Grundlage durchzusetzen, als „Gefahr" bezeichnet, ist schon disqualifizierend genug. Aber Professor Johannes Weberling, Leiter der „Arbeitsstelle Vergütung", geht noch einen Schritt weiter. Nach seiner Logik gelten die Gemeinsamen Vergütungsregeln in den neuen Ländern gar nicht. Schließlich hätten die dortigen Verlegerverbände diese nicht unterschrieben. Zudem entsprächen die dort vereinbarten Honorare nicht der „tatsächlichen Branchenübung". Sie würden mithin „die Tageszeitungsverlage in den neuen Ländern unvertretbar, da den Marktverhältnissen nicht entsprechend, wirtschaftlich belasten und dadurch das derzeit bestehende redaktionelle Angebot zum Schaden für alle gefährden".

Tatsächliche Branchenübung? Das klingt ein wenig nach einer Lizenz zu kontinuierlichem Honorardumping. Und was das Beharren auf einer Art Notopfer Ost betrifft: Weder in der zwischen Verlegern und Journalisten unterschriebenen Vereinbarung noch im Urheberrechtsgesetz findet sich eine regionale Begrenzung. Zudem lassen sich derartige Hungerhonorare, wie sie im Osten der Republik gezahlt werden, kaum mit unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Ost und West rechtfertigen.

Darüber hinaus ergibt eine derartig interessengeleitete Unterscheidung zwischen ost- und westdeutschen Tageszeitungsverlagen ohnehin keinen Sinn, wie ver.di-Tarifexperte Matthias von Fintel zu Recht anmerkt: „Die Ostverlage sind nämlich Tochterunternehmen von Westverlagen und liefern zumeist positive Konzernergebnisse nach Westen ab."

Wäre die „Frankfurter Honorarliste" samt rechtlichem Beiwerk eine Publikation der „Arbeitsgemeinschaft der Verlagsjustiziare", deren Vizevorsitzender Weberling ist, könnte man den Vorgang achselzuckend als reichlich durchsichtigen Lobbyismus abhaken. Aber das Siegel der Europa-Uni Viadrina sucht dem Ganzen ein wissenschaftliches Mäntelchen zu verleihen. Freiheit der Wissenschaft? Aber immer! Gefälligkeitsgutachten für Verleger? Schaden eher dem Ruf der Europa-Uni. Dass Advokat Weberling „meist die Seite von Tageszeitungen" vertritt, hat sich mittlerweile schon bis zu Wikipedia herumgesprochen.

Den Freien aber, die tatsächlich für lumpige fünf Cent ihre Arbeitskraft verkaufen, sei einstweilen das Motto der vier Stadtmusikanten mitgegeben: Geht nach Bremen (oder auch nach Bangkok)! Etwas Besseres als den Tod werdet ihr allemal finden. ■

Günter Herkel

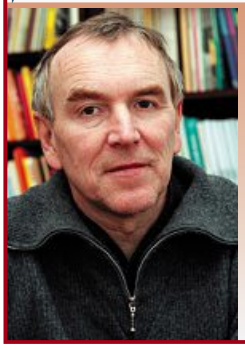


Foto: Christian v. Polentz / transitfoto.de

Günter Herkel lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk

Foto: Ch. v. Polentz / transitfoto.de

Fünf Rollen für die Präsidentin

Martina Hartung leitet die Jugend der UNI Europa

Von Susanne Stracke-Neumann | Entwicklerin, Vermittlerin, Botschafterin, Moderatorin, Netzwerkerin – mit diesen Begriffen beschreibt Martina Hartung ihre neue Aufgabe als Jugendpräsidentin der Union Network International (UNI) – Global Union in Europa. UNI Europa ist eine Föderation von 330 europäischen Gewerkschaften im Dienstleistungs- und Kommunikationsbereich. Sie vertritt sieben Millionen Mitglieder. Die Altersgrenze für die europäische Gewerkschaftsjugend liegt bei 35 Jahren und nicht wie in ver.di bei 27. Deshalb kann die 32jährige in den kommenden beiden Jahren ihre Erfahrung als Jugendvertreterin mit ihrer Leidenschaft für internationale Zusammenarbeit auf das Beste verbinden, erklärt Martina Hartung mit ihrem leisen, fröhlichen Lachen.

Für die ver.di-Jugend ist sie bereits seit 2006 auf der europäischen Ebene aktiv. Auch das Gremium, das sie jetzt leitet, ist ihr vertraut, denn bis zu ihrer Wahl im Januar 2011 in Manchester arbeitete sie bereits seit zwei Jahren im Lenkungsausschuss der Europa-Jugend von UNI mit. „Ich agiere als Entwicklerin, wenn es um die politische Ausrichtung des UNI-Europa-Ausschusses geht“, beschreibt sie ihre neue Rolle. „Ich bin Moderatorin innerhalb des Gremiums, weil ich die Prozesse in den einzelnen Arbeitsgruppen im Blick haben muss und vorantreibe“, skizziert sie ihre zweite Rolle. Als „Botschafterin“ der Europa-Jugend versteht sie sich, wenn sie beispielsweise im Mai beim Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds in Athen die Arbeit der UNI-Europa-Jugend vertritt. Als „Netzwerkerin“ empfindet sie sich, wenn sie für den Informationsaustausch über die Jugendarbeit in den verschiedenen Ländern sorgt und hilft, gemeinsame Projekte anzuschieben. Als „Vermittlerin“ schließlich sieht sie ihre Aufgabe, wenn sie im UNI-Europa-Vorstand, dem sie als Jugendpräsidentin automatisch angehört, die Jugendthemen in die Debatte einbringt und dabei einen guten Bekannten trifft: Denn der Präsident der UNI Europa ist der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Mit ihren zwei Vizepräsidentinnen und je einem Vizepräsidenten aus Frankreich, Portugal und England sowie den anderen Mitgliedern des 16köpfigen Vorstands will sich Martina Hartung dabei vor allem auf vier Themenkomplexe konzentrieren: kostenfreie Aus- und Weiterbildung, die Ausländer- beziehungsweise Grenz- und Migrationspolitik innerhalb der Europäischen Union sowie nach außen – und der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz. Ganz oben auf Martina Hartungs Agenda steht die Jugendarbeitslosigkeit, die in vielen europäischen Ländern sehr hoch ist, und eine Generation, die ihren Berufseinstieg über niedrig entlohnte Leiharbeit oder immer neue Befristungen suchen muss. „Da bekommen wir als Gewerkschaften ein langfristiges Problem“, warnt Martina Hartung, „weil wir an die Jugend gar nicht mehr rankommen. Wie sollen diese jungen Leute überhaupt die Standards kennenlernen, die für ihre Eltern noch gegolten haben?“

Sie hat die Regeln für gute Arbeit in ihrer Ausbildung als Verlagskauffrau in Schwerin kennengelernt, wo sie sich in der Jugendauszubildenden-Vertretung (JAV) engagiert und mit Gleichgesinnten das JAV-Netzwerk mit dem schönen Namen „Nilpferd“ aufgebaut hat. Nilpferde werden unterschätzt, war damals die Überlegung. Wer die ruhige und höfliche Martina Hartung kennenlernt, könnte sie zunächst auch unterschätzen. Doch so hoch konzentriert sie als Gesprächspartnerin ist, so ausdauernd und durchsetzungsfähig ist sie auch im Verfolgen ihrer Ziele und klar strukturiert in ihrer Arbeit: Dazu gehört dann auch der nicht immer einfache Job in der Antragsberatungskommission für den nächsten UNI-Europa-Kongress im Oktober 2011 in Toulouse. Dass die immer neugierige und reiselustige junge Frau ihrer Liste der Kongressstädte nach Nyon am Genfer See und Brüssel, Manchester, Barcelona, Moskau und Nagasaki eine weitere hinzufügen kann, gefällt ihr natürlich auch. „Ein bisschen Fernweh habe ich immer schon gehabt.“

Nach der Ausbildung in Schwerin hat sie in Hamburg in einer Media-Agentur gearbeitet und gleichzeitig die Arbeit der Fachbereichsjugend in ver.di mit aufgebaut. Dann lockte sie 2003 das Studium der Publizistik, Kultur- und Kommunikationswissenschaft nach Berlin an die Freie Universität und an die Humboldt-Universität. Neben der Jugendarbeit im Bundesfachbereich Medien, Kunst und Industrie, kurz „medien.k.ind“ genannt, hat sie sich auch im Landesfachbereich Berlin-Brandenburg für die Jugendvertretungen in Betrieben eingesetzt und ist dort im geschäftsführenden Vorstand. Dass sie sich als Hans-Böckler-Stipendiatin auch in dieser Organisation für die Belange der Studierenden einsetzte, verwundert kaum. Bis zu ihrem Studienabschluss im Dezember 2010 saß sie im Kuratorium der Stiftung.

Eingleisig fahren wird die junge Frau auch in Zukunft nicht: Neben der Präsidentschaft heißt das nächste Ziel: Promotion – wenn sie nicht gerade Projekte der gewerkschaftspolitischen Bildung bei ver.di betreut. Langfristig soll ihr Weg in eine strategisch und international ausgerichtete Position der Gewerkschafts-, Sozial- oder Menschenrechtspolitik führen – und zu einer Familie mit ihrem Freund Carsten. Dass dabei auch Hobbys wie Theater, Ausstellungen und vor allem ihr großer Freundeskreis nicht zu kurz kommen sollen, versteht sich. ■

Arabischer Frühling

Journalisten, darunter New York Times Fotografen Tyler Hicks (1.v.l.) und Lynsey Addario, Getty Images Fotograf John Moore (2.v.l.), der freiberufliche Fotograf Holly Pickett (3.v.l.) und Freiberufler Philip Poupin (4.v. l) versuchen sich während einer Bombardierung durch libysche Regierungstruppen auf einen Checkpoint in der Nähe der Ölraffinerie von Ras Lanuf am 11. März 2011 in Sicherheit zu bringen. Tyler Hicks und Lynsey Addario waren später zusammen mit den NYT-Reportern Stephen Farrell und Anthony Shadid von libyschen Soldaten einige Tage gefangen gehalten worden.

Seit Dezember ist die Welt in Nordafrika und am Golf nicht mehr so wie sie jahrzehntelang war. In Tunesien und Ägypten gelang es – meist jugendlichen – Protestierern, die verhassten Regime zu stürzen. Auch die Pressefreiheit profitierte in diesen Ländern. Danach allerdings geriet der arabische Frühling ins Stocken: In Libyen tobt ein Bürgerkrieg, und auch in Syrien will ein Alleinherrscher die Macht nicht abgeben. Für einheimische und auch ausländische Journalisten ist die Berichterstattung oft schwierig und gefährlich. Ein Überblick anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit am 3. Mai.

Von Harald Gesterkamp

Vor dieser Granate konnten sich auch die erfahrenen Kriegsreporter nicht schützen. Am 20. April explodierte die von Soldaten des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi abgefeuerte Rakete unmittelbar vor einer Gruppe von Journalisten. Sie hatten von den Gefechten in der seit Wochen umkämpften Hafenstadt Misrata berichtet, aus der sonst nur wenige Bilder den Rest der Welt erreichten. Der britisch-amerikanische Fotograf Tim Hetherington und sein Kollege Chris Hondros von der US-Agentur Getty Images wurden getötet, der Brite Guy Martin und der Amerikaner Michael Christopher Brown überlebten schwer verletzt.

Die Journalisten, so betonten es Kollegen, hätten sich nicht leichtfertig in Gefahr begeben. Aber die vielfach ausgezeichneten Bildjournalisten wollten den Horror unschuldiger Opfer in Misrata sichtbar machen. Hetherington hatte in den vergangenen Jahren unter anderem im Irak, in Liberia und im Sudan gearbeitet. Sein Dokumentarfilm „Restrepo“ über US-Soldaten in Afghanistan war für einen „Oscar“ nominiert. Auch Hondros war schon an vielen Kriegsschauplätzen der Welt gewesen, unter anderem im Irak, im Kosovo, in Angola und Sierra Leone.

Der Bürgerkrieg in Libyen ist für Journalisten überaus gefährlich. Das „Komitee zum Schutz der Journalisten“ (CPJ) hat seit Februar weit mehr als 80 Übergriffe auf Medienvertreter dokumentiert. Getötet wurden bis Ende April mindestens vier Kollegen, neben den Genannten auch Mohammed al-Nabbous, der Gründer des libyschen Online-Fernsehsenders Al-Hurra TV. Er wurde am 19. März von einem Heckenschützen in der Nähe der Stadt Bengasi erschossen. Eine Woche zuvor war bereits der al-Dschasira-Kameramann Ali Hassan al-Jaber von drei Kugeln bei Bengasi tödlich getroffen worden. Andere Journalisten wurden entführt oder tätlich angegriffen. Zahlreiche ausländische Korrespondenten wurden ausgewiesen, so etwa 26 Reporter Anfang April. Die Führung in Tripolis hat kein Interesse an einer freien Berichterstattung über den Konflikt. In den offiziellen staatlichen Medien kommt er ohnehin nicht vor.

Der Wandel geht Vielen nicht schnell genug

Im Osten des Landes rund um Bengasi, der Hochburg der Aufständischen, hingegen sind erste neue Medienprojekte entstanden, darunter Radiostationen und Zeitungen (s. M 3/11). Die Macher lassen sich dabei inspirieren von der Entwicklung in Tunesien und Ägypten, wo mit dem Sturz der – zuvor jahrelang vom Westen hofierten – Diktatoren Zine el-Abidine Ben Ali und Hosni Mubarak auch mehr Pressefreiheit entstand.

Foto: REUTERS / Finbarr O'Reilly

Der später getötete Fotograf Tim Hetherington auf einer Demo am 25. März in Bengasi

Picture taken March 11, 2011. REUTERS/Paul Conroy

Aber auch in diesen Ländern ist die Entwicklung noch lange nicht gesichert. So wurde in Kairo der Blogger Maikel Nabil Sanad im April von einem Militärgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sein einziges Vergehen: Er hatte die Rolle der Armee während der ägyptischen Revolution kritisiert. „Die Methoden des Militärs zeigen, dass die Epoche Mubarak noch nicht überwunden ist“, sagt Jean-Francois Julliard, der Generalsekretär von „Reporter ohne Grenzen (ROG). „Die Armee soll offenbar Tabuthema bleiben und nicht kritisiert werden. So kann man den Weg zur Demokratie nicht beschreiten.“ Auf der anderen Seite ist in Ägypten spürbar eine Erweiterung der Medienlandschaft zu erkennen. Auch die staatlichen Medien nutzen ihre entstandenen Freiheiten zusehends. Im zuvor stets regierungsnahen Traditionsblatt *al-Ahram* entschuldigten sich 300 Mitarbeiter offiziell für „unprofessionelles Verhalten während der Revolution“.

In Tunesien geht vielen Journalisten die Entwicklung nicht schnell genug. Zwar sind seit dem Sturz von Ben Ali die Medien im Aufbruch (s. M 1–2/11). Doch viele Aktivisten und Blogger mahnen, man müsse wachsam bleiben, damit die zuletzt positive Entwicklung nicht zurückgeschraubt werde. Sie warnen: Viele Profiteure des alten Regimes hätten die Seite gewechselt, um ihre Privilegien zu sichern. Im Februar traten hunderte tunesische Journalisten und Techniker in einen Streik, um gegen anhaltende Zensur und vermeintlich zu langsame Reformen zu protestieren. Dass die Lage tatsächlich prekär ist, bewiesen die tunesischen Behörden noch Mitte April, als sie den privaten Fernsehsender Hannibal TV für mehrere Stunden zwangsweise abschalteten. Deren Besitzer Larbi Nasra steht der gestürzten Ben-Ali-Clique nahe. „Es gibt aber keine Hinweise darauf, dass Hannibal TV irgendetwas veröffentlicht hat, das als Aufruf zum Umsturz angesehen werden könnte“, meint der Leiter des Nordafrika-Programms der CPJ, Mohammed Abdel Dayem. Als Grund für die Schließung hatte die Übergangsregierung in Tunis „Hochverrat“ genannt. Später allerdings entschuldigte sich die neue tunesische Führung und sagte zu, solche Eingriffe in die Pressefreiheit würden sich nicht wiederholen.

Syrien schottet sich ab

Auf solche Aussagen wartet man in Syrien bislang vergebens. Dort eskalierten im April die Proteste gegen Präsident Baschar al-Assad – und mit ihnen die Repressionen gegen in- und ausländische Berichterstatter. Während in der südsyrischen Stadt Daraa Ende April die Armee mit Panzern und scharfen Waffen gegen Demonstranten vorging, wurden Journalisten daran gehindert, über die Vorfälle zu berichten. Korrespondenten etwa des arabischen Fernsehsenders al-Dschasira durften nicht nach Daraa fahren. Später untersagten die Behörden in Damaskus den al-Dschasira-Mitarbeitern im Land jede Art der Berichterstattung. Auch die Kommunikation mit der Senderzentrale in Katar war nicht mehr zulässig. Weil das Büro des arabischen TV-Senders in der syrischen Hauptstadt zudem über Tage hinweg immer wieder mit Eiern und Steinen attackiert wurde und Mitarbeiter Drohungen erhielten, entschloss sich al-Dschasira am 27. April, das Büro in Damaskus auf unbestimmte Zeit zu schließen.

Schon einige Tage vorher hatte ROG die Zahl der in Syrien inhaftierten Journalisten mit mindestens elf beziffert und ein Ende der systematischen Unterdrückung der Pressefreiheit gefordert. Auch die Internationale Journalistenvereinigung (IJF) kritisierte das Vorgehen der Machthaber um Präsident Assad: „Das syrische Regime muss wissen, dass jeder Fall von Repression genau beobachtet wird“, betont IJF-Präsident Jim Boumelha. Unter den Festgenommenen sind auch der als Regierungskritiker bekannte syrische Schriftsteller und Journalist Fajes Sara sowie der in Syrien geborene norwegische Staatsbürger Mohamed Zaid Mistou, der für die Webseite des Fernsehsender al-Arabija arbeitet. Auch arabische Mitarbeiter von Nachrichtenagenturen und der für die französische Tageszeitung *Le Monde* arbeitende Algerier Khaled Sid Mohand landeten im Gefängnis. Das in Syrien bisher nicht besonders verbreitete, weil auch sehr teure Internet wird kontrolliert und zensiert, auch wenn Dissidenten natürlich versuchen, die Sperren mit Tarnsoftware zu umgehen. Mohamed Abdel Dayem ist ohnehin der Überzeugung, dass die Welt trotz Represssionen erfährt, dass in Syrien das Volk gegen die autoritären Herrscher aufsteht. Der CPJ-Experte betont: „Diese ▶

Fotos für die Pressefreiheit

Neuer Bildband von „Reporter ohne Grenzen“

In diesem Buch wird jede Seite zum Blickfang. Sehenswert sind nicht nur die Fotos von Christian Lutz über die problematische Ölförderung in Nigeria oder die von Richard Mosse über US-Soldaten im Irak. Jede Seite des Bandes ist ein Innehalten wert, lohnt ein genaues Studium. Dazu kommen lesenswerte Texte:
Im ersten Teil als Fakten über die Pressefreiheit in ausgewählten Ländern, im zweiten Teil als Reportagen über mal mehr und mal weniger beachtete Konflikte dieser Welt.
Zum 18. Mal hat die deutsche Sektion der „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) den Bildband „Fotos für die Pressefreiheit“ veröffentlicht. Fotografen und Autoren haben ihre Arbeiten kostenlos zur Verfügung gestellt, um die Organisation zu unterstützen. Zum zweiten Mal verfolgt der Band ein Konzept, das überzeugender ist als in früheren Jahren. Bis 2010 waren – zweifellos sehenswerte – Fotos für Themenreihen ausgewählt worden. Seitdem gibt es nicht nur mehr Texte, sondern vor allem mehr inhaltlichen Bezug zur Arbeit von ROG für eine weltweite Achtung der Medienfreiheit. So wird beispielsweise die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten in Pakistan illustriert, oder es werden die ethnischen Unruhen und Demokratiedefizite in Kirgisien sichtbar gemacht. Besonders lesenswert ein Essay des chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Jiaobo über moralische Verkommenheit im Reich der Mitte – wunderschön bebildert von Tommaso Bonaventura, der Doppelgänger von Mao Zedong porträtiert hat. Und auch die Situation in Deutschland wird behandelt: Mit Vorratsdatenspeicherung, politischer Einflussnahme in Rundfunkräten und einer Verurteilung von zwei Journalisten, die zum sogenannten Sachsensumpf recherchiert haben. Im daneben gestellten Foto von Jan Zapper stehen beide knöcheltief im schlammigen Wasser. *hg* ■

Reporter ohne Grenzen (Hg.): Fotos für die Pressefreiheit, 12 Euro. Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei ROG (zzgl. Porto) unter www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/fotobaende.html

Strategie ist in Tunesien, Ägypten und im Jemen auch versucht worden – und gescheitert. Die Regierung in Damaskus muss alle Schikanen gegen Journalisten beenden und den Medien die freie Arbeit erlauben“, fordert er.

Strukturelle Probleme in vielen Ländern

Das gelte natürlich auch für andere Länder der Region, in denen die Menschen gegen ihre Regierungen aufstünden, hebt Dayem hervor. Etwa im Jemen, wo seit Wochen Zehntausende den Rücktritt des seit über 30 Jahren amtierenden Präsidenten Ali Abdullah Saleh fordern. Auch von dort werden immer wieder Berichte über Drohungen und Einschüchterungen bekannt. Auch zu tätlichen Angriffen auf berichtende Reporter ist es nach Angaben von internationalen Journalistenorganisationen gekommen.

Im Golfstaat Bahrain gab es wochenlang Massenproteste gegen die Königsfamilie, die schließlich zur Verhängung des Ausnahmezustands führten. Auch gegen Medien wurde vorgegangen, so etwa gegen die der schiitischen Opposition nahe stehenden Zeitung *al-Wasat*, die am 3. April geschlossen wurde. Die Regierung erlaubte Tage später das Erscheinen des Blattes wieder, doch bestand sie darauf, dass Chefredakteur Mansur al-Jamari und weitere zwei führende Redakteure ersetzt wurden. Seitdem hat das Blatt die Kritik an den Machthabern deutlich zurückgefahren. Hier bleibt abzuwarten, ob der arabische Frühling langfristig zu Verbesserungen führt.

Die Lage vieler arabischer Medien ist zudem strukturell schwierig. Die Eigentumsverhältnisse sind meist so, dass die Sender und Zeitungen der Regierung oder einer politischen Partei gehören. Wenn sie doch private Eigentümer haben, sind die Verleger und Programmmacher meist mit den Machthabern befreundet oder sie bemühen sich um ein gutes Verhältnis – zum einen, um ihre Lizenz nicht zu riskieren und zum anderen, um an die lukrativen und wirtschaftlich oft überlebenswichtigen Anzeigen von Staatsunternehmen zu kommen. Jenseits von Regierungsdruck und behördlich erzwungener Unfreiheit sind somit auch der Selbstzensur Tür und Tor geöffnet. ■

Freier, schneller und konsequenter

Aktham Suliman, Deutschlandkorrespondent von al-Dschasira, über die Berichterstattung aus den arabischen Ländern

Der arabische Fernsehsender al-Dschasira gilt für viele als ein Mitauslöser der Revolutionen in Tunesien und Ägypten. Aktham Suliman, Deutschlandkorrespondent des Senders, widerspricht dieser These und rechnet dennoch für die Zukunft mit großen Veränderungen in der arabischen Medienlandschaft.

M | *Tunesien, Ägypten, Libyen, aber auch Syrien, Jemen oder Bahrain: Die arabische Welt schreit lautstark nach politischen Veränderungen. Es gibt die These, dass Medien wie das Internet oder eben auch al-Dschasira dabei eine entscheidende Rolle spielen. Sehen Sie das auch so?*

AKTHAM SULIMAN | Es ist immer einfach Modelle aufzustellen, vor allem, wenn eine Situation rätselhaft ist. Viele fragen sich, warum die Revolution erst jetzt oder genau jetzt beginnt. Und warum in vielen Staaten gleichzeitig – und das, obwohl die Länder und ihre Regime sehr unterschiedlich sind. Das werden Soziologen und Politologen erst in ein paar Jahren klären können. Bis dahin suchen viele Menschen Erklärungen und sagen beispielsweise, die Massenmedien seien verantwortlich. Ich sehe das anders. Natürlich wäre die Entwicklung ohne Internet – vor allem ohne bestimmte Erscheinungen im Internet, wie Facebook oder YouTube – nicht vorstellbar. Und auch die arabischen Massenmedien wie al-Dschasira haben das ganze begünstigt. Aber ich bezweifle, dass sich damit das Phänomen erklären lässt. Ich behaupte, Revolutionen und Aufstände entstehen, wenn die Widersprüche und die Unfreiheit in einer Gesellschaft einen Punkt erreichen, der für die meisten Menschen nicht mehr erträglich ist.

M | *Also hätte es den Umsturz in Tunesien, wo ja im Dezember alles begann, auch ohne Facebook gegeben?*

SULIMAN | Ich denke ja. Er wäre vielleicht anders verlaufen, hätte zu einem anderen Zeitpunkt begonnen und wäre vermutlich auch anders beobachtet worden.

M | *Haben Sie denn mit dieser Entwicklung gerechnet?*

SULIMAN | Ich hätte jetzt gern mit Ja geantwortet. Aber so schnell, wie das entstand hat das alle überrascht, übrigens auch die Akteure selbst. In Ägypten habe ich mit vielen jungen Menschen gesprochen, die die Revolution sozusagen gestartet haben. Sie waren selbst überrascht von ihrer Kraft und von diesem Phänomen, wie die Massen mobilisiert wurden. Und plötzlich kam das Militär und hat gesagt, jetzt ist das vorbei mit dem alten Regime und Präsident Mubarak muss weg. Das war sogar für die Macher eine Sensation. Auf der anderen Seite muss ich sagen: Hätten wir Journalisten eine andere Herangehensweise als diese kurzfristige, ausschließlich am Tagesgeschehen orientierte, dann wäre uns vermutlich aufgefallen, dass Länder wie Tunesien und Ägypten auf einem Weg in eine Sackgasse waren. Wenn ein Herrscher Milliarden zur Seite legt, dann ist es irgendwann zu viel.

Aktham Suliman

Aktham Suliman leitet seit Februar 2002 das Berliner Büro des arabischen Nachrichtensenders al-Dschasira. Während der Proteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo reiste er – zwei Tage vor dem Sturz von Präsident Mubarak – nach Ägypten, um das dortige Team des Senders zu verstärken.
Geboren wurde Aktham Suliman 1970 in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Später studierte er in Berlin Kommunikationswissenschaften mit Schwerpunkt Publizistik, Islamwissenschaft und Politologie. Vor seiner Tätigkeit für al-Dschasira arbeitete er auch einige Jahre lang für die Deutsche Welle.

Foto: Harald Gesterkamp

Mubarak wollte außerdem unbedingt seinen Sohn an die Macht bringen. Das Volk und die Armee wollten das nicht. Von daher hatte sich die Krise eigentlich abgezeichnet.

M | *Haben Sie den Eindruck dass die Protestbewegungen in Tunesien, Ägypten und den anderen Ländern miteinander vernetzt sind?*

SULIMAN | Vernetzt nicht, aber sie beeinflussen sich gegenseitig. Sie sagen sich natürlich: Wenn es in Tunesien klappt, warum nicht auch bei uns!

M | *Ich frage, weil auf dem letzten Weltsozialforum im Senegal arabische Nichtregierungsorganisationen Proteste in ihren Ländern angekündigt hatten. Trotzdem wurden die Medien überrascht!*

SULIMAN | Aber das haben diese Organisationen immer getan. Das ist doch das Problem. Ich glaube nicht, dass sie wirklich miteinander vernetzt sind. Außerdem unterscheiden sich die Machtapparate, so dass ein gleiches Vorgehen in jedem Land gar nicht richtig wäre. Es war für die Bewegungen viel wichtiger, sich erst einmal intern zu vernetzen. Um nach außen wirkliche Netze aufzubauen, war doch viel zu wenig Zeit. Außerdem ist die Lage nicht von einem Land auf das nächste übertragbar. Libyens Machthaber Gaddafi zeigt mit seinem Vorgehen seit Wochen, dass ziviler Ungehorsam und Protest wie in Tunesien und Ägypten nicht immer erfolgreich sein werden. Auch in Syrien ist die Lage komplizierter. Aber ich bin überzeugt, dass die Situation nicht mehr umkehrbar ist: Länder wie Libyen, Syrien oder Jemen werden anders werden, selbst wenn die jetzigen Proteste vielleicht niedergeschlagen werden. Aber die Menschen werden sich nicht mehr alles gefallen lassen.

M | *Auslöser der Proteste war die Selbstverbrennung des Tunesiers Muhamed Bouazizi am 17. Dezember 2010. Hat al-Dschasira damals eigentlich darüber berichtet?*

SULIMAN | Ja, aber nur am Rande. Wir haben die Reichweite auch nicht erkannt. Ein arbeitsloser Mann hat sich vor dem Rathaus angezündet; das war eine kleine Meldung. Heute stürzen sich alle Medien – nicht nur al-Dschasira – auf die Familie und führen im Nachhinein Interviews.

M | *Wie haben die einheimischen staatlichen Medien denn über die Aufstände berichtet?*

SULIMAN | Am Anfang haben sie das ignoriert – in Tunesien zum Beispiel oder auch in Syrien. Später kamen Berichte über angebliche Verschwörer, die auf der Straße Ärger machen. Die politische Führung im eigenen Land wurde nicht kritisiert. In Ägypten ist erst nach dem Sturz von Mubarak ehrlich berichtet worden. In Libyen schweigen die staatlichen Medien bis heute. In Syrien gibt es inzwischen eine Berichterstattung, die allerdings versucht, zwischen berechtigten sozialen Protesten und angeblichen Gewalttätern zu trennen. Aber die eigentliche Information der Öffentlichkeit haben andere übernommen: al-Dschasira, al-Arabija, CNN oder BBC. Die waren einfach freier, schneller und konsequenter.

M | *Aber das könnte sich ändern. In Tunesien und Ägypten, auch im Osten Libyens gibt es erste freie Medien.*

SULIMAN | Das ist genau der Punkt. Eigentlich ist die Revolution unser Todesurteil – ein schönes Todesurteil! In Kairo haben mir junge Menschen nach dem Sturz Mubaraks gesagt, al-Dschasira hat uns geholfen und muss jetzt mit einem großen Büro in Kairo die Berichterstattung sichern. Ich habe ihnen geantwortet, an ihrer Stelle würde ich al-Dschasira schließen. Gemeint war, dass al-Dschasira nicht mehr gebraucht wird. Die Menschen sind jetzt frei und können ihre eigenen Sender aufbauen. Es ist doch absurd, dass die Menschen in Kairo einen Sender aus Katar anschauen, um zu wissen, was in Kairo los ist. Und die Entwicklung ist inzwischen längst da: Heute schaue ich eher ägyptisches Fernsehen als al-Dschasira, wenn ich wissen will, was in Kairo passiert. Die haben einfach mehr Sendeplatz dafür.

M | *Al-Dschasira versteht sich ja als Sender von Arabern für Araber. Sind Sie automatisch näher dran an den Themen der Region?*

SULIMAN | Ja natürlich. Wenn in Libyen zum Beispiel etwas passiert, etwa in Misrata, dann gibt es bei al-Dschasira immer Menschen, die genau wissen, was da los ist, also wer da lebt, welche Konflikte es gibt. Bei al-Dschasira arbeiten ja Menschen aus allen arabischen Ländern, Syrer, Ägypter und natürlich auch Libyer. Und als sich zum Beispiel die Situation in Ägypten zuspitzte, hat unsere Zentrale Korrespondenten aus Europa abgezogen und das Team in Kairo verstärkt. Ich bin ja selbst auch nach Kairo geflogen – zwei Tage, bevor Präsident Mubarak stürzte. Das haben wir gemacht, weil Ägypten für uns natürlich ein Land von immenser Bedeutung ist. Das merkte man auch beim Gaza-Krieg 2009 im Nahen Osten. Da waren wir mit drei Korrespondenten vor Ort. Die westlichen Medien wollten Leute schicken, als die Bombardements losgingen. Aber da kamen sie nicht mehr hinein und mussten von Israel oder Ägypten aus berichten. Wir hatten aber Journalisten da und konnten zum Beispiel selbst über Opfer in den Krankenhäusern recherchieren.

M | *Wie schätzen Sie die Berichterstattung der europäischen und speziell der deutschen Medien seit dem Aufbruch in der arabischen Welt ein?*

SULIMAN | Bei Tunesien war auffällig, dass sehr spät reagiert wurde. Man wollte vielleicht nicht wahrhaben, dass dieses Urlaubsland eine katastrophale Seite hat, dass der mit Europa befreundete Präsident und Laizist Ben Ali so ein Halunke ist. Über Ägypten war die Berichterstattung besser: Man hatte da zum einen die Reichweite der Entwicklung erkannt und zum anderen sowieso einen Korrespondenten in Kairo. In Tunis war das anders, das ist ja kein wichtiger Medienstandort für Korrespondenten. In Libyen ist die Situation hingegen gerade so unübersichtlich, dass kein Medium vollständig durchschaut, was da im Detail wirklich passiert.

M | *Dem Sender al-Dschasira wird gelegentlich vorgeworfen, er sei nicht nur Medium, sondern auch politischer Akteur!* ▶

SULIMAN | Al-Dschasira wird oft so wahrgenommen, was auch daran liegt, dass es ein chaotischer Sender ist. Es gibt keine arabische Journalistenschule und in unserer Sprache arbeiten wir viel mit Metaphern. Da fragen sich viele, ob das noch Fernsehsprache ist oder ob da Sympathien durchschimmern. Entsprechend sind die Reaktionen: US-Außenministerin Hillary Clinton hat vor einiger Zeit gesagt, al-Dschasira sei der Sender der Demokratie in Arabien. Da haben sich viele bei uns gefreut. Aber der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat auch mal gesagt, wir seien verantwortlich für die gesamte Gewalt im Nahen Osten. Dabei sind wir einfach nur ein Nachrichtensender, der berichtet: mal über Gewalt, mal über demokratische Proteste.

M | *Trotzdem kommt in der Berichterstattung doch auch schon mal Sympathie durch, oder?*

SULIMAN | Natürlich kann die Stimmung einen mitreißen, ganz klar. Aber darf das in meinem Beitrag zu riechen sein? Ich behaupte, nein! Trotzdem kann das so herüberkommen. In Ägypten haben die Machthaber um Mubarak das Büro von al-Dschasira während der Proteste auf dem Tahrir-Platz geschlossen und nicht mehr mit uns gesprochen. Dann standen wir Korrespondenten auf dem Platz, und es kamen nur die Demonstranten zu Wort. Dadurch entstand bei manchen der Eindruck der Einseitigkeit, weil die anderen Stimmen fehlten. Viele dachten, al-Dschasira ist ein Sender der Revolution. Aber wir senden aus Doha, der Hauptstadt von Katar. Das ist nicht Kuba: Wir haben doch keine revolutionären Theorien. Wir sind Angestellte und verdienen gutes Geld mit unserer Arbeit.

M | *Al-Dschasira sendet nicht nur aus Katar, der Sender gehört dem dortigen Emir. Wäre die Berichterstattung schwierig, wenn in Katar ebenfalls Proteste ausbrächen?*

SULIMAN | Wenn es dort zu Protesten käme, gäbe es für al-Dschasira drei Möglichkeiten. Wir könnten entweder gar nicht berichten, das wäre unser Ende. Oder wir könnten ausführlich berichten, da wäre ich gespannt, wie der Scheich reagiert. Oder wir könnten halbherzig berichten: Das würde unser Leben etwas verlängern, aber auf Dauer wäre das vermutlich auch unser Ende.

M | *Al-Dschasira ist ein arabischer Kanal, hat aber auch ein englisches Programm. Gibt es da Unterschiede in der Berichterstattung?*

SULIMAN | Ja natürlich, schon weil da ganz andere Kollegen arbeiten. Für das englische Programm sind viele Menschen tätig, die für CNN oder BBC gearbeitet haben und nicht in arabischen Ländern geboren sind. Die sind in Kanada oder in den USA ganz anders sozialisiert und haben eine andere Sicht auf die Dinge und eine andere journalistische Herangehensweise. Das merkt man bei der arabischen Revolution. Das arabische Programm hat wochenlang praktisch über gar nichts anderes mehr berichtet, al-Dschasira Englisch hat es trotz einer Schwerpunktlegung auf den arabischen Raum geschafft, den Rest der Welt nicht zu vergessen. Beim arabischen Programm haben zum Beispiel erst viele Hinweise aus Europa dazu geführt, dass wir uns nach zwei Tagen auch dem Erdbeben und der atomaren Katastrophe in Japan angemessen gewidmet haben.

M | *Und was ist aus Deutschland für al-Dschasira interessant?*

SULIMAN | Natürlich erst einmal alles, was mit der arabischen Welt zu tun hat, wie kürzlich das Außenministertreffen in Berlin, auf dem auch über Libyen beraten wurde. Oder eine Afghanistan-Konferenz beziehungsweise eine Parlamentsdebatte zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Und wir schauen uns auch die arabischen Minderheiten hierzulande an. Dazu kommen Großereignisse wie zum Beispiel Bundestagswahlen. Und natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land wie Deutschland immer wichtig.

Das Gespräch führte Harald Gesterkamp ■

Aufbruchstimmung

Gewerkschaftsvertreter trafen sich in Casablanca

Pressefreiheit? Die Zeit ist reif dafür wie nie zuvor, meinen die Journalistenorganisationen in der arabischen Region. Deshalb brachte die Internationale Journalisten-Föderation (IJF) mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung Gewerkschaftsvertreter aus über einem Dutzend arabischer Länder in Casablanca zusammen. Unter dem Motto „Wind der Veränderung – lasst uns eine Agenda für die Medien setzen" kamen sie aus dem Oman und Bahrain ebenso wie aus Tunesien und Marokko, aus Somalia ebenso wie aus dem Sudan, Jordanien und dem Libanon, Kuwait und Mauretanien, den Vereinten Arabischen Emiraten, Palästina und dem Jemen.
Aufbruchstimmung ist überall, getrieben von dem Ziel, sich von staatlichen Fesseln zu befreien.

„Wir befürchten, dass die Pressefreiheit in der Revolution übersehen wird", meinte der Kollege aus dem Jemen. Im gültigen Pressegesetz räumen nur vier von über 132 Bestimmungen den Journalisten und Journalistinnen im Land Rechte ein. In dem Beruf zu arbeiten, das ist riskant. In nur drei Monaten zählte die Journalistengewerkschaft im Jemen über 200 Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen. Es gab etliche Morde, einige Berichterstatter sind verschwunden. Aber Journalistinnen und Journalisten im Land lassen sich nicht einschüchtern. Unbeirrt versuchen sie, ihren Job auszuüben. Jetzt sind die Massen gegen das Regime auf die Straße gegangen. Experten identifizierten rund 200 verschiedene Gruppierungen in der Opposition, meistens von Stammesinteressen getrieben. Alte Köpfe werden auch in manchen arabischen Journalistenorganisationen ersetzt. Ein Damm sei gebrochen, meinte IJF-Präsident Jim Boumelha in Casablanca. Es fiel der Vergleich mit dem Fall der Berliner Mauer. Dabei läuft, unbeachtet in Europa, seit Jahren der Kampf der Journalistenorganisationen in den arabischen Ländern. Wer hörte zuvor schon von Sit-ins von Journalisten in Mauretanien, dem Oman und dem Jemen? Von Tarifverhandlungen in Marokko und Sudan?

Gesetzesreformen laufen so gut wie überall, und die Journalistenorganisationen versuchen, in dem Prozess ihre Vorstellungen von Pressefreiheit zu verankern – in Tunesien ebenso wie in Jordanien. Dort verweigerten Journalisten bei Tages- ▶

zeitungen in staatlicher Hand die Arbeit. Ganz anders sind die Fronten in Kuwait, wo es nur private Zeitungen gibt.

Doch es fehlt ihnen die Tradition und Erfahrung in den Auseinandersetzungen. Sie brauchen solidarische Unterstützung, Beratung bei der Organisation, um ihren eigenen Weg gehen zu können. Pressekodex und Selbstregulierung durch einen unabhängigen Presserat waren deshalb Themen beim Workshop in Casablanca. Das ausführlich vorgestellte Beispiel des Deutschen Presserats stieß auf großes Interesse. Diskutiert wurde auch über Ausbildungsdefizite. Nebenbei entlarvten sie es als Legende, dass sie von den neuen sozialen Netzwerken, von Bloggern, Facebook und Twitter ersetzt werden könnten. Da sei die Phantasie mit den Europäern und Amerikanern durchgegangen, die nicht wüssten, wie die Araber „tickten". Geräte für den Zugang zum Internet, ob Computer oder Handy, könnten sich die Massen gar nicht leisten.

So sprachen sie von Qualität im Journalismus als Vision – sogar die Vertreter Somalias, wo die Islamisten inzwischen sieben Medienhäuser besetzten, 23 Journalisten getötet wurden und 90 Kollegen nach Todesdrohungen außer Landes flohen. Probleme an zwei Fronten haben die Journalisten Palästinas: Auf der einen Seite Israel, das weiter ihre Bewegungsfreiheit verhindert, auf der anderen Seite die Hamas, die ihnen keinen Zugang zum Gaza-Streifen gewährt. *Wolfgang Mayer* ■

Foto: EPA / Jalil Rezayee

Afghanische Journalisten zeigen das Foto von Sayed Hamid Noori, afghanischer Journalist und stellvertretender Vorsitzender der Afghanistan's National Journalists' Association, der drei Tage zuvor am 5. September 2010 ermordet wurde

Kontrollierter Informationsfluss

Für Sayed Yaqub Ibrahimi war es in Afghanistan zu gefährlich

Der 30-jährige afghanische Reporter Sayed Yaqub Ibrahimi arbeitet für das britische „Institute for War and Peace Reporting" (IWPR) sowie für mehrere Websites und Redaktionen in Afghanistan. Dafür hat er mehrere Medienpreise erhalten. Dennoch muss Yaqub seit neun Monaten aus dem Ausland berichten – in Afghanistan ist es zu riskant für ihn.

M | *Generell klingen die Nachrichten aus Afghanistan wenig positiv. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation für Journalisten?*

SAYED YAQUB IBRAHIMI | Die Situation für Journalisten ist ausgesprochen schwierig. Meinen Erfahrungen zufolge kontrollieren drei Gruppen den Informationsfluss:

Warlords, die für zahllose Kriegsverbrechen verantwortlich sind; die im Westen ausgebildeten korrupten Technokraten und die dritte Gruppe besteht aus den fundamentalistischen Islamisten. Die Warlords unterdrücken die freie Meinungsäußerung und die journalistische Recherche, weil sie genau wissen, dass dadurch ihre Kriegsverbrechen zu Tage gefördert werden. So würde das Risiko für sie steigen vor internationalen Gerichten zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die im Westen ausgebildeten Technokraten fürchten hingegen, dass die Medien aufdecken könnten, dass sie hemmungslos korrupt sind.

Und das Problem mit der dritten Gruppe, den Fundamentalisten, ist, dass sie aus ideologischen Gründen gegen die freie Meinungsäußerung sind, weil sie aus ihrer Sicht ein Einfallstor für die Säkularisierung der afghanischen Gesellschaft darstelle.

M | *Wie läuft die Kontrolle der Medien durch diese drei Gruppen ab?*

IBRAHIMI | Die drei Gruppen haben eine rote Linie gezogen. Wenn man Informationen publik macht, die die Interessen dieser Gruppen in Frage stellen, dann sieht man sich schnell einer Fülle von Problemen gegenüber – Drohungen, Gefängnis, Anschläge.

M | *Sie haben als Journalist diese rote Linie verletzt – wodurch?*

IBRAHIMI | Ich arbeite seit 2001 als Journalist. Damals gab es einen Umbruch, die Taliban waren geschlagen, es roch nach einem Neuanfang und damals gab es viele Möglichkeiten als Journalist zu arbeiten, sich durch Workshops und Seminare zu qualifizieren. Da habe ich begonnen über Kriegsverbrechen zu recherchieren, von denen ich schon als Kind Zeuge war, in Kabul und Masar-i-Scharif, wo ich aufwuchs. Daraufhin habe ich Morddrohungen erhalten, aber auch zahlreiche Anrufe mit Bestechungsangeboten. Die habe ich allerdings ausgeschlagen. Dann wurde mein Bruder Parvez K. Ibrahimi verhaftet, inhaftiert, verurteilt und gefoltert. Ich glaube, dass ich der eigentliche Adressat war – es ging darum mich zu treffen. ▶

M | *Haben diese drei genannten Gruppen denn so viel direkten Einfluss?*

IBRAHIMI | Die drei Gruppen sind in allen Bereichen des Staates, in der Regierung, im Parlament und im Justizsystem präsent – sie sind Teil des Staates. Viele Warlords haben zudem ihre eigenen Medien – Zeitungen, Radios, Fernsehen – das Problem ist also vielschichtig – auch wenn wir durchaus auch unabhängige Medien in Afghanistan haben.

M | *Welche Bedeutung haben die Nato-Truppen in diesem Kontext? Sie sollen für mehr Sicherheit für die Zivilgesellschaft und somit auch für die Medien sorgen.*

IBRAHIMI | Die Nato-Truppen sind ein Einflussfaktor. Zwar unterstützten sie die Medien mit Geld und sichern ihnen zu, ihre Arbeit zu unterstützen, aber indirekt zeigen sie den Medien durchaus Grenzen auf. Auch sie haben ihre rote Linie und wenn ein Sender dagegen verstößt, dann wird ihm die Unterstützung entzogen. Das widerspricht dem Credo der freien Meinungsäußerung, auch wenn die Nato auf der anderen Seite eine Menge von Workshops für Journalisten anbietet.

M | *Hilft das beim Aufbau eines unabhängigen Mediensystems in Afghanistan?*

IBRAHIMI | Wir haben unabhängige Journalisten in Afghanistan, wir haben unabhängige Medien, was wir brauchen ist ein politisches Umfeld, das den Journalisten die Arbeit ermöglicht. Wir müssen die Tabus auflösen, die Kriegsverbrechen aufklären, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen – das sind zentrale Herausforderungen.

Derzeit kümmern sich die Journalisten meines Landes, um die normale nachrichtliche Berichterstattung, aber eben nicht um die wirklich brenzligen Hintergründe. Es gibt nur wenige investigativ arbeitende Journalisten. In den letzten neun Jahren starben 23 Journalisten in Afghanistan. Viele leben wie ich im Ausland und setzen dort ihre Arbeit so gut es geht fort. Für sie ist die Arbeit in Afghanistan zu risikoreich, weil sie die rote Linie mehrfach überschritten haben. Sie haben diese Risiken akzeptiert.

M | *Viele aber sicherlich auch die roten Linien, oder?*

IBRAHIMI | Oh ja und sie sind in der Mehrheit.

M | *Wie arbeiten Sie derzeit?*

IBRAHIMI | Ich arbeite für Zeitungen innerhalb und außerhalb Afghanistans, aber auch für Blätter in den Nachbarländern. Zudem schreibe ich für zwei Websites in Afghanistan und beziehe mich dabei auf meine Quellen in Afghanistan, auf Kollegen – ich telefoniere viel. Generell ist der beste Platz für meine Arbeit Afghanistan und ich möchte natürlich zurück. Ich bin alles andere als zufrieden im Exil und werde versuchen, zurückzugehen.

M | *Im Oktober 2010 haben Sie den „Leipziger Medienpreis für Verdienste um Meinungs- und Pressefreiheit" erhalten. Welche Bedeutung haben derartige Preise für Journalisten in Afghanistan?*

IBRAHIMI | Ich habe den Preis stellvertretend für alle Journalisten in Afghanistan entgegengenommen, die unter den derzeitigen Bedingungen im Land arbeiten. Preise wie dieser sind ein Beispiel für die internationale Solidarität mit den Kollegen in Afghanistan. Ich denke, dass den Reportern in Afghanistan schon sehr geholfen wäre, wenn die internationalen Medienorganisationen ihre Solidarität intensivieren würden. Wir brauchen eine bessere, eine hintergründigere Berichterstattung über Afghanistan im In- und im Ausland.

Das Gespräch führte Knut Henkel ■

Die Welle der Freiheit

Tunesischer Oppositionssender Radio Kalima sendet bald auf UKW

Der ehemalige tunesische Oppositionssender Radio Kalima, der lange Zeit nur über Internet zu hören war, wird bald auf UKW senden. „Wir warten nur noch auf die Lizenz", erklärt Omar Mestiri, der 60-jährige Direktor von Kalima. „Die Medienlandschaft ist ein Zeichen dafür, ob der Übergang zur Demokratie ernst gemeint ist oder nicht", beschreibt Mestiri Kalimas Aufgabe im neuen Tunesien.

Foto: Felipe Oliveira / Fotolia.com

Am 14. Januar, dem Tag des Sturzes von Präsident Zine al Abidine Ben Ali, kamen Omar Mestiri und seine Frau, die bekannte Menschenrechtlerin und Chefredakteurin von Radio Kalima, Sihem Bensedrine, aus dem Exil in Spanien zurück. Schnell war ein Raum in der Nähe des Flughafens von Tunis gefunden. Aus dem Netz in den Äther soll es von dort aus gehen. „Wir bauen ein modernes Medienunternehmen auf", erklärt Mestiri.

Radio Kalima begann Anfang 2009 mit Sendungen über den Satellit Hotbird. Als das Regime von Ben Ali die Schließung der Frequenz erreichte, sendete Kalima im Internet (http://kalimatunisie.com/).

Während Mestiri und Bensedrine ins Exil mussten, machten die meist jungen Kalima-Reporter weiter. Sie sind für ihre kritischen Interviews, engagierten Meinungsbeiträge und vor allem für die Reportagen aus dem ganzen Land bekannt.

In den Wochen der Protestbewegung, die zum Sturz des Präsidenten Ben Ali führte, verbreitete Kalima mehr als ein Dutzend erschreckender Nachrichten, lange bevor die großen Presseagenturen darauf aufmerksam wurden. Ob blutige Polizeieinsätze, Schusswaffengebrauch gegen Protestierende, Kalima war vor Ort.

Was für die Radiomacher bisher hauptsächlich politisches Engagement war, wird jetzt zum Beruf. Möglich wird das durch internationale Unterstützung aus mehreren europäischen Ländern, allen voran Frankreich. „Radio France hat uns eine Studioeinrichtung geschenkt", berichtet Mestiri, der längst Partner in Tunesien gefunden hat, die das Radio finanzieren. Außerdem plant Mestiri die Gründung eines Unterstützervereins, in den die Hörer einzahlen können. Falls dieses Modell funktioniert, soll bald schon ein Fernsehsender folgen.

Reiner Wandler, Madrid ■

Der beste Weg durch New Yorks Verkehr ist über ihn hinweg. Mit unserem Hubschrauber.

Dokument an Martha im 1. Stock, alles andere an Johann in der Poststelle.

Tagsüber Fischmarkt – nachts Abkürzung.

Verkehrsschild zum Flughafen verpasst? Einfach die zweite links abbiegen und dann die dritte rechts.

Im März ist es eine Straße, ab August ein Fluss.

Ab hier geht's nur noch mit dem Flugzeug weiter.

Deutsche Post DHL – The Mail & Logistics Group

ANDERE REDEN VOM GRENZENLOSEN EXPRESS-SERVICE. WIR HABEN IHN ERFUNDEN.

. . . . . .

Im Express-Versand geht es immer um den schnellsten Weg. Dafür sind detaillierte Ortskenntnisse unverzichtbar. Als Pionier im internationalen Express-Service verfügen wir neben einem einmaligen Netzwerk auch über umfassendes Wissen in den Ländern und der Zollabwicklung. Deshalb können wir Ihnen weltweit einen schnellen und zuverlässigen Express-Service bieten. Mehr Informationen finden Sie unter:

www.dhl.de/express

EXCELLENCE. SIMPLY DELIVERED. DHL

Offensive Gegenwehr

Konferenzdebatten im Fachbereich um Tarifeinheit und Lohndumping

Der Fachbereich „Medien, Kunst und Industrie" blickt auf vier konfliktreiche Jahre zurück, als er seine 3. Bundesfachbereichskonferenz am 16. und 17. April 2011 im Berliner ver.di-Haus abhält. Die Schärfe in den Tarifauseinandersetzungen hat zugenommen. Jedes Mittel scheint recht, um tariflich geschützte Beschäftigungsverhältnisse zu verdrängen und Medienvielfalt weiter einzuschränken. Debatten über die Tarifeinheit im Betrieb, den gesellschaftlichen Umgang mit dem Internet, den Schutz von Urheberrechten aller Kreativen, die sich verschlechternden Bedingungen für Kunst und Kultur haben diese Jahre geprägt, sind aktueller denn je und fanden deshalb ihren Niederschlag auf der zweitägigen Konferenz.

3 Fotos: Christian von Polentz/transit

Der neue Bundesfachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie:

(v.l.n.r.) 1. Reihe: Wolfgang Petramer (FG Industrie), Gisela Beate Münchow (FG Industrie), Detlef Schütz (Nord/Hamburg), Karin Wagner (FG Verlage, Druck und Papier)
2. Reihe: Peter Schrott (Senioren), Joachim Schraivogel (Kunstfachgruppen) , Ralf Fenske (FG Verlage, Druck und Papier, Vorsitzender), Frank Werneke (mit 95,6 Prozent Zustimmung erneut als Bundesfachbereichsleiter gewählt), Maximiliane Friedl (Jugend), Regine Möbius (Kunstfachgruppen)
3. Reihe: Ulrich Janßen (FG Medien), Josef Zuber (FG Verlage, Druck und Papier), Ingrid Eckert (Hessen), Ralf Zeidler (Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen)
4. Reihe: Stefan Gretsch (Berlin/Brandenburg), Gesa von Leesen (Baden-Württemberg), Ludwig Pertl (Bayern). Weitere Mitglieder sind Rainer Butenschön (Niedersachsen / Bremen), Lorenz Mueller-Morenius (Nordrhein-Westfalen), Anja Arp (FG Medien) und Martin Hausding (Jugend).

„Weite Teile der Medien- und Kulturbranche sind zur Giftküche des Kapitalismus geworden, zum Erprobungslabor für das Aushebeln und Unterwandern von Tarifschutz und Vertragsrechten von Selbstständigen", so ver.di-Vize Frank Werneke. Dem begegne der Fachbereich mit offensiver Gegenwehr und zähle damit zu den streikintensivsten Bereichen in ver.di. „Wir setzen der Gier der Mächtigen die Mächtigkeit entgegen, die durch den Zusammenschluss der Vielen entsteht", so der Fachbereichsleiter, der den Anspruch von ver.di als „politische Gewerkschaft" hervor hob. Das heißt, „dass wir uns zu einem uneingeschränkten Recht auf Streiks bekennen". Bei der Durchsetzung dieses Rechts, auch für politische Ziele zu streiten, gelte es, nicht auf ein „Erlaubnisgesetz" zu warten, sondern die „Schwelle zum politischen Streik" in der Praxis zu überschreiten. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Gerecht geht anders". Eine andere Sicht wäre für Werneke auch „ein logischer Bruch zu unserer Linie": keine gesetzlichen Regelungen zur sogenannten Tarifeinheit.

Schlechte Tarife an Theatern

Die Beteiligung von ver.di an der Initiative „Tarifeinheit" des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA) und des DGB wurde vom Fachbereich Medien, Kunst und Industrie von Anfang an abgelehnt. Ziel der Initiative „Tarifeinheit" sei es, der „Entsolidarisierung im Betrieb entgegenzuwirken" und weiteren „Druck auf das Streikrecht abzuwehren" argumentierte ver.di-Chef Bsirske nochmals für den Beschluss des Bundesvorstandes. Dieser war ohne vorherige Diskussion der Basis gefasst worden, was ebenfalls heftig kritisiert wurde. „So würde ich es heute nicht mehr machen", räumte Bsirske ein, auch wenn er „in der Sache nach wie vor von der Richtigkeit überzeugt" sei. Die Delegierten forderten den ver.di-Bundesvorstand mehrheitlich auf, aus der Initiative „auszusteigen und diese nicht weiter zu unterstützen". Dazu gehört auch ein Antrag der Fachgruppe Darstellende Kunst. Die Tarifeinheit sei nicht mit der „individuellen Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer" des Grundgesetzes (Art. Abs.3 GG) vereinbar. Er diene auch dem Schutz der individuellen Entscheidung einer bestimmten Gewerkschaft beizutreten, deren erkämpfte Tarifverträge man dann in Anspruch nehmen möchte, heißt es darin. Nicht unproblematisch sei in diesem Zusammenhang die Abgrenzung der einzelnen Tarifbereiche an Theatern und Bühnen. Joachim Schraivogel von der Fachgruppe Darstellende Kunst wies dazu in der Diskussion auf die Wirkung des Tarifvertrages „Normalvertrag (NV) Bühne" hin. Er wurde ohne ver.di verhandelt und weist deutlich schlechtere Konditionen für Bühnenbeschäftigte auf, als die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst, die ver.di abgeschlossen hat. Hier gebe es eine dramatische Entwicklung, da immer mehr Beschäftigte unter dem NV Bühne eingestellt würden, dessen Geltungsbereich – unterstützt vom Bundesarbeitsgericht – ausgedehnt wurde, hatte Frank Werneke zuvor in seiner Rede den Finger auf die Wunde gelegt. Würde sich dieser Vertrag an Stelle eines durch ver.di verhandelten Tarifver-

Die Konferenz beschloss folgende Resolutionen:

Frankfurter Rundschau – Keine Kündigung!
Kein Tarifbruch!
Zur Insolvenz der Schlott Gruppe AG
Zur Gleichstellungspolitik
sowie mehrere Anträge zum Atomausstieg

https://medien-kunst-industrie.verdi.de/bundesfachbereich/fachbereichskonferenz-2011

trages des öffentlichen Dienstes (etwa der Länder) für alle weiterhin durchsetzen, prophezeite Joachim Schraivogel ver.di einen großen Mitgliederverlust.

Mit Blick auf das zehnjährige Bestehen von ver.di hob Bsirske den Kampf um höhere Löhne, gegen Hartz IV, den aktiven Widerstand gegen die Agenda 2010, gegen Deregulierung und Sozialstaatsabbau hervor, den die Verdianer vereint geführt hätten. Und die Forderung für einen Mindestlohn habe sich erst erledigt, wenn wir ihn haben, so Bsirske. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich in den letzten zehn Jahren in Deutschland mehr als verdreifacht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Begrenzung der Leiharbeit und mehr Mitbestimmung für den Einsatz von Leiharbeitern sowie das Verbot von Leiharbeitern in bestreikten Betrieben wurden daher als wichtige Aufgaben von ver.di für die Zukunft definiert. Nachdem die Tarifverträge der so genannten Christlichen Gewerkschaften vom Bundesarbeitsgericht für nichtig erklärt worden sind, ist nun der unter der Federführung des DGB abgeschlossene Tarifvertrag zur Leiharbeit derjenige, der eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit noch verhindere, fasste Frank Werneke die Diskussion zusammen. Deshalb laute seine Aufforderung: „Aussteigen!“ Bei nur einer Enthaltung schlossen sich die 120 Delegierten diesem Aufruf an.

In den Redaktionen, Verlagen und in der Druckindustrie sind die aktuellen Arbeitskämpfe angelaufen. Erste Warnstreiks haben stattgefunden. Da in all diesen Bereichen die Tarifverträge in gekündigtem Zustand sind und die Arbeitgeber künftige Abschlüsse durch massive Verschlechterungen zurückfahren wollen – wie bei künftigen Redakteuren mit einer Lohnsenkung um 25 Prozent – bestehe hier die „große Chance für gemeinsames Handeln“. „Wir kämpfen in den kommenden Wochen und Monaten um die schiere Existenz von Tarifschutz, um den Erhalt von Flächentarifverträgen in diesen Branchen generell“, betonte Frank Werneke. (siehe S. 4 – 5)

Ein Viertel der Mitglieder des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie sind freiberuflich und selbstständig arbeitende Kolleginnen und Kollegen. Viel Kraft sei daher darauf verwendet worden Mindestvergütungen auf Grundlage des Urhebervertragsrechts zu verhandeln – für Schriftstellerinnen, Fotografen, Literaturübersetzer, Journalisten und für verwertungsberechtigte Kollegen beim Film, so Frank Werneke und betonte: Noch seien nicht alle Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen, aber das Schwierigste sei ohnehin die Durchsetzung der Vergütungsregeln in der Praxis. Dabei fielen die Verleger „in besonderem Maße durch Vertragsuntreue auf“. Werneke hob in diesem Zusammenhang die zunehmende Bedeutung des Rechtsschutzes und der Beratung der Mitglieder hervor. Ein großes und mit Applaus bedachtes Lob ging dabei an das ver.di-Beratungsnetz mediafon.

Für bessere Honorare beim Film

Gleichfalls setzten sich die Konferenzteilnehmer für eine angemessene Bezahlung und Vergütung sowie eine nachhaltige soziale Absicherung aller Film- und Fernsehschaffenden bei Dokumentarfilmproduktionen und bei EB-Teams (Mobiles Team in der aktuellen Fernsehproduktion mit in der Regel Kameramann und Techniker/Assistent, mitunter plus Beleuchter und weitere Assistenten) ein. Hier werden Tarifstandards häufig nicht eingehalten. Die Honorarzahlungsmoral auch der öffentlich-rechtlichen Sender sei äußerst fragwürdig, wird der angenommene Antrag unter anderem begründet. Außerdem müsse sich ver.di dafür stark machen, „dass insbesondere die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Aufträge für Film- und Fernsehproduktionen nur an tarifgebundene Produktionsfirmenn vergeben“, heißt es in einem weiteren Beschluss.

ver.di solle sich auch künftig für eine „freie, vielfältige und qualitätsvolle Medienlandschaft in Deutschland einsetzen, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen Teilhabe und Zugang zu Medienangeboten gewährleistet“. Ohne Diskussion wurde diese medienpolitische Aufgabe an den Bundeskongress weitergeleitet, der im September in Leipzig unter dem Motto „ver.di vereint für Gerechtigkeit“ stattfinden wird. Dabei gelte es, die Interessen der Konsumenten ebenso zu vertreten wie die der Medienschaffenden sowie den rasanten Wandel der Medienwelt mit eigenen Vorschlägen und Ideen mitzugestalten, heißt es in dem Antrag. Betont wird der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sein Recht auf allen Verbreitungswegen wie Hörfunk, Fernsehen und Telemedien vertreten zu sein. Dazu gehört auch die grundlegende Reform der Finanzierung mit einem geräteunabhängigen Beitrag, die von ver.di unterstützt wird. ver.di tritt für die Qualität und Unabhängigkeit aller Medien ein und hält eine Reform der Medienregulierung nicht zuletzt aufgrund der Etablierung des Internets für erforderlich.

Zur Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit im Netz gab es wie bereits auf der Konferenz der Fachgruppe Medien (M 3/2011) eine Debatte. Letztlich fand folgende Formulierung, die dem Bundeskongress zugeleitet wird, eine deutliche Mehrheit: „Informations- und meinungs-

relevante Inhalte und Dienste, die über das Netz transportiert werden, sollen nicht gefiltert oder diskriminiert werden; zum Beispiel durch Hinweis- und Stoppschilder. Gleichzeitig setzt sich ver.di dafür ein, dass die Rechte von Urheberinnen und Urhebern umfassend sichergestellt werden und eine angemessene Bezahlung ihrer Arbeit durchgesetzt wird.“ Damit ist die Diskussion um die umstrittenen Hinweisschilder, wie sie mit dem Urheberrechtspapier von ver.di (https://medien-kunst-industrie.verdi.de/medien) entfacht worden war, offenbar vom Tisch.

Trotz starker Beschäftigungsrückgänge unter anderem in Zeitungsverlagen und in der Druckindustrie in den letzten zehn Jahren, die von harten Tarifkämpfen begleitet waren, sieht Frank Werneke in „diesem Fachbereich ein Zukunftsprojekt“. Es werde auch in zehn Jahren eine Druck- und Verlagsbranche in erheblicher Größe geben, deshalb ist es „unsere Aufgabe, den Kampf um die Verteidigung von Tarifstandards offensiv zu führen“, appellierte er an die Delegierten in seinem Rückblick auf zehn Jahre ver.di. Die Mitgliederentwicklung sei in den letzten Jahren verbessert worden vor allem bei den künstlerischen Fachgruppen wie Theater und Bühnen, bei Zeitschriften- und Buchverlagen und beim Film, nicht zuletzt auch ein Ergebnis der Arbeit von connexx.av. *Karin Wenk* ■

Im Aufwärtstrend

Fachbereichsjugend mit aktiven Mitstreitern für neue Aktivitäten

Erstmals seit acht Jahren hat am zweiten Märzwochenende in Berlin wieder eine Bundesfachbereichsjugendkonferenz Medien, Kunst und Industrie stattgefunden. 20 Teilnehmer trafen sich zwei Monate vor der Bundesjugendkonferenz, die nur alle vier Jahre stattfindet, in der ver.di-Zentrale am Paula-Thiede-Ufer. Im Vergleich zu 2007, als im Fachbereich nicht genügend junge Menschen bis 27 zusammengekommen waren, um eine Bundesfachbereichsjugendkonferenz durchzuführen, zeigte dies einen Aufwärtstrend. Zumindest was die Aktivität der jungen ver.di-Mitglieder betrifft.

Zur rückläufigen Zahl der ver.di-Mitglieder bis 27 sagte Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff: „Wir werden alle älter, könnten es aber schaffen, dieses Jahr eine positive Mitgliederentwicklung zu bekommen."

In einer Gesprächsrunde (Foto oben) erläuterte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Bundesfachbereichsleiter Frank Werneke die Bedeutung aktueller Tarifauseinandersetzungen des Fachbereichs für Jugendliche und junge Erwachsene. Durch das von Zeitungsverlegern geforderte „Tarifwerk II" kämen etwa Redakteurinnen und Redakteure, die schon einen Arbeitsvertrag haben, mit einem blauen Auge davon. Für Neueinstellungen würden jedoch unterm Strich schlechtere Bedingungen gelten. Sie sollen rund 25 Prozent weniger Geld bekommen. Ein Tarifabschluss auf Kosten der jungen Generation käme für ver.di nicht in Frage, versicherte der Bundesfachbereichsleiter. In der Druckindustrie wolle die Unternehmerseite in ähnlicher Größenordnung die Bezahlung von Hilfstätigkeiten verschlechtern. Eine große Chance liege aber darin, dass im Mai gleichzeitig in Verlag, Redaktion und Technik die Friedenspflicht ende. So sei es für die Beschäftigten leichter, an einem Strang zu ziehen.

Eine konkrete und jugendrelevante Verbesserung, die ver.di anstrebe, sei der Einstieg in eine arbeitgeberfinanzierte zusätzliche Altersversorgung in Höhe von 400 Euro pro Jahr. Dies sei vor allem für Jüngere interessant, die noch viele Arbeitsjahre vor sich hätten, betonte Werneke. In der Vergangenheit sei ver.di oft froh gewesen, wenn es in Tarifverträgen keine Verschlechterungen gegeben habe. „Jetzt trauen wir uns in einzelnen Bereichen zu, wieder in die Offensive zu gehen", so Werneke.

Neben den Delegierten für die Bundesjugendkonferenz im Mai wählte die Konferenz Vertreterinnen und Vertreter für den Bundesjugendvorstand und den Bundesfachbereichsvorstand und einen Bundesfachbereichsjugendfachkreis. Hier weichten die Jugendlichen das Ländervertreterprinzip auf und wählten eine offene Arbeitsform. So können jetzt alle, die motiviert sind und Zeit haben, in dem Fachkreis mitarbeiten. Im Bundesfachbereichsvorstand repräsentieren nun Maximiliane Friedl und Martin Hausding die Jugend, ihre Stellvertreter sind Sascha Rudolf und Leonie Viola Thöne. Im Bundesjugendvorstand von ver.di vertreten den Fachbereich Maximiliane Friedl und Michael Frosch.

Inhaltlich fassten die Konferenzteilnehmer zwei wichtige Beschlüsse. Vom ver.di-Bundesvorstand forderten sie einstimmig den Ausstieg aus der „Initiative zur Tarifeinheit" des DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). In der Begründung heißt es, die Initiative führe eine neue Form der Friedenspflicht in den Betrieben ein. Wenn eine Konkurrenzorganisation einen Tarifvertrag abschließe, dürften ver.di-Mitglieder nicht zwangsweise per Gesetz an diesen Tarifvertrag gebunden werden. „Tarifautonomie bedeutet, dass Gewerkschaftsmitglieder nur an die Tarifverträge gebunden sind, die ihre Gewerkschaft abschließt." Es müsse ver.di-Mitgliedern weiterhin möglich sein, bessere Tarifverträge mit Streiks durchzusetzen. Die von BDA und DGB vorgeschlagene Abschaffung dieser Möglichkeit verstoße gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit. Mit diesem Anliegend steht die Fachbereichsjugend nicht alleine da: Fünf ver.di-Landesverbände haben inzwischen Resolutionen gegen die DGB/BDA-Initiative verabschiedet.

Der zweite Beschluss befasste sich mit der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima. Die jungen Konferenzteilnehmer/innen formulierten auf Anregung der parallel tagenden Frauenkonferenz einen Antrag, in dem der Einsatz von ver.di für den schnellstmöglichen Atomausstieg und die dauerhafte Abschaltung der sieben ältesten Atomkraftwerke in Deutschland gefordert wurde. *Claudia Wangerin* ■

Der Jugendfachkreis des Bundesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie (v. l. n. r.): 1. Reihe: Maxi Friedl, Leonie Viola Thöne, Daniel Vogt, Marius Kopaschinski, Martin Hausding, Lisa Schwebel. 2. Reihe: Lo Kaminski, Philip Artus, Sascha Rudolf, Stani Heubel-Parodi 3. Reihe: Chris Stankewitz, Michi Frosch. Nicht im Bild: Kai Mistol

Das starke Drittel

Fachbereichsfrauen fordern schnellstmöglichen Atomausstieg

Der neue Bundesfachbereichsfrauenvorstand (von unten nach oben): Kersten Artus, Barbara Tedeski, Ute Kaiser, Brigitte Zielinski-Luplow, Linda Barthel, Elke Barbato, Sandra Klemensch-Kolb, Christine Stankewitz, Bettina Hofmann, Almut Broer, Nicht auf dem Bild sind: Sylvia Degenhard, Michaela van Houten, Marlis Kroehnert https://medien-kunst-industrie.verdi.de/bundesfachbereich/frauen_im_fachbereich

Zeitnah zu einem dreistelligen Jubiläum hat am zweiten Märzwochenende in der Berliner ver.di-Zentrale die Frauenkonferenz des Bundesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie getagt. Die Agenda unterschied sich – 100 Jahre, nachdem zum ersten Mal der Internationale Frauentag begangen wurde – nur zum Teil von den Zielen der historischen Vorkämpferinnen. Neben dem Frauenwahlrecht hatten auch sie bessere Arbeitsbedingungen und Lohngerechtigkeit für Frauen gefordert. Dass die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nach wie vor nicht verwirklicht ist, zog sich wie ein roter Faden durch die Frauenkonferenz des Fachbereichs.

Noch immer beziehen Frauen im Durchschnitt rund 23,2 Prozent weniger Lohn, Honorar oder Gehalt, obwohl sie die Männer bei den Bildungsabschlüssen längst eingeholt haben. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Situation der Frauen verschärft: Die Konjunkturpakete I und II dienten vorrangig der Rettung von Arbeitsplätzen in traditionell männlich geprägten Branchen wie der Automobilindustrie, bestes Beispiel ist die Abwrackprämie. Von der Ausweitung des Niedriglohnsektors im Zuge der „Arbeitsmarktreform“ Hartz-IV und ihren Zumutbarkeitsregeln sind dagegen vor allem Frauen betroffen, da sie rund 70 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor stellen.

Da sich die Konferenz aus Festangestellten und Freiberuflerinnen zusammensetzte, entspann sich auch eine Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen, das einerseits Freie von akuter Existenzangst entlasten könnte, aber auch eine Niedriglohnsubvention darstellen und Unternehmen zum Missbrauch einladen würde. Die Bedingungslosigkeit wurde daher nicht von allen Teilnehmerinnen befürwortet. Erfahrungsberichte aus dem betrieblichen Alltag von Redakteurinnen zeigten, dass auch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nicht immer das große Los gezogen haben: „30jährige gehen heute davon aus, dass sie die ersten zehn Jahre nur in befristeten Arbeitsverhältnissen tätig sind“, sagte die Betriebsrätin Kersten Artus aus Hamburg. Für Frauen verschärfe sich die Situation, wenn sie Kinder bekommen.

Die Delegierten forderten ver.di per Beschluss auf, „sich künftig grundsätzlich für das Recht auf Arbeit einzusetzen“. Die Forderung nach allgemeiner Arbeitsverkürzung wurde als eine der wichtigsten hervorgehoben. Neben verbindlichen Tarifverträgen bräuchten Frauen „verpflichtende Gleichstellungsgesetze mit Sanktionsmechanismen“.

Gewerkschaftliche Forderungen wie existenzsichernde Mindestlöhne und die Abschaffung der Förderung von Minijobs sah die Bundesfrauensekretärin von ver.di, Hannelore Buls, durch das Sachverständigen-Gutachten für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bestätigt: „Der Inhalt hätte auch von uns sein können“, sagte sie. Es sei aber abzuwarten, was dem folgen werde. „Als der Bericht übergeben wurde, war Frau Ministerin zwar im Hause, aber nicht abkömmlich“, betonte Buls. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) habe stattdessen einen Staatssekretär geschickt.

Als Gastreferentin sprach sich Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling von der Universität Dortmund für einen erweiterten Arbeits- und Wachstumsbegriff sowie „die Erneuerung des Gedankens der Wirtschaftsdemokratie“ aus. Schritte dorthin seien eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie Umverteilung der traditionell männlichen Produktions- und der weiblichen Reproduktionsarbeit.

Almut Broer, die von den Konferenzteilnehmerinnen als Vorstandsmitglied bestätigte wurde, schlug vor, „das Thema 35-Stunden-Woche wieder ins Gespräch zu bringen“. Ursula Schumm-Garling ging auch auf die viel diskutierte Frauenquote für die Chefetagen ein und sagte, es sei zwar wichtig, sich für die Quote einzusetzen, wenn aber Frauen in den Aufsichtsräten dasselbe täten wie Männer, sei das auch nicht die Krönung.

Stattdessen betonte die Professorin das Recht der Frauen und Männer „auf ein Leben ohne ökonomische, militärische und ökologische Katastrophen“. Angesichts der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima verabschiedeten die Konferenzteilnehmerinnen eine Resolution für den schnellstmöglichen Atomausstieg. https://medien-kunst-industrie.verdi.de/bundesfachbereich/frauen_im_fachbereich/resolution-atomkraft

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Bundesfachbereichsleiter Frank Werneke betonte in seinem Referat, die Gewerkschaften müssten ihr politisches Mandat wahrnehmen. Es käme darauf an, „die drei derzeitigen Oppositionsparteien zu politischen Festlegungen bringen, an denen sie sich messen lassen müssen“, sagte Werneke. Die Frauen des Fachbereichs nannte er „das starke Drittel“.

Als Neumitglieder des Bundesfachbereichsfrauenvorstands wurden neben den gewählten Vertreterinnen der Landesfachbereichsfrauen mit Christina Stankewitz und Linda Barthel auch zwei Jugendvertreterinnen bestätigt, die von der parallel stattfindenden Bundesfachbereichsjugendkonferenz gewählt worden waren.

Claudia Wangerin ■

Fotos beide Seiten: Christian v. Polentz/transitfoto.de

Zank programmiert

Ein Versuch: Politische, indirekte Einflussnahme auf Rundfunkinhalte über den Geldhahn

Er gilt als starker Mann der CDU-Medienpolitik: Johannes Beermann. Die Ministerpräsidenten haben ihn als Leiter der AG Beitragsstabilität beauftragt, bis zum Jahr 2014 die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu konkretisieren und Vorschläge zu machen, wie die Finanzierung von ARD und ZDF langfristig legitimiert werden kann. Erste Antworten und einen grundsätzlichen Lösungsansatz stellte er bei „ver.di im Gespräch" am 5. Mai in Mainz vor. Moderator Uli Röhm hinterfragte die CDU-Positionen zur Medienpolitik und legte offen, welche Brisanz dieser politische Ansatz birgt.

Es klingt gut, was Johannes Beermann sagt: „Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in Deutschland ist eines der besten der Welt." Damit das so bleibe, wolle er ARD und ZDF langfristig zukunftsfest machen und deren Legitimation stärken. Natürlich soll die Programmqualität hoch bleiben und auch künftig ein Programm gemacht werden können, bei dem sich die ganze Familie gemeinsam vor der Mattscheibe als medialem Lagerfeuer versammeln kann. Und auch wenn es um die Finanzen geht, sieht sich der Leiter der Sächsischen Staatskanzlei als Interessenvertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Denn wenn diese Leistungen den Beitragszahler nicht mehr kosten sollen, dann sichere das die Akzeptanz der Finanzierungsgrundlage und damit die Legitimation von ARD und ZDF.

Foto: Rudi Gültner

Johannes Beermann bei „ver.di im Gespräch" in Mainz

Wer Beitragsstabilität will, der bekommt Applaus von Beitragszahlern, die ja auch Wähler sind. Beifall klatschen werden aber zudem die privaten Medienkonzerne, weil die öffentlich-rechtliche Konkurrenz finanziell gedeckelt werden würde. Für die öffentlich-rechtlichen Programmmacher ist das alles andere, als eine frohe Botschaft. So erkennen die Zuhörer in der Meistermannhalle des ZDF hinter den wohlgesetzten Worten die Widersprüche und die Sprengkraft der eloquent vorgetragenen Argumentation.

Tätigkeitsumfang reduzieren

Es geht um den Zusammenhang zwischen Finanzierung und Aufgabenbeschreibung. Dass beides miteinander zu tun hat, ist ebenso unstreitig wie in der konkreten Ausgestaltung umstritten. Die Politik darf nicht über die Finanzierung Einfluss auf das Programm nehmen, darüber herrscht Einigkeit. Die Finanzausstattung, so hat das Bundesverfassungsgericht der Politik ins Stammbuch geschrieben, muss „funktionsgerecht" sein, d.h. die Anstalten müssen genügend Geld haben, um ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Das weiß auch Beermann. Selbstverständlich werde er sich nicht die Aufgaben der KEF einmischen, die den Finanzbedarf der Anstalten ermittelt, sagt er auf kritische Nachfragen Röhms. Und schon gar nicht werde die Politik die Programmautonomie der Anstalten in Frage stellen, versichert er treuherzig. Niemand hat also die Absicht, sich in die konkrete Programmarbeit einzumischen.

Und deshalb schlägt Beermann einen anderen Weg zur Einflussnahme ein, ohne dabei sein politisches Ziel aus den Augen zu verlieren: „17,98 Euro sind die Messlatte", sagte er in einem Interview mit dem medienpolitischen Magazin promedia. Und ohne Umschweife gibt er dort zu: „Zur Not sind wir bereit, die Aufgaben so zu verringern, dass diese Messlatte sicher nicht gerissen wird."

Bei ver.di im Gespräch formuliert er weniger deutlich, aber sein Ansatz bleibt erkennbar, wenn er feststellt: „Es ist unsere Aufgabe, den ordnungspolitischen Rahmen festzulegen und Grenzen abzustecken." In der Praxis heißt das dann: Wenn das öffentlich-rechtliche Betätigungsfeld nicht mehr mit den vorhandenen Finanzmitteln bewirtschaftet werden kann, dann muss man den Tätigkeitsumfang reduzieren. Die Konsequenzen nennt Beermann nicht. Dabei liegen sie auf der Hand: Der öffentlich-rechtliche Auftrag würde nicht mehr anhand funktionaler Kriterien definiert, sondern orientiert sich an finanziellen Vorgaben. Es ginge nicht mehr darum, welche Funktionen ARD und ZDF erfüllen sollen, sondern darum, welche Aufgaben sie mit den vorhandenen Finanzen erfüllen können. Da die Politik nicht den Finanzumfang bestimmen kann, der zur Auftragserfüllung notwendig ist, reduziert sie den Auftrag. Die KEF würde den Finanzbedarf entsprechend reduzieren und die Politik hätte auf indirektem Weg erreicht, was ihr auf direktem Weg untersagt wäre: die Programminhalte über die Gelder zu steuern.

Solche Ziele weist Beermann bei „ver.di im Gespräch" weit von sich. „Nein, es geht nicht darum, konkrete Programmausgaben zu kontrollieren", versicherte er. „Nein, natürlich wollen wir nicht den Umfang der Beschäftigung vorschreiben". Aber es müsse doch erlaubt sein, zu fragen, ob zum Beispiel der technische Aufwand notwendig sei, ob die Vorberichterstattung bei Fußballspielen ausgeweitet werden müsse. Und die Überlegung, sich auf Informationsprogramme zu konzentrieren, sei doch legitim. Schließlich setze die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems politisch informierte Bürger voraus – und das könne nur das öffentlich-rechtliche System leisten. Wie man mit einer politischen Dokumentation die breite Masse ansprechen könne, das sei Aufgabe der Redakteure, erklärte Beermann auf Nachfragen aus dem Publikum.

Alles wird gut, nur für wen?

Beermann schien zu spüren, welche Irritationen seine Ansichten bei den Betroffenen ausgelöst hatten. „Wir werden uns zanken müssen", kündigte er an und wiederholte, dass es ihm nur darum gehe, das öffentlich-rechtliche Angebot auf die geänderten Rahmenbedingungen einzustellen. Seine tröstenden Schlussworte: „Haben Sie keine Angst, alles wird gut." Die Frage ist nur: Für wen? *Rudi Gültner* ■

Kulturnotgeld aufgelegt

Landesweite Aktionen am 21. Mai

Falschgeld ist es nicht, das ver.di ab 21. Mai in Umlauf bringen wird: Die 200er Banknote, der „Bank für Kultur“, die die Fachgruppe Bildende Kunst der ver.di gestaltet hat und druckt, sieht mit der Verzierung Dürer-Porträt allerdings echter aus als mancher Geldschein. Nur steckt hinter dem schönen Schein das dringende Bedürfnis, ein „Kulturnotgeld Deutschland“ auflegen zu müssen. Lorenz Müller-Morenius, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di, geht mit Blick auf den 21. Mai sogar noch weiter: „Den Austritt aus der europäischen Währungsunion behalten wir uns vor.“

Der 21. Mai ist von der UNO längst weltweit zum Tag der kulturellen Vielfalt ausgerufen worden. In diesem Jahr bereiten die dem Deutschen Kulturrat angeschlossenen Verbände, darunter auch ver.di, seit Monaten einen Aktionstag „Kultur gut stärken“ vor. Überall im Land – an Orten der Kultur und in den Medien – wird am 21. Mai mit Veranstaltungen, Happenings wie der Verteilung des Kultur-Notgeldes, Appellen und Resolutionen auf die dramatische Situation von kulturellen Einrichtungen und Existenznöten der Kulturschaffenden aller Sparten hingewiesen. In Zeitungen, Zeitschriften und Werbeflächen im öffentlichen Raum ist seit Wochen das große „K“, das vielfältig gestaltete Signet, des Aktionstages unübersehbar. Auf einer Pressekonferenz am 5. Mai in Berlin wies der ver.di-Bereichsleiter Kunst und Kultur, Heinrich Bleicher-Nagelsmann auf die besonders prekäre Lage freiberuflicher Künstler, deren Einkünfte und Arbeitsbedingungen immer weniger existenzsichernd wären: „Auch sie leiden am Niedergang von Musikschulen, Theatern, freien Kultureinrichtungen und Bibliotheken.“ Die rasante Talfahrt nähere sich einer kritischen Marke, so Bleicher Nagelsmann: „Umdenken und Umkehr tut not. Wir fordern eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, einer gesetzlich verankerten Kultur- und Bildungspflicht nachzukommen.“ *Bal* ■

Lediglich Nullsummenspiele

Die Tarifverhandlungen bei der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck für die *Saarbrücker Zeitung*, den *Pfälzischen Merkur* und den *Trierischen Volksfreund* brachten am 20. April kein Ergebnis. Holtzbrinck ist mit diesen Tageszeitungen nur noch Mitglied ohne Tarifbindung (OT) im Verlegerverband. Deshalb bemühen sich ver.di und der DJV, drängende Fragen wie notwendige Tariferhöhungen und Beschäftigungssicherung in einem Haustarif zu regeln.

Verlagsgeschäftsführer Joachim Meinhold will von Gehaltserhöhungen nichts wissen. Er führte lediglich „Nullsummenspiele“ mit sogenannten „aufwandsneutralen Einmalzahlungen“ ins Feld. Verbindliche Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung lehnte Meinhold ebenso ab wie tarifvertragliche Entfristungen von Arbeitsverträgen. „So hat er sich in der letzten Verhandlung geweigert, über Forderungen von ver.di und DJV nach einer Festschreibung des jetzigen Stellenplans und einem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen zu verhandeln“, heißt es in einer Information der ver.di-Tarifkommission (TK). Gleichfalls habe Meinhold „zwei Stunden lang wortreich erklärt, warum er unbedingt freie Hand für einen möglichen weiteren Personalabbau benötige“. Als Beruhigungspille bewertet die TK daher auch die Ankündigung der Geschäftsführung in naher Zukunft den Etat der Redaktion nicht kürzen zu wollen. ver.di hält an ihren berechtigten Forderungen nach linearen Tariferhöhungen und mehr Arbeitsplatzsicherheit fest. *wen* ■

Anzeige

Zum 1. Juli 2011 wird bei der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH die Stelle
einer/n neue/n Chefredakteur/in (Vollzeit) für die Demokratische Gemeinde (DEMO), der größten kommunalpolitischen Fachzeitschrift Deutschlands, besetzt.

DEMO

Ihre Aufgaben:
▮ Verantwortung für die publizistische Weiterentwicklung der Zeitschrift sowie der zugehörigen Sonderprodukte, Online-Angebote und Veranstaltungen ▮ Zuständigkeit für die journalistische und fachliche Qualität der Zeitschrift ▮ Führung eines kleinen, erfahrenen Redaktionsteams ▮ Koordination und Briefing freier (Fach-) Autoren ▮ enge Zusammenarbeit mit Herausgeber und Geschäftsführung ▮ projektbezogene Mitwirkung an der Erschließung neuer Wachstumspotenziale auf allen Medienkanälen.

Ihr Profil:
▮ solide, praxisorientierte journalistische Ausbildung ▮ abgeschlossenes Studium ▮ langjährige Tätigkeit als Journalist ▮ umfassende Kenntnis politischer Zusammenhänge – von kommunaler bis zur Europaebene ▮ Fähigkeit und Bereitschaft zur fundiert-kritischen Auseinandersetzung mit kommunalen und gesellschaftlichen Entwicklungen ▮ Routine und Spaß an teamorientierter Mitarbeiter-führung ▮ hohe Sozialkompetenz ▮ offener Kommunikationsstil ▮ große zeitliche Flexibilität.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Artikelproben bitte an u.g. Anschrift.

Zum 1.6.2011 suchen wir ein/e Bildredakteur/-in

Aufgabenbereich: Aufbau und Pflege eines Fotoarchivs. Bildauswahl und Fotobearbeitung im Rahmen eines digitalen Workflows, welche die Erstellung sowohl von Druckvorlagen, als auch von html-basierten Webauftritten und Apps erlaubt. Verhandlung mit Fotografen/-innen sowie Agenturen. Kenntnisse: Umgang mit Redaktionssystemen und den Layoutprogrammen InDesign und QuarkXPress. Fotografie, Fotobearbeitung für Zeitungen und Magazine. Kenntnisse von redaktionellen Abläufen.

Bewerbungen bitten wir mit Lebenslauf per Post zu richten an: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH ▮ Herr Guido Schmitz Stresemannstraße 30 ▮ 10963 Berlin. **www.vorwärts.de**

vorwärts

Unter Wert verkauft

Illustratoren ringen gemeinsam mit Berufsverband um bessere Honorare

Rund 3.000 Illustratoren arbeiten in Deutschland, fast alle als Solo-Selbstständige und Freiberufler. Trotz akademischer Ausbildung ist die wirtschaftliche Lage für einen Großteil von ihnen im Wortsinne prekär. Gründe dafür sind der viel zu geringe gesellschaftliche Stellenwert von Illustration, das Image als „Hobby-Zeichner" bei Auftraggebern und ein mangelndes Selbstbewusstsein seitens der Illustratoren selbst. Doch die Zunft begehrt auf und stellt sich auch auf die neuen Medienverhältnisse ein.

„Illustratoren interessieren sich doch gar nicht für so etwas wie Ausfallhonorar, die nehmen es einfach hin, wenn sie für ihre Arbeit wenig oder auch gar nichts bekommen". So artikulierte ein Auftraggeber aus der Werbe-Agenturbranche gegenüber Oliver Wünsch offen seine Geringschätzung für einen ganzen Berufsstand. Wünsch ist freiberuflicher Illustrator in Hamburg (www.wuenschonline.de) und hat im Laufe der Jahre schon so einiges zu hören bekommen, wenn seine Kunden den Preis drücken wollten. Daher forderte er bei erwähntem Auftraggeber ausdrücklich einen Ausgleich von 50 Prozent des vereinbarten Honorars, falls die bei ihm bestellten und von ihm korrekt gelieferten Illustrationen nicht genutzt werden sollten. Er bekam das Ausfallhonorar.

Als Wünsch diese Anekdote bei einer öffentlichen Podiumsveranstaltung vor rund 100 Illustratorinnen und Illustratoren aus ganz Deutschland zum Besten gab, gab es sowohl zustimmendes Nicken als auch ungläubiges bis beschämtes Kopfschütteln: Als so naiv werden wir Illustratoren wahrgenommen – oder sind wir es sogar? „Naiv vielleicht nicht. Aber in Sachen Geschäftstüchtigkeit und selbstbewusstem Auftreten sind sehr viele Illustratoren noch längst nicht professionell genug", kommentiert Tim Weiffenbach (http://www.illustration-tw.com), selbst Illustrator und ehrenamtlich tätiger Vorsitzender der Illustratoren Organisation IO.

Der „Berufsverband der Illustratoren" gründete sich vor rund neun Jahren mit dem Ziel, eine ebenso auf spezifische Anliegen ausgerichtete, wie solidarische und starke Interessenvertretung aufzubauen. Seitdem ist die Zahl der Mitglieder auf derzeit rund 1.050 angewachsen. Damit ist die IO, neben den Gewerkschaften, eine der mitgliederstärksten Interessenvertretungen innerhalb sogenannter Kreativberufe in der Medien-, Kunst- und Kommunikationswirtschaft. Der AGD, Allianz deutscher Designer, die quasi schon „traditionelle" Interessenvertretung für Grafik-, Industrie-, Kommunikations-, Mode-, Foto- und Mediendesigner, hat rund 3.000 Mitglieder. Doch viele der bislang ebenfalls dort organisierten Illustratoren fanden schon Ende der 90er ihre spezifischen Interessen im großen Pool der AGD zu wenig berücksichtigt, sahen sich dort mehr und mehr als Randgruppe. In ver.di sind die Illustratoren ihren Tätigkeitsschwerpunkten entsprechend in mehreren Bereichen organisiert, etwa in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) (Karikaturisten für Printmedien), bei der Bildenden Kunst (Designer) oder auch beim Verband der Schriftsteller (Buchgestalter). Außerdem werden sie im Selbstständigen-Referat bei rechtlichen oder betriebswirtschaftlichen Fragen betreut und können sich umfangreich beraten lassen über das Netzwerk mediafon.

Breitgefächertes Portfolio

Nach Hochrechnungen der IO sind in Deutschland derzeit rund 3.000 beruflich aktive Illustratorinnen und Illustratoren tätig, diese aber „zu fast 99 Prozent soloselbstständig". Die Hauptbetätigungsfelder für Illustratoren lagen 2008, laut einer IO-Befragung, bei Kinderbüchern (rund 55 Prozent aller Befragten), für Zeitungen und Zeitschriften (50,1 %) sowie in der Werbung (47,8 %), zweitstärkste Bereiche sind Comic, Jugendbuch und Schulbuch (rund 28 – 29 %), gefolgt von Cartoon (22 %), Storyboards (20,7 %) und Animation. Mit Infografiken und wissenschaftlich / technischen Illustrationen sowie Online-Medien, Verpackungen und Design sind jeweils noch etwas über 10 % der Illustratoren beschäftigt. Ein breit gefächertes Portfolio also, und die allermeisten bieten davon mindestens die Hälfte oder mehr an, von einigen Spezialisten und bekannten Größen der Branche mal abgesehen, die sich auf Comics, Cartoons / Karikaturen oder eigene Illustrationsbücher und Animationsfilme beschränken können, wie Uli Stein, Rötger „Werner" Feldmann, oder auch die Schöpfer der „Diddl"-Maus.

Wolfgang Judex (IO) „Trolli Apfelringe"

Die ebenso vielseitigen wie vielfältig einsetzbaren Illustratoren sind fast so etwas wie die vergessene Abteilung im großen und unübersichtlichen Gebäude der so genannten Kreativwirtschaft. Die Politik subsummiert darunter alle Arten von Verlagen, Filmproduktion, Rundfunk, Fernsehen, Musik, Journalismus, Museen und Ausstellungen, Architektur, Design, Werbung, Software, Games sowie Medienhandel. Illustratoren fallen hierbei unter Designer. Sie umfasst rund 238.300 Unternehmen und Selbstständige (Bericht der Bundesregierung vom Februar 2009). Doch scheinen sich die Illustratoren in Deutschland offenbar mehrheitlich und im doppelten Sinn unter Wert zu verkaufen. Auch das ergab die Befragung, an der sich 704 Illustratoren, 80 Prozent davon Mitglieder der IO, beteiligten.

Bezogen auf 2008 waren „die Einkommensverhältnisse für den überwiegenden Prozentsatz der Illustratorinnen und Illustratoren prekär – sie gehören zu den so genannten 'working poor'", so die IO in ihrer offiziellen Stellungnahme zur Erhebung. Rund 45 Prozent der Befragten verdienten unter 12.000 Euro netto, und nur etwa 13 Prozent mehr als 35.000 Euro net-

Infos für Illustratoren

IO: www.io-home.org
IO Broschüre „Erfolgreich arbeiten mit Illustratoren": http://www.io-home.org/leistungen/grundlagen/erfolgreiche_zusammenarbeit/pdf_pool/IO_Broschuere.pdf

ver.di: www.mediafon.net
AGD: http://www.agd.de/
Freistil: http://www.freistil-online.de

to im Jahr. Das heißt, für mehr als 85 Prozent reicht das erzielte Einkommen kaum zum Überleben. Gleichwohl gaben rund 34 Prozent der Befragten an, mit ihrem Einkommen den Lebensunterhalt der Familie sichern zu können. Das ließe den Schluss zu: Die „erzeichneten“ Umsätze sind bei rund zwei Drittel allenfalls ein Teileinkommen, das durch weitere, mehr oder weniger artfremde berufliche Tätigkeiten oder durch das Einkommen berufstätiger Partner ergänzt werden müsse. „Oftmals wird Illustration nur als Neben- oder Zweitberuf ausgeübt“, so die IO.

Mehr als ein bezahltes Hobby

Und genau darin liege eine Crux. Denn was offenkundig bei vielen Akteuren selbst als „Nebenberuf“ gilt, wird häufig auch von anderen als eine Art bezahltes Hobby angesehen, dem die Zeichner mehr aus Spaß an der Freude nachgingen, weniger für den professionellem Broterwerb. Dieses Image erschwere die gesellschaftlich-wirtschaftliche Anerkennung der Illustratoren im Allgemeinen, und verschlechtere deren Verhandlungsposition gegenüber Auftraggebern im Speziellen. Dabei seien beispielsweise Buchverlage oder auch Agenturen in der Lage, die Arbeit der Illustratoren angemessen zu honorieren, so IO-Vorstandsmitglied Juliane Wenzl, Illustratorin (http://www.ingestalt.de/uns.html) und Hochschul-Mitarbeiterin in Braunschweig. „Immer wieder hören wir, dass erhöhte Honorarforderungen durchaus erfüllt werden, wenn die Illustratoren sie denn stellen.“

Wie aber konnte es zu dieser prekären Situation der Illustratoren eigentlich kommen? Etwa 80 Prozent gaben bei der oben erwähnten Befragung an, ein Grafik-Design- oder Illustrations-Studium absolviert zu haben. Und der Rest – bis auf drei Prozent autodidaktischer Quereinsteiger – nahm eine entsprechende Ausbildung wahr. „Wir wurden im Studium eigentlich gar nicht oder nur unzureichend auf das Berufsleben in der Medienwirtschaft vorbereitet“, heißt es immer wieder von Absolventen und Studierenden des Grafikdesigns. Betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse, Selbstvermarktung und Vertragsgestaltung, Urheberrecht oder auch Fragen der Alterssicherung für Freiberufler – das würde an den Hochschulen kaum behandelt. Das bestätigten auch die IO-Umfrageergebnisse: Rund 31 Prozent der befragten Illustratoren waren nicht in der Künstlersozialkasse und verzichteten damit auf die Halbierung der monatlichen Krankenkassenbeiträge und die Einzahlungen auf ihr Rentenkonto. Gerade einmal 33 Prozent stecken mehr als 200 Euro monatlich in die Altersvorsorge. Und gerade mal die Hälfte gehört der Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst an.

„Das schlechte Image von Illustratoren führt Weiffenbach auch auf ein historisch gewachsenes Problem zurück: „Die Instrumentalisierung von Bildern durch die Nazis schadete der Entwicklung eines modernen nationalen Bildkonzeptes genauso wie die gegenläufige grafische Abstraktion der 60-70er Jahre.“ Gewiss hat sich der Stellenwert von Illustrationen seit den 80ern verändert, etwa durch die seitdem stetig zunehmende Popularität von Comics, speziell für Erwachsene, oder durch die Renaissance des Zeichentrickfilms durch Computeranimation und 3D-Technologien. Und nicht zuletzt durch regelmäßige Retro-Trends, etwa zu illustrativen Designs auf Fahrrad-Rahmen. Doch das finde noch zu viel in Nischen statt, sagen Branchenkenner. „Illustration wird hierzulande stiefmütterlich behandelt, genau wie Mode und Pop“, meint Raban Ruddigkeit in einem Interview mit dem Kunstmagazin Art. Er ist Inhaber der Berliner Design Agentur „Corporate Ideas“ und Herausgeber des seit 2003 Jahren regelmäßig erscheinenden Bandes „Freistil“ (plus Website), einer Art kuratierten Werkschau der deutschen Illustrationsszene. Einen Mangel an Talenten sehe er für Deutschland keineswegs, im Gegenteil. Sie müssten sich, wie die meisten Freiberufler, nur noch mehr professionalisieren, selbstbewusster und offensiver agieren.

Schleichend aber kontinuierlich sei an der Abwertung kreativer Leistungen in den letzten zwei Jahrzehnten – in ganz Europa – gearbeitet worden, speziell von Verlagen und Medienhäusern. Zum einen durch den berüchtigten Pauschalkauf aller möglichen Nutzungsrechte für ein zu geringes Salär. Im Zuge dieses „Total-buy-out“ genannten Ansinnens will der Auftraggeber mit einer Zahlung die erhaltenen Motive ebenso umfänglich wie unbegrenzt nutzen dürfen. Speziell für Zweitverwertungen aller Art, für Neuauflagen und neue Plattformen, von CD-ROMs und E-Books über Webseiten und Apps bis hin zu Archiven und Ausstellungen. Auch, so Weiffenbach, hätten die Auftraggeber die Vergütungen oder Umsatzbeteiligungen systematisch eingefroren oder gedrückt. Sich dagegen zu wehren, fällt einzelnen Freiberuflern schwer. Viele lassen sich frustriert aber stillschweigend auf die Knebelbedingungen ein, weil sie um künftige Aufträge fürchten.

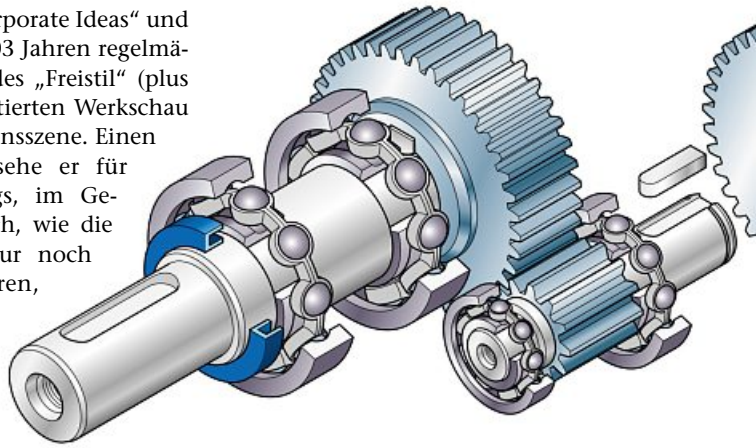
Diese Situation führte unter anderem zur Gründung der Illustratoren-Organisation: um gemeinsame Interessen zu bündeln. Neben der Beratung und Aufklärung zu Künstlersozialkasse und VG Bild-Kunst, drückt sich dies auch in konkreter Unterstützung aus. So stand die IO mehreren Illustratoren zur Seite, als der Westermann Schulbuch-Verlag ihnen neue Verträge mit verschlechterten Bedingungen aufzudrücken versuchte und erreichte, dass neu verhandelt wurde.

Doch bei aller Solidarität gehen die ungebrochen radikalen Veränderungen im gesamten Medienmarkt, die hohe Dynamik von Internet und lückenlos digitalen Wertschöpfungsketten auf vielfältigen Plattformen auch an den Illustratoren nicht vorbei. Die Trends hin zu Bewegtbild dominierter Kommunikation und dreidimensionalen Welten, verlangen von den Schöpfern des „flotten Strichs“ eine ebenso flexible wie professionelle Arbeit. Ob für „E-Books“ oder „Apps“, Webseiten oder mobile Kleinbildschirme, Computerspiele oder E-Learning – in diesen neuen Feldern seien Illustratoren mehr und mehr auch als Urheber und Unternehmer gefragt, ist Weiffenbach überzeugt. Dass sie diese Herausforderung annehmen, zeigen von Illustratoren geschaffene oder illustrierte, „interaktive Digitalbücher“, wie beispielsweise die international erfolgreiche iPad-App „Mika´s Abenteuer“ des Münsteraner Illustrators Florian Biege (http://itunes. apple.com/de/app/mikas-abenteuer /id396348876?mt=8). Oder das fünfköpfige Berliner Illustratoren-Kollektiv „Flow-Studios“, das für Filmproduktionen und Computerspiele so genannte „Concept Designs“ und Drehbuch-Illustrationen (Storyboards) anfertigt (http:// www.flow-studios.eu/).

Henry Steinhau ■

Illustrationen Seite 22 und 23:
Arbeitsbeispiele aus der Broschüre „Erfolgreich arbeiten mit Illustratoren“

Mario Valentinelli (IO)
„Aufbau von Zahnradgetrieben“
Westermann Schulbuchverlag



Wo sitzt das Leck?

Perspektiven radikaler Transparenz von staatlichen Informationen

Es gab in den letzten Jahrzehnten keine Enthüllung journalistischer Art, die amerikanische Politiker so aus der Fassung gebracht hatte, wie die Ankündigung, rund 251.287 Depeschen des US-Außenministeriums veröffentlichen zu wollen. Bis Ende April wurden rund 10.000 Depeschen veröffentlicht. Allein diese Depeschen lösten vielerorts kleinere und größere politische Erdbeben aus, wo sich offizielle und vertrauliche Äußerungen voneinander eklatant unterschieden. Wie sehen die Perspektiven für diese Art radikaler Transparenz aus?

Nicht wenige schreiben den Auslöser der arabischen Revolution nicht Twitter, Facebook oder al-Dschasira, sondern WikiLeaks zu. So sollen die Veröffentlichungen über das große Ausmaß der Korruption der tunesischen Herrscherfamilie die Unruhen in Tunis wesentlich befördert haben. Die Flucht Ben Alis wiederum ermutigte auch Bürger in Ägypten, Yemen, Jordanien, Bahrain, Libyen und Syrien, für ihre Rechte einzustehen. Während deutsche Politiker lediglich etwas ins Lächerliche gezogen wurden, wurden arabische Potentaten des jahrelangen Lügens überführt.

WikiLeaks verliert Gatekeeper-Autorität

Bei dem gegenwärtigen Veröffentlichungstempo wird es vermutlich rund zehn Jahre dauern, bis die letzte Depesche veröffentlicht ist. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass das Tempo angezogen wird. Die Veröffentlichung der Dokumente zu Guantánamo Bay zeigte, dass WikiLeaks nicht mehr über die uneingeschränkte Kontrolle der Dokumente verfügt.

Die von WikiLeaks auserkorenen Medienpartner durften die Guantánamo-Dokumente zwar analysieren, aber nicht veröffentlichen. Dazu zählten die amerikanischen Zeitungen *Washington Post*, *Miami Herald*, die spanische Zeitung *El País*, der britische *Telegraph*, der deutsche *Spiegel*, die französische *Le Monde*, das schwedische *Aftonbladet*, und die italienischen Publikationen *Repubblica* und *L'Espresso*. Außen vor waren die alten Medienpartner *New York Times* und *The Guardian* gewesen. Sie waren vermutlich in Ungnade gefallen, da der *Guardian* die US-Depeschen gegen den Willen von Julian Assange der *New York Times* zur Verfügung gestellt hatte. Diese hatte im Sommer vergangenen Jahres ein kritisches Porträt des WikiLeaks-Gründers veröffentlicht. Nun preschten beide gemeinsam mit dem National Public Radio (NPR) vor – und erklärten, das Material nicht von WikiLeaks erhalten zu haben. Assange erteilte darauf den zuvor ausgewählten Exklusivpartnern rasch eine Freigabe.

Wo sitzt das Leck? Per Twitter beschuldigte WikiLeaks den ehemaligen Mitarbeiter Daniel Domscheit-Berg des Verrats und schrieb im Geheimdienstjargon „We had intel on them and published first". Doch dies dementierte Domscheit-Berg gegenüber dem IT-Journalisten Detlef Borchers. Borchers glaubt auch, dass ein Ende der neuen Veröffentlichungen abzusehen ist. So soll es – entsprechend der Chatprotokolle zwischen Bradley Manning und Adrian Lamo – noch ein zweites Video eines Luftangriffs geben. Und es gibt noch 70.000 Dokumente aus Afghanistan, die so viele Informationen über Informanten enthalten, dass sie nicht veröffentlicht wurden.

Noch bleiben rund 240.000 nicht-veröffentlichte Depeschen. Der Kreis der Auswerter hat sich inzwischen erweitert. Neben den ursprünglichen fünf Redaktionen – dem *Guardian, Le Monde, El Pais, Guardian* und *New York Times* haben die libanesische Tageszeitung *Al-Akhbar*, die norwegische Tageszeitung *Aftenposten*, die deutsche Tageszeitung *Die Welt*, die indische Tageszeitung *The Hindu* nun auch die israelischen Tageszeitungen *Jediot Ahronot* und *Haaretz* Zugriff auf das Konvulut. Wohl nicht über einen offiziellen Kontakt zu WikiLeaks, da die Zeitung lediglich schreibt, man habe „vor ein paar Wochen" die Dokumente „in die Hände bekommen".

10.000 Depeschen sollen sich mit Israel beschäftigen. Die erste Veröffentlichungswelle im Winter zeigte, dass zahlreiche arabische Führer die Einschätzung Israels über Iran teilten. Sie sahen weniger Israel, als Iran als Gefahr – in der Öffentlichkeit vertraten sie jedoch die gegenteilige Einschätzung. In weiteren Dokumenten soll der Waffenschmuggel in den Gazastreifen und Libanon ein dominierendes Thema sein, der von der alten ägyptischen Regierung toleriert wurde. Die *Haaretz*-Redakteure interessieren sich bei ihrer Auswertung vor allem dafür, ob „Amtsinhaber in Israel und im Ausland im privaten Kreis anders reden als in der Öffentlichkeit". Das tun sie in der Tat – sie listen zahlreiche, teilweise „beängstigende" Beispiele dafür auf, denen sie künftig näher nachgehen wollen.

Daniel Domscheit-Berg arbeitet derweil mit einigen Mitstreitern, deren Namen nicht genannt werden, an der „digitalen Babyklappe" OpenLeaks. Noch in diesem Jahr soll das Projekt mit sechs Medienpartnern starten, kündigte Domscheit-Berg auf der Konferenz re:publica im April an. Um wen es sich handelt, teilte er allerdings nicht mit. Geplant sind bis zu 100 Partner, wobei es sich je hälftig um Medien bzw. zivilgesellschaftlichen Organisationen handeln soll. Diese Partner werden dann auch die Infrastruktur über Beiträge finanzieren. Anders als WikiLeaks soll OpenLeaks lediglich die technische Vermittlung zwischen Whistleblower und Empfänger übernehmen. Quellenmaterial wird es also dann nur zu sehen geben, wenn die Empfänger des Materials sich dazu entscheiden.

OpenLeaks als Rückzug aus der Verantwortlichkeit

Dies ist eine folgerichtige Weiterentwicklung aus den Erfahrungen, die WikiLeaks in den vergangenen Jahren gemacht hat. Gestartet war WikiLeaks mit einer Kopie des Veröffentlichungskonzepts von Cryptome-Betreiber John Young, der das Material meist kommentarlos im Web veröffentlicht. Um die mediale Aufmerksamkeit zu steigern, entschieden sich die Betreiber nach dem Flop der Datenbank über Bestände der US-Armee im Irakkrieg dafür, die Materialien noch stärker in ihrem Kontext darzustellen: Das „Collateral Murder-Video" wurde nicht nur geschnitten und mit kommentierenden Grafiken und Kommentaren versehen, sondern auch basierend auf einer journalistischen Recher-

Foto: pixelfabrik / Fotolia.com

che vor Ort in Irak eingeordnet. WikiLeaks verlangte außerdem von Medien, die das Video zeigen wollten, Spenden. Damit agierte die Organisation wie ein journalistisches Medium.

Die Afghanistan-Protokolle wiederum wertete WikiLeaks nicht mehr selbst aus, sondern überließ dies ausgesuchten Medienpartnern. Mit diesem Datenmaterial hatte Assange auch das Konvolut der US-Depeschen an die Partner übergeben, womit dasselbe Verfahren fortgesetzt war. Auf der WikiLeaks-Website wurden im weiteren Verlauf nur einzelne Depeschen ausführlich kommentiert. Außerdem wurden nur die Depeschen veröffentlicht, die zuvor die redaktionelle Kontrolle der Redaktionen durchlaufen hatte. Dieses Vorgehen ist nun durch die Verbreitung an weitere Redaktionen, die mit WikiLeaks derartige Abmachungen nicht getroffen haben, nicht mehr gewährleistet.

Die Verantwortung für die Veröffentlichung der Depeschen ist bei dem Modell der US-Depeschen vor allem bei den Redaktionen verortet, auch wenn die politische Diskussion etwas anderes suggeriert. OpenLeaks nimmt sich insofern noch weiter zurück, indem es sich als eine Art Kommunikationsdienstleister zwischen zwei Parteien begreift. Würde man OpenLeaks rechtlich wie einen Internetprovider oder ein Postunternehmen bewerten, wäre OpenLeaks von einer Mitverantwortung für die Inhalte ausgeschlossen. OpenLeaks wäre also im Kern nur ein technisch etwas avancierterer Kommunikationsdienstleister – und das rechtliche Risiko für das Leaking läge allein wieder in den Händen der Whistleblower, da die Medien ja über relativ umfangreiche Schutzrechte verfügen.

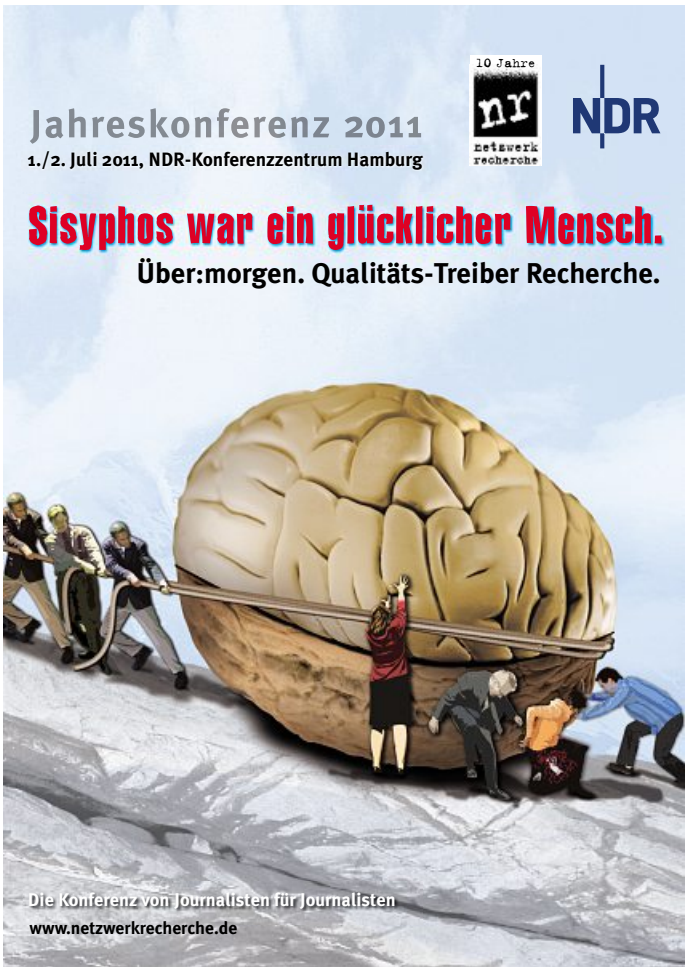
Whistleblower verfügen in Deutschland allerdings noch immer über keinen angemessenen Schutz und riskieren ihren Arbeitsplatz wegen der Verletzung von Verschwiegenheitsrechten. Zwar können die Rechte des Arbeitgebers gegen das Recht auf Öffentlichkeit abgewogen werden, doch genau das ist für Whistleblower in der Regel sehr riskant.

Mehr Whistleblower-Schutz

Die von WikiLeaks und seinen isländischen Mitstreitern vor fast eineinhalb Jahren in Gang gebrachte „Isländische Moderne Medien-Initiative“ (IMMI) ist zwar vom isländischen Parlament beschlossen worden, doch umgesetzt wurde aus dem Paket bislang nur ein verbesserter Informantenschutz. Die Isländer kämpfen dennoch nicht mehr nur für eine bessere Rechtslage in ihrem Land, sondern auch anderswo. Entsprechend wurde IMMI in „Internationale Moderne Medien-Initiative“ umbenannt. Sie sucht jetzt Mitstreiter auf europäischer Ebene – und scheint sie zu finden: Das Europäische Parlament hat sich Mitte April mit IMMI in einem „Seminar“ befasst und hat sich in einer Resolution positiv geäußert. Ende Mai wird es sich außerdem in einer Anhörung mit einer Verbesserung des Whistleblower-Schutzes auseinandersetzen. Der Deutsche Bundestag ist noch nicht so weit: Die nach dem Gammelfleisch-Skandal vom ehemaligen Verbraucherschutzminister Horst Seehofer initiierte Verbesserung der Rechtslage liegt nach dem Widerstand des Arbeitgeberlagers noch immer auf Eis. Immerhin hatte die SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des Dioxin-Futtermittelskandals Anfang 2011 einen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause angekündigt. Vom Whistleblower Netzwerk e.V. liegt bereits ein Entwurf für ein Gesetz „zum Schutz öffentlicher Interessen durch Whistleblowing“ mit innovativen Vorschlägen wie der Einrichtung eines von einem Bundesbeauftragten für Whistleblowing verwalteten Whistleblower-Fonds vor (http://whistleblower-net.de).

WikiLeaks hat mit seiner radikalen Transparenz die große Bedeutung von Open Government vorgeführt. Der Gegenpol zum Schutz von Whistleblowern besteht nämlich in der legitimen Veröffentlichung von staatlichen Informationen. In den USA fürchtet sich die auf rechtlich einwandfreien Füßen stehende „Open Data-Bewegung“ jetzt aber vor einem schweren Rückschritt: Die Regierung will auf Druck der Republikaner das Budget für den Electronic Government Fund von jährlich 37 auf 2 Mio. US-Dollar kürzen. Damit könnte die Datenbank-Website data.gov erheblich eingedampft werden. Gleichwohl nimmt die „Open Data-Bewegung“ in Europa Fahrt auf. Private Initiativen kümmern sich in Großbritannien, Deutschland, Italien und den Niederlanden um die Aufbereitung von Daten, die wie etwa die Haushaltsdaten im Web zwar zur Verfügung stehen, aber noch nicht in allgemein verständlicher Form aufbereitet wurden. Die Auseinandersetzung mit der Verfügbarkeit staatlicher Daten ist daher noch lange nicht zu Ende – auch wenn WikiLeaks und andere Plattformen keine radikale Transparenz mehr praktizieren sollten. *Christiane Schulzki-Haddouti* ■

Anzeige



Rechercheerfolge

Gespräch mit Paul Steiger von ProPublica – Pulitzer-Preisträger

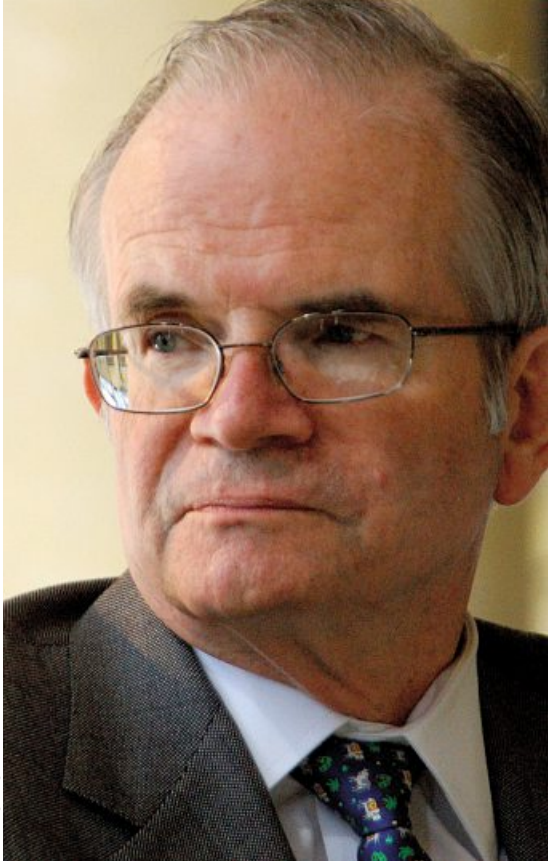


Foto: Jörg Wagner

Der US-amerikanische Zeitungsmarkt steckt in der Krise. Große Zeitungen mussten massiv Personal abbauen, die Qualität leidet. In diesem Umfeld hat das Milliardärsehepaar Herbert und Marion Sandler aus San Francisco vor mehr als drei Jahren beschlossen, den investigativen Journalismus jährlich mit zehn Millionen Dollar zu unterstützen. Gemeinsam mit dem damaligen Redaktionsleiter des *Wall Street Journals*, Paul Steiger, gründeten sie die Organisation ProPublica mit Sitz in New York, der Steiger als Chefredakteur vorsteht. Mehr als hundert Geschichten hat ProPublica seitdem recherchiert und dafür in diesem Jahr zum zweiten Mal den Pulitzer-Preis erhalten.

M | *Verkörpert ProPublica die Zukunft des US-amerikanischen Zeitungsjournalismus?*

PAUL STEIGER | Unser Modell ist sicher nicht die Zukunft des Journalismus. Wir vertreten einen kleinen, aber wichtigen Teil des Journalismus, nämlich den investigativen. Aber wir müssen uns noch weiter etablieren. Wir können zu einem wesentlichen Bestandteil der US-amerikanischen Medienlandschaft werden.

M | *Haben Sie eine Mission?*

STEIGER | Wir wollen Machtmissbrauch und Fehlverhalten ans Licht der Öffentlichkeit bringen und den Menschen damit ein Instrument in die Hand geben, mit dem sie Wandel bewirken können.

M | *Das haben Sie mit WikiLeaks-Gründer Julian Assange gemeinsam. Zumindest sagt er das immer. WikiLeaks verbreitet geheimes Material, das von sogenannten Whistleblowern stammt. Wie geht ProPublica mit solchen Informanten um?*

STEIGER | Sehr behutsam und vorsichtig. Sie können eine Schlüsselquelle für wichtige Informationen sein. Gleichzeitig müssen wir aber wachsam gegenüber Übertreibungen und falschen Behauptungen sein.

M | *Wie vielen Geschichten gehen Sie pro Woche nach?*

STEIGER | Wir sind 32 fest angestellte Journalisten, 19 davon sind Reporter, und jeder von ihnen hat seine spezifischen Projekte, an denen er permanent arbeitet, manchmal auch an zweien oder dreien gleichzeitig. Es kann mehrere Wochen oder Monate dauern, bis eine Story fertig recherchiert und geschrieben ist. Wir stellen alles auf unsere eigene Webseite www.propublica.org. Bei großen Projekten gehen wir Medienpartnerschaften ein. Das können Zeitungen, Magazine, Fernsehen oder Radio sein, denn wir wollen mit unserer Arbeit ein größtmögliches Publikum erreichen.

M | *Auch WikiLeaks sucht sich Partner in den klassischen Medien für die Veröffentlichung. Zahlen Ihre Partner eigentlich für die Veröffentlichung Ihrer Artikel?*

STEIGER | Nein. Wir sind ein rein philanthropisches Unternehmen und wollen, dass unsere Geschichten ein relevantes Publikum erreichen, um die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Wenn wir Machtmissbrauch ans Tageslicht bringen, möchten wir, dass dies auch Konsequenzen hat. Und das beste Mittel dafür ist, unsere Inhalte kostenlos anzubieten. Das heißt natürlich nicht, dass wir niemals dafür Geld verlangen werden. Viele dieser Geschichten kosten in der Produktion mehrere Hunderttausend Dollar.

M | *Wie lange haben Ihnen die Sandlers Ihre 10-Millionen Dollar Spende garantiert? Ist das Ihre einzige Einnahmequelle?*

STEIGER | Sie haben diese Summe für drei Jahre versprochen. Nach unseren ersten beiden Jahren haben sie ihr Versprechen verlängert, so dass wir diese Garantie noch für zwei bis drei Jahre haben. Mittlerweile wollen wir die Zahl der Spender aber vergrößern. 2008 ist es uns schon gelungen, eine Million Dollar an Spenden aus anderen Quellen zu sammeln. Und im vergangenen Jahr haben wir zusätzlich drei Millionen eingenommen. Seit Anfang dieses Jahres schalten wir auch Werbung auf unserer Seite und sind auch weiter auf der Suche nach neuen Einnahmequellen.

M | *Werden Sie schon soweit ernst genommen, dass Sie Zugang zu den Mächtigen erhalten? Fürchtet man Sie bereits?*

STEIGER | Ich würde schon sagen, dass man uns fürchtet. Aber als wir angefangen haben, war das ehrlich gesagt manchmal schon etwas hart, wenn wir irgendwo angerufen haben und nicht zurückgerufen wurden. Wir haben natürlich trotzdem unsere Techniken, um an Informationen zu gelangen. Und mit der Zeit haben die Leute verstanden, wer wir sind, und dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, unsere Anrufe zu erwidern. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir immer so schnell zurückgerufen werden, wie ein Reporter beim *Wall Street Journal* oder der *New York Times* oder NBC News. Aber in den meisten Fällen schon.

M | *Gibt es eine Konkurrenz zwischen den Medien, wenn zum Beispiel jemand mit Ihnen ausschließlich an einer Sache arbeiten möchte?*

STEIGER | In Washington arbeiten wir zum Beispiel mit *Politico* und der *Washington Post* zusammen. Das sind zwei großartige Partner, und wir versuchen, beide zufriedenzustellen. Bisher ist uns das auch gelungen. Unsere Philosophie ist, mit so vielen Medien wie möglich Partnerschaften einzugehen. Wir wollen mit unseren Partnern daten, sie aber nicht heiraten.

M | *Aber sind Sie nicht auch ein Konkurrent für Zeitungen? Denn diese haben immer weniger Ressourcen, um selbst investigativen Journalismus zu betreiben und sie gehen dann eine Partnerschaft ein, mit wem sie wollen.*

STEIGER | Wir sind relativ klein im Vergleich zu dem, was Zeitungen selbst leisten. Unsere großen Partner beliefern wir im Jahr vielleicht mit sieben oder acht Geschichten, das ist zwar wenig, aber sie erzielen oft eine hohe Wirkung. Zeitungen sehen uns als wertvolle Ergänzung und nicht als Ersatz für eigene journalistische Leistungen.

Das Gespräch führte Eleni Klotsikas ■

Kein Verstoß bei Exklusiv-Vertrag

Deutscher Presserat mit umfangreichem Beschwerdeprogramm

Der Deutsche Presserat behandelte in seiner Märzsitzung in Berlin 125 Beschwerden. Neben den vier öffentlichen und zwei nichtöffentlichen Rügen, die die drei Beschwerdeausschüsse aussprachen, gab es 21 Missbilligungen und 28 Hinweise. In 62 Fällen wurden die Beschwerden als unbegründet erachtet. Themen waren unter anderem Informationsfreiheit und die Trennung von Redaktion und Werbung.

Eine Journalistin hatte sich beim Deutschen Presserat über die exklusive Berichterstattung des Spiegel über tausende von WikiLeaks recherchierte Dokumente beschwert (M 1–2/2011). Moniert wurde, dass der *Spiegel* einen exklusiven Zugang zu den Dokumenten hatte und dadurch eine Monopolstellung einnehme. Die Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen. In Ziffer 1 Richtlinie 1.1 des Pressekodex heißt es zu Exklusiv-Verträgen: „Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Vorgänge oder Ereignisse, die für die Meinungs- und Willensbildung wesentlich sind, darf nicht durch Exklusiv-Verträge mit den Informanten oder durch deren Abschirmung eingeschränkt oder verhindert werden. Wer ein Informationsmonopol anstrebt, schließt die übrige Presse von der Beschaffung von Nachrichten dieser Bedeutung aus und behindert damit die Informationsfreiheit."

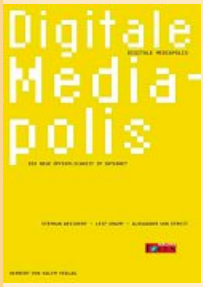
Der *Spiegel* habe nicht gegen diese Richtlinie verstoßen, da das Angebot, Unterlagen exklusiv zu erhalten, von WikiLeaks kam, heißt es in der Begründung. Der Kodex könne einem Informanten – hier WikiLeaks – nicht vorschreiben, dass er sich mit seinem Material an mehrere Redaktionen wenden muss. Man könne der Zeitschrift nicht vorwerfen, dass sie dieses Angebot für eine exklusive Geschichte – wie auch die anderen Zeitungen im Ausland – angenommen habe. Ausschlaggebend sei, dass nicht die Redaktion diejenige gewesen sei, die einem Informanten die Infos als Exklusivmeldung abgekauft und damit ein Informationsmonopol anstrebt habe.

Für die Veröffentlichung von ungepixelten Fotos zweier ermordeter Jugendlicher erhielt *BILD-Online* eine nicht-öffentliche Rüge. Hier werde nach Meinung des Gremiums gegen die Persönlichkeitsrechte der Jugendlichen verstoßen. Das Wissen um die Identität der Opfer für das Verständnis des Verbrechens sei unerheblich, es bestehe kein öffentliches Interesse. Es gehe hier zudem um jugendliche Opfer, die besonderen Schutz genießen. (Verstoß gegen Richtlinie 8.1. Absatz 2 Pressekodex)

Wegen Schleichwerbung gerügt wurde unter anderem *tv Hören und Sehen*. Die Programmzeitschrift hatte vier Beiträge über Krankheitsbilder veröffentlicht. In jedem der Artikel wurde dabei ein Markenprodukt als Heilmittel genannt. In diesen Hinweisen erkannte der Beschwerdeausschuss Schleichwerbung, da jeweils ein einzelnes Produkt ohne nachvollziehbaren Grund aus einer Palette ähnlicher Präparate mit gleichen Wirkstoffen hervorgehoben wurde. Dadurch entstand ein publizistisch nicht begründbarer Wettbewerbsvorteil für einzelne Anbieter. (Verstoß gegen Richtlinie 7.2 Pressekodex)

Red. ■

Buchrezension: Digitale Mediapolis – Die neue Öffentlichkeit im Internet



Stefan Weichert / Leif Kramp / Alexander von Streit:

Digitale Mediapolis. Die neue Öffentlichkeit im Internet.

Herbert von Halem Verlag. Köln 2010, 218 Seiten, 18 Euro.

Neue journalistische Vermittlungsformen gefragt

Dass im Zeitalter des Internet die bisherigen Geschäftsmodelle privatwirtschaftlicher Medien obsolet werden, darf mittlerweile als Gemeinplatz gelten. Dabei hatten viele Medienakteure hierzulande die Augen lange vor den sich abzeichnenden Folgen der digitalen Revolution geschlossen. Erst als die ersten Meldungen über Insolvenzen von US-Institutionen wie der Tribune Company, immerhin Verlegerin der *Los Angeles Times*, über den großen Teich zu uns drangen, begannen bundesdeutsche Verleger und Journalisten zu begreifen, was auf sie zukommt.

Nach einer gewissen Schockstarre macht sich jetzt wieder vorsichtiger Optimismus breit. Neuer Hoffnungsträger ist Apples iPad und artverwandte Touchscreen-Geräte. Mit solchen neuen Trägermedien hoffen die gebeutelten „Holzmedien" einen sanften Übergang in die digitale Medienära zu schaffen. Für die Autoren des vorliegenden Bandes ist dieser Ansatz zu kurz gegriffen. Beim Netz handle es sich nicht nur um einen neuen Verwertungskanal. Es gehe vielmehr um eine „neue Öffentlichkeit", die nach ganz eigenen, zugeschnittenen journalistischen Arbeitsweisen und Vermittlungsformen verlange.

Wohin die Reise gehen könnte, haben die Autoren des Bandes „Digitale Mediapolis" im Herbst 2009 auf einer Studienfahrt durch die USA untersucht. Gezielt angesteuert wurden Orte, „wo die Nerds und Geeks der Online-Publizistik auf die Großjournalisten der etablierten Verlagshäuser Amerikas treffen und wo die Aufbruchsstimmung der Netzöffentlichkeit am kenntlichsten ist", heißt es im Vorwort von Weichert / Kramp. Besucht wurden unter anderem Forschungs- und Ausbildungsstätten wie das Pew Research Center für The People & the Press oder die Journalistenschule an der Annenberg School für Communication & Journalism an der University of Southern California. Vorstellig wurden sie aber auch bei Medien wie der *L.A. Times*, dem innovativen Magazin *Wired*, dem investigativen Recherchebüro ProPublica, der Entwicklungsredaktion Studio 20 der New York University und dem Online-Politportal *Politico*.

Bei den 14 in diesem Band vereinten Interviews handelt es sich um die überarbeitete Fassung von Expertengesprächen, die bereits im vergangenen Jahr als Serie im Ressort „Digital" bei *Focus Online* unter der Leitung von Alexander von Streit erschienen sind. Das Spektrum der Interviewten reicht vom unvermeidlichen Jeff Jarvis über Darrell Kunitomi von der *L.A. Times* bis zu Pulitzer-Preisträgerin Geneva Overholser. Schon die Überschriften („Journalisten dachten, sie seien Hohepriester", „Das Internet macht uns zu Demagogen") deuten kontroversen Lektürestoff an. Diese Verheißung wird durchaus eingelöst. Etwa wenn Blogger Andrew Keen behauptet, es gebe „keine Medienkrise, es gibt nur eine Krise der alten Informations-Silos". Seine Prognose: In 20 Jahren werde es keinen Unterschied mehr geben zwischen Fernsehen und Zeitungen, Radio und Büchern.

Günter Herkel ■

Foto: Bernd Hartung

Die Belegschaft der Frankfurter Rundschau wehrt sich gegen Entlassungen und Auslagerungen in tariflose Gesellschaften

Tarifbruch

Defizitäre Frankfurter Rundschau vor radikaler Kündigungswelle

Das Ziel der Eigentümer der *Frankfurter Rundschau* (FR) steht fest: 4,3 Millionen Euro an Personalkosten sollen eingespart werden – egal wie, Tarifbruch inklusive. Die FR gehört der Mediengruppe DuMont Schauberg (50 Prozent plus eine Aktie), der SPD-Medienholding DDVG (40 Prozent) und der Karl-Gerold-Stiftung (10 Prozent) und erscheint im Verlag Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main (DuV).

Erst 2009 war ein Haustarifvertrag abgeschlossen worden. Die Beschäftigten der *FR* verzichteten auf Urlaubsgeld und Jahresleistung, um die defizitäre Zeitung zu retten. Im Gegenzug wurden Auslagerungen und betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2012 ausgeschlossen. Wenn allerdings bestimmte Ergebniszahlen nicht erreicht werden, kann der Arbeitgeber einmalig betriebsbedingte Kündigungen aussprechen. Danach ist dies bis zum Ende der Laufzeit des Tarifvertrages nicht mehr möglich. Auslagerungen und Abspaltungen sind komplett ausgeschlossen. Doch MDS und die DDVG planen neben einer radikalen Kündigungswelle tariflose Gesellschaften für die Regionalberichterstattung und den Onlinebereich. Ursprünglich sollte sogar die Mantelproduktion nach Berlin tariflos ausgelagert werden.

Restlos unglaubwürdig

„Neben dem massiven Arbeitsplatzverlust bedeuten die Details der Pläne von DuMont Schauberg und SPD-Medienholding einen nicht hinzunehmenden Tarifbruch. Insbesondere die SPD macht sich damit restlos unglaubwürdig“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. ver.di fordert einen Altersteilzeittarifvertrag, um die geplanten Kündigungen zu verhindern.

Dass die FR seit vielen Jahren in finanziellen Schwierigkeiten steckt, ist unbestritten. Im Jahr 2003 musste das Land Hessen mit einer Bürgschaft aushelfen, 2004 übernahm die SPD-Medienholding das Blatt. Die DDVG übergab im Jahr 2006 an MDS die Mehrheit an der *FR*. Auch damals war die *FR* wirtschaftlich nicht gesund. Trotz massivem Arbeitsplatzabbau und obwohl die Beschäftigten auf Tarifleistungen verzichteten, bleibt die Situation kritisch. Im vergangenen Jahr hat die *Frankfurter Rundschau* 19 Millionen Euro Verlust erwirtschaftet, im Jahr davor sogar 24,5 Millionen Euro. MDS und die DDVG pumpen jährlich Millionen in das defizitäre Blatt. Doch auf Dauer soll damit Schluss sein. „Es ist Verständnis dafür zu spüren, dass eine weitere Quersubvention durch die anderen Titel nicht länger akzeptabel ist, um deren Zukunftsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen“, sagte MDS-Vorstand Franz Sommerfeld gegenüber dpa. Dieser verschwurbelte Satz von der MDS-Spitze bedeutet im Klartext: Bis Ende 2013 sind MDS und DDVG bereit, noch einmal eine zweistellige Millionensumme in die *FR* zu schießen, danach muss sich das Blatt allein tragen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine radikale Kündigungswelle geplant. Von den 124 Redakteuren und Angestellten der Redaktion sollen 83 entlassen werden. „Wir kämpfen um vernünftige Abfindungen und einen ordentlichen Sozialplan“, sagt Marcel Bathis, Betriebsratsvorsitzender der *Frankfurter Rundschau*. Mit den verbleibenden 41 Vollzeitstellen will die Geschäftsleitung die Berichterstattung aus Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet, das Feuilleton, die Sport- und Wirtschaftsredaktion sowie den Freizeitbereich besetzen. Die Zahl der Stellen ist aus Sicht des Betriebsrats nicht ausreichend, um das Arbeitsvolumen abzudecken. Zudem werden die Volontäre mit eingerechnet, obwohl sie nicht als Vollzeitkräfte eingesetzt werden dürfen. Sie sollen ihre Ausbildung künftig konzernweit erhalten, da vor Ort nicht mehr alle notwendigen Ressorts vorhanden sein werden.

Teure Beschäftigte gegen „preiswertere“ austauschen

Die bisher in der ebenfalls tariflosen Leiharbeitsfirma Pressedienst Frankfurt (pdf) angestellten 30 Redakteure sollen entlassen werden. Die Geschäftsleitung will eine neue, tariflose Regionalgesellschaft gründen, die mit 19 Arbeitsplätzen die Lokalbüros in Wiesbaden, Offenbach, Hanau / Bad Vilbel und Bad Homburg besetzt. Die Beschäftigten der *FR* sind bei dem Druck- und Verlagshaus Frankfurt (DuV) angestellt, das das Blatt herausgibt. „Der Betriebsrat und ver.di wollen erreichen, dass alle Außenbüros in der DuV bleiben“, betont Marcel Bathis. Zumindest teilweise ist die Geschäftleitung von der Idee abgerückt, die Lokalbüros mit einem fremden Dienstleister zu betreiben. Zwei sollen aber an eine Firma vergeben werden, die zumindest auf dem Papier nichts mit der FR zu tun hat. Die aus Sicht der Geschäftsleitung noch immer zu teuren DuV-Beschäftigten will man weggekündigen, um dafür die „preiswerteren“ pdf-Beschäftigten einzusetzen.

Neu gegründet werden soll die tariflose Firma DuMont Digital GmbH mit 30 Arbeitsplätzen. Dort sollen überregionale Online-Inhalte wie entwickelt und auch an die *Berliner Zeitung* geliefert werden. Das gilt auch für iPad-Applikationen, die es für die FR bereits gibt. „Für die DuV-Kolleginnen und -kollegen verhandeln wir gerade einen Nachteilsausgleich, wenn sie in die neue Online-Firma wechseln“, erklärt Marcel Bathis. Sie fallen dann nicht mehr unter den Haustarifvertrag der DuV und würden bei der tariflosen Firma weniger verdienen.

Aus Frankfurt sollen 23 Beschäftigte nach Berlin wechseln, darunter auch die vier Ressortleiter für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Sport. „Wir konnten erreichen, dass die Beschäftigten aus Frankfurt

weiterhin bei der DuV angestellt sein werden“, erläutert Marcel Bathis. Ursprünglich sollten auch sie tariflos ausgelagert werden. Verhandelt wird noch über die Umzugskosten für die Beschäftigten. Geplant ist, dass die Redakteure der *Berliner Zeitung* gemeinsam mit den Frankfurtern die überregionalen Seiten der *FR* künftig in Berlin produzieren. „Das sind allein 35 bis 40 Seiten für die *FR* täglich an sechs Wochentagen“, stellt Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlages, fest. Sie befürchtet eine massive Arbeitsverdichtung für alle betroffenen Redakteure.

Zahlreiche Freie betroffen

Für ver.di ist auch die publizistische Unabhängigkeit beider Zeitungen gefährdet. „Dies ist eine Kampfansage an die Kolleginnen und Kollegen bei der *Frankfurter Rundschau* und die Pressevielfalt in Deutschland“, sagte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender. Die neue Redaktionsgesellschaft führe zu einem Verlust an Medienvielfalt unter den überregionalen Tageszeitungen. Davon sind neben den Redakteuren nicht zuletzt auch zahlreiche freie Journalisten betroffen, denen ein Auftraggeber mit bundesweiter Verbreitung wegbricht. http://mds.verdi.de/

Silke Leuckfeld ■

Rauswurf

Dithmarscher Landeszeitung missachtet Vergütungsregeln

„Der Verlag Boyens ist nach Gutsherrenart mit mir umgesprungen“, empört sich Volker Stahl. Als freier Journalist hat er seit 1996 regelmäßig für die *Dithmarscher Landeszeitung* in Heide über Ereignisse in Hamburg berichtet: Sport, Politik, Buntes. Jetzt erhält er noch nicht einmal eine Antwort darauf, warum plötzlich kein Text mehr von ihm gedruckt wird, keine Aufträge kommen und keine Angebote angenommen werden.

30 bis 40 Mal habe er versucht anzurufen. Doch Chefredakteur Gerhard Wagner ebenso wie Verlagschefin Inken Boyens sind nie zu sprechen. „Für mich ist das enttäuschend“, gesteht Stahl.

Hintergrund für den sprachlosen Rauswurf ist eine rechtmäßige und vertragsgemäße Honorarerhöhung. Seit Februar 2010 gelten auch für das Schleswig-Holsteinische Regionalblatt die „gemeinsamen Vergütungsregeln für freie hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen“, denen Gewerkschaften und Verleger zugestimmt haben. Für Volker Stahl schien das zunächst der Durchbruch zu sein, endlich fair für seine Arbeit bezahlt zu werden. Zuvor gab es 15 Cent pro Zeile und 15,34 Euro für jedes Foto – ein Entgelt, von dem sich kaum jemand ernähren kann. Mit der neuen Vereinbarung stieg das Zeilenhonorar schlagartig auf 61 Cent. Der Hamburger Reporter verlangte dann im Frühjahr vergangenen Jahres eine entsprechende Nachzahlung für die Texte, die seit Anfang Februar bereits erschienen waren. „Da passierte erstmal gar nichts“, erinnert sich Stahl. „Erst mit Hilfe von ver.di kam dann die Nachzahlung.“

Doch Aufträge kamen seitdem nicht mehr aus Heide. „Ich hatte zuvor im Durchschnitt zwei bis fünf Geschichten pro Monat im Blatt“, berichtet der Autor. Von Redakteuren habe er erfahren, dass sein zu Recht eingefordertes Honorar in der Chefetage als „unverschämte Forderung“ gewertet worden sei. Chefredakteur Wagner ebenso wie die Verlagsleiterin waren für Nachfragen von M zu dem Thema nicht zu sprechen. Die Verlegerin befand sich nach Angaben ihrer Bürodame stets in Besprechungen und danach im Urlaub. Vier telefonische Versuche bei Wagner blieben erfolglos. An sein Handy ging er nicht ran und eine E-Mail blieb unbeantwortet. Auf die Bitte nach einem Rückruf von Herrn Wagner folgte die Antwort aus dem Vorzimmer: „Ich glaube nicht, dass er das macht.“

ver.di-Sekretär Martin Dieckmann in Hamburg sieht die Verlage eindeutig in der Pflicht, sich an die neuen Tarife zu halten. Aus Schleswig-Holstein sei ihm bislang kein weiterer Fall dieser Art bekannt geworden, sagt er. Anderen Freien, die von Verlagen unter Druck gesetzt werden, auf das neue Honorar zu verzichten, rät er: „Sie sollen gemeinsam mit uns ihre Ansprüche geltend machen.“ *Rainer Kreuzer* ■

Anzeige

Fid fürs Alter

Jetzt Steuern sparen – später mehr Rente

Näheres unter: presse-versorgung.de/mm

€uro VERSICHERUNGS NOTE© 1 Bilanzcheck 2010 Im Test: 87 Versicherungsgesellschaften Quelle: €uro 10/2010, Versicherer, Assekurata, BaFin

Ausgezeichnete Vorsorge für die Medienbranche

Presse-Versorgung

Gehaltsabschluss bei Thomson Reuters

Die gewerkschaftliche Tarifkommission und die Chefredaktion Editorial Deutschland der Nachrichtenagentur Thomson Reuters haben am 29. März einen neuen Gehaltstarifvertrag für die etwa 140 Beschäftigten vereinbart. Die Tarifgehälter steigen linear zum 1. April 2011 um1,2 Prozent, hinzu kommen leistungsabhängige Erhöhungen zwischen 2,3 und 4,5 Prozent. Das Gesamtvolumen der Steigerungen beläuft sich auf etwa 2,5 Prozent. ■

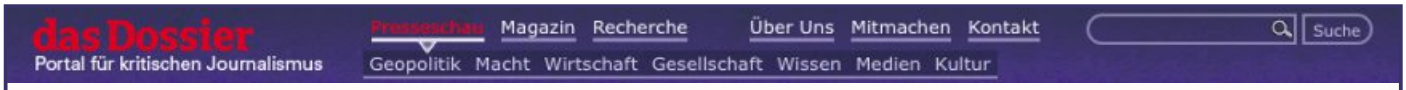
Schlussredakteure fliegen bei Bauer raus

Die zentrale Schlussredaktion für die Frauen- und Yellow-Titel bei der Bauer Media Group in Hamburg wurde Ende April geschlossen. Drei Redakteurinnen und Redakteure verloren ihre Arbeit und wurden umgehend freigestellt. Das ist die gesamte Belegschaft der Copy Desk GmbH, die den „Zentralbereich Schlussredaktion“ repräsentierte. Eine Sozialplanpflicht besteht für den Mini-Betrieb – wie es im zersplitterten Bauer-Konzern viele gibt – nicht. Aus Sicht des Konzernbetriebsrates sei das Geschäftsmodell dieses Bereiches seit Langem gescheitert. Es habe genug Anzeichen in den letzten Monaten gegeben, heißt es in einem Betriebsrats-Info. Das unternehmerische Risiko werde nun „rücksichtslos auf die Arbeitnehmer verlagert“. ■

Regionalredaktionen ausgegliedert

Die einzige zur Bauer-Mediengruppe gehörende Tageszeitung *Magdeburger Volksstimme* hat die Regionalredaktionen Ende März in eine neue Firma ausgegliedert, die innerhalb weniger Tage ihre Arbeit aufnahm. Die Regionalredakteure standen damit von heute auf morgen mit dem Rücken an der Wand: Entweder sie akzeptierten erheblich schlechtere Verträge oder sie durften gehen.

Bereits Mitte Januar wurden 19 Drucker und Helfer des Druckzentrums Barleben, der zur *Magdeburger Volksstimme* gehörenden Druckerei, durch Leiharbeitnehmer der Rolf Weeke Personal GmbH ausgetauscht. Sie werden nicht nach dem Drucktarif bezahlt. Ende März traf es dann die Regionalredaktionen. „Diese Praktiken sind auch ein Angriff auf die Pressefreiheit und die Meinungsvielfalt in Sachsen-Anhalt“, kritisiert Michael Kopp, ver.di Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie. „Unter solchen Arbeitsbedingungen und solchem existenziellen Druck verkommt die freie Berichterstattung einer Tageszeitung zur Farce.“ Über die Zukunft der Beschäftigten der *Magdeburger Volksstimme* kann Michael Kopp nur spekulieren: „Gestern die Drucker, heute die Lokalredakteure und morgen alle Redakteurinnen und Redakteure?“ ver.di hat die am 20. März 2011 neu gewählten Landespolitiker in Sachsen-Anhalt aufgefordert, solchen Unternehmenspraktiken nicht untätig zuzusehen. Es müsse verhindert werden, dass die Arbeitnehmer auch im Medienbereich in Sachsen-Anhalt ausgepresst werden wie Zitronen und das Bundesland zum „Billigheimer“ Deutschlands verkommt. ■



Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

dasDossier.de

Das journalistische Format Dossier ist immer sehr umfangreich, es dient der extrem ausführlichen Behandlung eines Themas. Einmal publiziert, hat es aber notwendigerweise einen vorläufigen Charakter. Das Internet bietet hingegen die Möglichkeit, aktualisierbare Dossiers vorzuhalten.

Diesen Ansatz verfolgen auch einige Berliner Studierende. Auf ihrem Online-Portal www.dasdossier.de führen sie ausgesuchte aktuelle und thematisch zusammengehörige Beiträge aus Zeitungen, Online-Formaten, Radio und Fernsehen zusammen und geben so einen recht umfassenden Einblick in die jeweiligen Themen. Dahinter steckt „die Idee, neue Kontexte aus bestehenden Beiträgen zu schaffen“, wie Martin Atzler es ausdrückt, denn mit Hilfe des Content Management Systems Drupal, das die Gestaltung von hierarchischen Kategoriensystemen und die Suche darin gut unterstütze, werden dann noch ganze Themenbereiche miteinander verknüpft.

Das von dem 33-jährigen Atzler und Axel Weipert (31) seit 2008 ausgearbeitete und seit 2009 umgesetzte Konzept ist reizvoll: Zum Einen entstehen durch die ständige Bündelung guter journalistischer Beiträge zu wichtigen Themen spätestens im Lauf der Zeit (denn auch einzelne Artikel werden verlinkt) solche Internet-Dossiers. Zum Anderen dient das Portal explizit der Förderung von tiefer gehendem Journalismus. Es entstand auch aus einer Kritik an der Themensetzung der führenden Massenmedien heraus. Atzler und Weipert, der an seiner geschichtswissenschaftlichen Dissertation schreibt, wollten nicht mehr nur in der „Blogosphäre“ Kritik üben oder gute Artikel empfehlen – denn sie meinen es ernst: „Wenn es die Aufgabe der Medien ist, die Mächtigen zu kontrollieren, dann ist es die Aufgabe der Blogosphäre, die Medien zu kontrollieren, also zu rezensieren und zu kritisieren“, hält Atzler fest.

Die kurzen und eher zusammenfassenden, als kommentierenden (Sammel-)Rezensionen – übrigens bisweilen auch von Büchern – machen denn auch den Hauptteil von *das Dossier* aus. Verrisse sind dabei nicht angestrebt – es geht um das Aufzeigen lesenswerter Beiträge. In der Kategorie „Magazin“ erscheinen eigene Artikel, bisweilen auch von Gastautoren.

Die Redaktion bestehe aus drei Leuten, berichten Atzler und Weipert am Rande eines Redaktionstreffens in einer Uni-Bibliothek. Dazu komme eine weitere Handvoll Schreibender. Alle seien Studierende aus dem, im weitesten Sinne, sozialwissenschaftlichen Bereich. Spätestens im Juni soll es einen Relaunch geben, im Zuge dessen auch die Redaktion wachsen soll. Angebote sowohl von redaktioneller Mitarbeit, als auch von Texten, sind stets willkommen.

Da *das Dossier* keine Einnahmen erwirtschaftet, erscheinen normalerweise nicht jeden Tag Texte. Die mit der Katastrophe um das Kraftwerk Fukushima einhergehende Fülle von Einträgen zeigt jedoch, dass das Team auf aktuelle, brisante Themen reagieren kann.

Eine Trennung von Innen- und Außenpolitik wird übrigens nicht verfolgt. Die Oberkategorien lauten etwa Gesellschaft, Macht und Geopolitik. „Macht bedeutet Innenpolitik, aber nicht deutsche Innenpolitik, sondern weltweite. Wir besprechen deutsche Medien, aber wir wollen nicht von Deutschland aus auf die Welt schauen“, erklärt Atzler. Er kritisiert beispielsweise, dass es in der Afghanistan-Berichterstattung zu viel um die deutschen Truppen gehe. Weipert ergänzt: „Ziel unserer Seite ist es auch, an Themen dran zu bleiben, und vielleicht ein halbes Jahr später noch mal zu berichten, wenn's eigentlich schon kein Thema mehr ist, in den üblichen Medien.“ *Ralf Hutter* ■

Zurück zur alten Stärke!

WAZ-Titel versammeln sich um „großen Tisch“

Mit dem neuen NRW-Verlagsgeschäftsführer Manfred Braun soll es wieder aufwärts gehen mit den vier Zeitungstiteln der WAZ-Mediengruppe in NRW, die in der jüngsten Vergangenheit deutlich über dem Branchenschnitt Auflage verlieren. Fünf Arbeitsgruppen und zwei Professoren werden dafür eingespannt.

Der 58-jährige Braun ist schon seit Oktober 2007 leitend in den Diensten der WAZ-Mediengruppe. Er managt eigentlich die WAZ Women Group (*Echo der Frau, Das Goldene Blatt*), die gerade erst von Düsseldorf nach München-Ismaning umgezogen ist. Nun darf er auch im Tageszeitungsgeschäft ran. Mit Unterstützung einiger Mitarbeiterinnen, die mit ihm von der Isar an die Ruhr gekommen sind und mit Kick-Off-Meetings für frischen Wind sorgen wollen. Braun hat sich zusammen mit seinen Chefredakteuren an die „lieben Mitarbeiterinnen, lieben Mitarbeiter“ gewendet. Gleich fünf Arbeitsgruppen sind auf einer gemeinsamen Klausurtagung der Chefredakteure zur „Qualitätsoffensive 2011“ ins Leben gerufen worden: „Buch- und Blattstruktur“, „Layout“, „Ausgabenstruktur“, „Redaktion“ und „Orga und Personal“. Die sollen sich best-practice-Beispiele anderer Regionalzeitungen ansehen und Verbesserungsvorschläge machen. Unterstützt werden die Arbeitsgruppen vom Prof. Klaus Schönbach (Wien) und dem Emeritus Prof. Günther Rager (Dortmund) sowie vom WAZ-eigenen Marketinginstitut akm. Im Herbst soll dann ein Maßnahmenpaket vorliegen, damit die geschwächten WAZ-Titel „wieder zu alter Stärke“ zurückfinden. Die Autoren sind sich sicher, die Kraft zu haben, um die Titel „wieder inhaltlich und wirtschaftlich erfolgreich am Markt zu positionieren“.

Offensichtlich Erfolgszahlen

Der wirtschaftliche Erfolg soll sich nach eigentlich verlässlichen Zahlen schon in 2010 eingestellt haben. Da ist von einer Umsatzrendite von 8 Prozent und einem (hauptsächlich von den Anzeigenblättern) erwirtschafteten Konzerngewinn in NRW von 30 Millionen Euro die Rede. Offiziell bestätigt werden diese Zahlen nicht, eher dementiert. Was angesichts laufender Tarifrunden auch nicht verwundert. Die dju Westliches Westfalen lässt sich dadurch jedenfalls nicht beirren. Sie hat sich für den laufenden Tarifkonflikt wetterfeste Schrifttafeln in Din A2-Größe anfertigen lassen. Aufschrift: „Wir machen Zeitung – ihr macht Profit“.

Unstrittig ist aber, dass die Redaktionen der *Westfälischen Rundschau* (*WR*, Dortmund) und der *Westfalenpost* (*WP*, Hagen) enger zusammenrücken werden. An einem gemeinsamen Südwestfalentisch, der wahrscheinlich in Hagen-Bathey in den Räumlichkeiten des Druck-und Verlagszentrums der WAZ entstehen wird. Offiziell lautet die Antwort zur Standortfrage: „Das hauseigene Facility-Management sucht derzeit nach einer geeigneten WAZ-Immobilie.“ Zum Herbst 2011 sollen die Pläne für Südwestfalen von den Chefredakteuren Malte Hinz und dem neuen *WP*-Chefredakteur Stefan Hans Kläsener (Nachfolger von Bodo Zapp) zum Herbst 2011 umgesetzt werden. Dann ist Stühlerücken angesagt. Denn an dem „großen Tisch“ sollen zukünftig die *WR*-Ausgaben Märkischer Kreis, Hagen, Hochsauerland und Siegen produziert werden, dazu sämtliche Lokalausgaben der *Westfalenpost*. Der Newsdesk für den Märkischen Kreis in Lüdenscheid wird nach drei Jahren wieder abgebaut. Etwa 30 bis 40 Mitarbeiter (inklusive Onlinern und Fotografen) werden dort beschäftigt sein. Den kostensparenden Vorteil dieser Tischlösung sehen die Chefredaktionen darin, dass insbesondere in den Spät- und Wochendendiensten mit weniger Personal mehr Zeitung produziert werden kann! Dabei schiebt die *Westfalenpost* noch ein Problem vor sich her. Seitdem *Die Stimme der Heimat* weite Teile des Mantels vom zentralen Essener Content-Desk bezieht, sind dort nach den Zahlen der Unternehmensberatung Schickler noch 10 Mitarbeiter zu viel beschäftigt.

Parallel zur Neustrukturierung in Südwestfalen soll es Pläne gegeben haben, ein Pendant zum „großen Tisch“ auch für die Region Ruhrgebiet und Niederrhein und die beiden anderen Titel *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* und *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung* in Essen einzurichten, der die Regiodesks in Essen, Duisburg und Bochum zusammenführen soll. Nach allem was zu erfahren ist, sind diese Pläne aber erstmal vom Tisch.

Frank Biermann ■

Anzeige

Kongress
Indirekte Traumatisierung
im Kontext professionellen Handelns
Anforderungen an Ausbildung,
Berufspraxis und Supervision
17./18.06.2011
Urania Berlin e.V.
An der Urania 17, 10787 Berlin
www.indirekte-traumatisierung.de

Wir laden ein
zu einem bundesweiten Kongress
zum aktuellen Stand um Indirekte Traumatisierung
im Kontext professionellen Handelns,
über gefährdende und schützende Bedingungen
in verschiedenen Berufen,
ein multiprofessioneller und interdisziplinärer
Austausch zu Theorie und Praxis,
Unterstützung, Prävention und Inspiration für
Ausbildung, Berufspraxis und Supervision
VeranstalterInnen:
Dr. Tanja Rode
GPTG
GESELLSCHAFT FÜR PSYCHOTRAUMATOLOGIE TRAUMATHERAPIE GEWALTFORSCHUNG

Quo vadis, Deutsche Welle?

Mittelkürzung und Radikalreform beim deutschen Auslandsfunk

Standorte in Bonn (o.) und Berlin (r.)

Alle Fotos: © DW

Die Weichen für den geplanten radikalen Umbau der Deutschen Welle sind gestellt. Im April gab der Bundestag mit großer Mehrheit grünes Licht für die strukturelle Neuausrichtung des deutschen Auslandsrundfunks. Kritiker befürchten massiven Stellenabbau und eine drastische Reduzierung der journalistischen Angebote.

„Alle bauen auf – wir bauen ab!" – mit dieser Protestlosung demonstrierten Beschäftigte der Deutschen Welle am 18. März am Standort im Berliner Wedding. Es ging darum, dem DW-Rundfunkrat vor seiner Sitzung das nötige „Problembewusstsein" für die drohenden Personalkürzungen mitzugeben.

Ausgangspunkt der anvisierten Radikalreform war die „Aufgabenplanung 2010–2013", die der Sender im vergangenen Frühjahr dem Parlament vorgelegt hatte. Noch im schwarz-gelben Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung versprochen, die Deutsche Welle zu stärken. Im Vertrauen auf dieses Versprechen hatte die Intendanz in ihrer Planung für den Zeitraum bis 2014 einen finanziellen Zusatzbedarf in Höhe von über 20 Millionen Euro angemeldet. Derzeit verfügt die Welle über einen jährlichen Bundeszuschuss von 273 Millionen Euro. Unter dem Eindruck der aktuellen Finanzkrise hatte die Bundesregierung jedoch angekündigt, die Mittel für den Auslandsrundfunk ab 2012 zu verringern.

Das zwingt den Sender, den bereits eingeleiteten, inzwischen von Rundfunkrat, Bundesregierung und Parlament abgesegneten Umsteuerungsprozess noch zu verschärfen. Allerdings, so beteuert DW-Intendant Erik Bettermann, sei dieser Prozess nicht durch den Sparzwang ausgelöst worden. Er sei vielmehr in erster Linie eine Reaktion auf die wachsende internationale Konkurrenz und auf ein verändertes Nutzerverhalten. Technische Entwicklungen wie das Internet, der mobile Medienempfang sowie die zunehmende Medienkonvergenz hätten Kommunikationsmöglichkeiten und Mediengewohnheiten weltweit massiv verändert. Darauf müsse auch der Auslandsrundfunk reagieren.

Kernpunkte des Konzeptes sind eine Überprüfung der Übertragungswege, ein Ausbau der Internet-Präsenz, eine engere Zusammenarbeit mit ARD und ZDF sowie die Bildung von Multimediaredaktionen. Künftig will der deutsche Auslandsrundfunk vor allem auf Satelliten und Online-Übertragungen setzen. Zwar soll die DW weiterhin weltweit auf Sendung sein. „Mit Blick auf die Etatsituation müssen wir uns allerdings künftig auf Kernaufgaben und Kernregionen konzentrieren", sagte Bettermann unlängst dem Branchenmagazin „Infosat". Als Kernregionen gelten Afghanistan, Afrika, Nahost, Iran, China, Russland, Lateinamerika sowie ausgewählte Regionen Asiens. Zu den vorrangig adressierten Zielgruppen zählen Multiplikatoren und Informationssuchende.

Das TV-Programm wird derzeit in vier Sprachen ausgestrahlt: auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch. Dabei handelt es sich bei den fremdsprachigen Angeboten nicht um eigenständige journalistische Beiträge, sondern um Übersetzungen aus dem Deutschen. Zusätzlich liebäugelt

Bettermann (Foto) mit Programmen auf Russisch und Chinesisch. Dabei geht es nicht ohne Widersprüche ab. Dem Branchendienst „promedia" vertraute Intendant Bettermann im Februar an, er könne sich „vorstellen, dass wir in Lateinamerika von zwei Stunden Spanisch auf ein TV-Programm mit etwa 16 Stunden täglich in spanischer Sprache umrüsten". Neuerdings ist sogar von einer Ausweitung auf 20 Stunden die Rede. Eine solche Expansion würde mit Mehrkosten in Höhe von rund vier Millionen Euro zu Buche schlagen. Der Beisatz, dies könne kostenneutral „durch Umrüstung im Haus" geschehen, bedeutet daher nichts Gutes für die Belegschaft. Denn was hier mehr ausgegeben wird, muss andernorts eingespart werden.

Aus der allgemeinen Empfehlung der Bundesregierung, die Kooperation mit ARD, ZDF und Deutschlandradio zu verstärken, leitet die Stellungnahme des Bundestags konkrete Vorschläge ab. So soll überprüft werden, wie die Nutzungsrechte für das Programmvermögen so gestaltet werden können, dass eine weltweit und zeitlich unbeschränkte Verbreitung durch die Deutsche Welle möglich wird. Wörtlich heißt es da: „Ziel sollte die Übernahme vielfältiger Programmangebote zur lizenzkostenfreien Nutzung sein." Das Ganze mit der Perspektive, „bis Ende 2011 ein rein deutsches Programm zu bilden, das überwiegend aus Programmvermögen von ARD und ZDF besteht". Das erinnert ein wenig an den missglückten Versuch mit „German TV", einem aus öffentlich-rechtlichen Highlights komponierten Best-of-Programm. Das ab 2002 auf Pay-TV-Plattformen vermarktete Vollprogramm fand nie genügend Zuschauer und musste bereits 2006 den Betrieb einstellen. Danach mutierte es in Nordamerika zu DW-TV.

Heute scheint ein gewisser Schmalhans als DW-Programmchef zu agieren. Für „denkbar und wünschenswert" hält der Bundestag, dass die Welle häufiger „unbürokratisch auf das Korrespondentennetz von ARD und ZDF zurückgreift, ganz abgesehen von weiteren „redaktionellen Diensten" im Ausland. Bereits seit 2007 übernimmt die Welle auf der Basis einer Verwaltungsvereinbarung ganze Sendungen für das deutsche Programm sowie an die 1.200 Magazinbeiträge zur Adaption für fremdsprachliche Fassungen.

Offenbar soll aber nicht nur die Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten erweitert werden. In der Stellungnahme der Bundesregierung zur DW-Aufgabenplanung ist etwas nebulös auch von „anderen Partnern" die Rede. Um die Kosten zu senken, wird mittlerweile auch über eine Zusammenarbeit mit Privatanbietern wie etwa „Spiegel-TV" nachgedacht.

Die dramatischsten Veränderungen betreffen den Hörfunk. „Radio und Deutsche Welle waren und sind seit Gründung

des Auslandssenders Synonyme, jetzt bricht eine neue Ära an – mit Internet und TV als Leitmedien“, seufzte unlängst der Bonner Generalanzeiger. So sollen die „linearen“ Radioausstrahlungen über Kurzwelle auf wenige Regionen Afrikas eingeschränkt werden. Künftig werde nur noch eine Stunde tägliches Radioprogramm produziert, als Endlosschleife und abrufbar über Internet. Kein Wunder, dass am radiolastigen Standort Bonn die Angst wächst, als Hauptverlierer aus dem geplanten Umbau hervorzugehen.

Aber auch in Berlin macht sich immer mehr Unruhe breit. Dort wurden unlängst die Honorarverträge für zunächst 24 freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Tontechnik und Regie nicht verlängert. Hier handle es sich um Kollegen, die teilweise seit 20 Jahren und länger bei der Welle beschäftigt waren. Es dürfe nicht zu einer Benachteiligung von Freien kommen, moniert Inez Kühn, Bereichsleiterin Medien in der ver.di-Bundesverwaltung und Mitglied im DW-Rundfunkrat. Wo personelle Schnitte unvermeidbar seien, müssten diese sozialverträglich ausfallen. Zugleich müssten die Auswahlkriterien transparent gemacht werden.

An betriebsbedingte Kündigungen wird derzeit offenbar nicht gedacht. Bei Neueinstellungen wird ohnehin seit langem nur noch mit Zeitverträgen gearbeitet. Auch an den bestehenden Rationalisierungsschutzvertrag kann die Geschäftsleitung nicht ran, informiert Ulrich Riedel vom Gesamtpersonalrat. Nach anfänglichem Widerstand werde jetzt immerhin erwogen, einigen Kameraleuten des Jahrgangs 1954 (und älter) eine Vorruhestandsregelung anzubieten.

Unklar ist auch, wie die geplante „Trimedialität“ im Detail aussehen soll. Hörfunk- und Internetredaktionen wurden in den vergangenen Jahren bereits weitgehend zusammengelegt. Jetzt geht es bei den Fachredaktionen ans Eingemachte. Eigene Wirtschafts-, Sport- oder Kulturredaktionen für Fernsehen, Hörfunk und Internet soll es nicht mehr geben. „Künftig soll für alle Ausspielwege in einer Redaktion geplant und recherchiert werden, die Ausgestaltung erfolgt dann medienspezifisch“, sagt Bettermann. Nur so könne eine „einheitliche Handschrift des Senders“ erreicht werden. Eher beiläufig gesteht DW-Intendant Bettermann ein, dass es im Gefolge der Umstrukturierung zu einer substantiellen Verringerung des journalistischen Angebots der Welle kommen dürfte. „Nicht in jeder unserer 30 Sprachen“ erwarteten die Hörer „drei bis vier Mal täglich aktualisierte Deutschland-Nachrichten“. Ein bis zwei wöchentliche Zusammenfassungen würden auch ausreichen.

Im Rahmen des Umbaus steht auch die bisherige Arbeitsteilung zwischen den Standorten an Rhein (Radio/Internet) und Spree (Fernsehen) zur Disposition. Ob es aber der Weisheit letzter Schluss ist, wie eine Zeitlang ventiliert wurde, künftig zwischen „Global / Aktuell“ (Berlin) und „Regional / Hintergrund“ zu unterscheiden? Hier scheinen die Würfel noch nicht gefallen. Teile der zusätzlichen TV-Angebote auf Russisch und Chinesisch könnten auch in Bonn produziert werden. Ebenso ist daran gedacht, die Sendung „Deutschland heute“ nach Bonn zu verlagern, als Ausgleich für Kürzungen bei anderen Aufgaben. Die Personalräte beider Standorte, bekräftigt Ulrich Riedel, haben jedenfalls „kein Interesse daran, sich gegeneinander ausspielen zu lassen“.

Günter Herkel ■

Anzeige

pensionskasse rundfunk

Ein wertvoller Beitrag zu Ihrer Altersversorgung:

Bis zu **100 %** gibt ’s von Ihrem Auftraggeber dazu.

Die Altersversorgung für Freie.

Weitere Informationen unter:
www.pk-rundfunk.de/2mmm0511

Umfrage an Filmschaffende verlängert

Der Bundes-Filmvorstand (BFV) hat die Verlängerung der Filmschaffenden-Umfrage bis zum 31. Mai 2011 beschlossen.

Angesichts des Themas sind der BFV und connexx.av von mindestens 600–700 Teilnehmern ausgegangen. Tatsächlich waren es bis Ende März gut die Hälfte. Allerdings haben aber auch weitere 300 Filmschaffende den Fragebogen angefangen auszufüllen, doch dann leider abgebrochen. Der BFV-Vorstand ruft die Filmschaffenden auf, an der Umfrage mitzuwirken. Wer Schwierigkeiten hatte oder hat, Arbeitslosengeld I zu bekommen, weil die Anzahl der sozialversicherten Tage nicht erreicht, überwiegend Beschäftigungen von mehr als 6 Wochen ausgeübt oder von der BA festgestellt wurden oder bei wem die jährliche Verdienstgrenze überschritten wurde, der sollte unbedingt an der Umfrage teilnehmen und die Umfrage an befreundete Filmschaffende weiterleiten.

„Nur mit und durch Eure konkreten Angaben könnt Ihr für eine Verbesserung der bisherigen gesetzlichen Regelung eintreten und der BFV kann besser und fundierter bei seiner Lobbyarbeit argumentieren“, heißt es im Newsletter des Filmverbandes. connexx.av unterstützt beim Ausfüllen des Fragebogens per Telefon!
www.connexx-av.de ■

Praktikantin hat Anspruch auf Lohnnachzahlung

Sie sind berühmt-berüchtigt: die Praktika, in denen junge Universitätsabsolventinnen auf eine qualifizierte Vollzeitstelle gesetzt werden und trotz hohem Engagement entweder gar nichts oder nur einen Hungerlohn bekommen. Eine Praktikantin hat sich mit Hilfe von connexx.av / ver.di gegen ihre Arbeitgeberin gewehrt – und nun in 1.Instanz gewonnen. Als Übersetzerin arbeitete sie verantwortlich in einem Synchronstudio, erhielt allerdings weder eine fachliche Ausbildung noch eine zusätzliche Qualifizierung. Nach dem Praktikum reichte sie Klage ein, und das Gericht verurteilte die Arbeitgeberin zu 11.350 Euro Lohnnachzahlung. Die Chefin hat zwar Berufung eingelegt, aber andere Praktikantinnen folgen bereits dem Beispiel.

http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6715422 ■

Keine Ergebnisse in Sicht

Rundfunkanstalten machen schlechte oder keine Angebote

Mitte April begannen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Tarifverhandlungen. Zuvor hatten die Beschäftigten bereits in vielen Aktionen auf ihre Forderungen nach einer Anhebung der Gehälter und Honorare um fünf Prozent im Volumen aufmerksam gemacht. (M 3/2011)

Logos: ARD/Foto

Im SWR war ein „faires Angebot“ erwartet worden. Bekommen hat man am 15. April ein „Dumping-Angebot unterhalb der Teuerungsrate“: 1,5 % mehr Gehalt ab dem 1. Juli 2011 und eine Einmalzahlung von 225 € für die Monate April bis Juni: 2,25 % mehr Gehalt ab 1.April 2012. „Dieses Angebot liegt noch unter dem Abschluss des öffentlichen Dienstes der Länder (das sind Unikliniken und Landesbehörden). Am Tarif der Länder (TdL) wollen sich der SWR und die anderen ARD-Anstalten orientieren. Wir meinen aber, dass es auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch einen Rest von Tarifautonomie geben muss, trotz KEF und Landesrechnungshof“, heißt es in einer Tarifinformation. „ver.di lehnt das Dumping-Angebot entschieden ab – unterhalb der Teuerungsrate läuft gar nichts!“ Am 25. Mai wird weiter verhandelt.

„Enttäuschend“ war am 20. April für die Kollegen des MDR das erste Angebot der Geschäftsleitung. „Es ist, wie befürchtet, ungenügend“, erklärte die Tarifkommission. Der MDR bietet an für die festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 1,5 % ab 1. April 2011 und 1,9 % ab 1. April 2012, keine Angleichung der Gehälter an das ARD-Niveau, eine eventuelle Erhöhung des Urlaubsgeldes in nicht genannter Höhe. Für die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: keine Erhöhung der Effektivhonorare – sondern Einmalzahlungen: 2011: 1,5 % des Honorars von 2010, 2012: 1,9 % des Honorars von 2011. Erhöhung der Mindesthonorare um je 2 %, keine Sonn- und Feiertagshonorare. Das alles bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 24 Monaten. „Das ist für die Gewerkschaften nicht akzeptabel“, kommentiert die Tarifkommission.

Weit unter der Inflationsrate lagen am 20. April auch die Vorstellungen des WDR: plus 1,8 % ab 1. April 2011 und noch einmal plus 1,8 % ab 1. April 2012 bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten. „Nicht mit uns!“, reagiert die Verhandlungskommission. Am 16. Mai wird weiter verhandelt!

Ergebnislos verlief auch die erste Runde beim BR am 2. Mai. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden abgelehnt, aber auch kein konkretes Angebot vorgelegt. Der BR könne sich allenfalls eine Erhöhung innerhalb der Grenzen des Abschlusses beim öffentlichen Dienst des Landes Bayern vorstellen, hieß es vage. Das wäre dann weniger als die Hälfte der ver.di- Forderung und auch weit unterhalb der aktuellen Inflation von 2,8 %, so die Verhandlungskommission. Bei Freien soll lediglich der Honorarrahmen angehoben werden, auf eine Erhöhung der tatsächlich gezahlten Honorare will sich der BR nicht festlegen. Auch hier also ist keine akzeptable Lösung in Sicht! Die zweite Verhandlungsrunde wird am 23. Mai stattfinden.

Im SR gab es am 19. April Sondierungsgespräche. Die SR-Geschäftsleitung sagte dabei zu, sich bei einem Tarifabschluss „innerhalb des Geleitzuges der ARD“ zu bewegen. Startschuss für die offiziellen Tarifverhandlungen ist der 24. Mai.

Bei Radio Bremen ist für Ende Mai eine Sondierung angedacht.

Der NDR hat seine erste Verhandlungsrunde am 10. Mai (nach Redaktionsschluss), obwohl der Gehaltstarifvertrag erst am 30. Juni ausläuft.

Der NDR-Honorartarifvertrag gilt sogar bis 31. Juli. Der HR will am 17. Juni ein erstes Sondierungsgespräch führen. Laufzeitende des Tarifvertrages beim HR ist der 30. September. *wen* ■

INTERNATIONALES FRAUENFILMFESTIVAL Dortmund|Köln

Am Puls der Zeit

Filme zur weltweiten ökologischen und politischen Krise

Wer über politische Filmemacherinnen auf dem Laufenden sein will, tut gut daran, das jährlich – abwechselnd in Dortmund und Köln stattfindende – Internationale Frauenfilmfestival (IFFF) zu besuchen. Die in Dortmund gezeigten Spiel- und Dokumentarfilme sind Gradmesser, bei welchen Themen „Handlungsbedarf besteht, die Welt zu verändern". Unter anderem ging es um den Klimawandel, Fluchtbewegungen und soziale Ausgrenzung, sowie den medialen und politischen Umgang mit der Gefahr atomarer Verseuchung, den Krieg in Afghanistan und radikalen Feminismus.

Alle Bilder: IFFF

Viele der rund 7.500 Besucherinnen haben das Internationale Frauenfilmfestival vom 12. bis 17. April als Aufruf zum Protest mit filmischen Möglichkeiten erlebt. Das Festivalteam unter Leitung von Silke Räbiger (Foto) führte vor Augen, auf welch spannende Weise Filmemacherinnen weltweit sich politisch einmischen und künstlerisch provokativ mit realen Problemen auseinandersetzen. Angesichts der in Dortmund gebotenen Vielfalt war zu verspüren, welch erschreckende kulturelle und politische Enthaltsamkeit das öffentlich-rechtliche Fernsehen bestimmt. Das nehme seinen verfassungsgemäßen Bildungsauftrag kaum mehr wahr, war aus dem Publikum und auf Diskussionspodien zu vernehmen.

Das Festival zeigte hingegen in Spielfilmen im Wettbewerb und seiner Programmsektion „Was tun – Filme zur Situation" 50 zeitgemäße und historische Filme zur weltweiten ökologischen, politischen und ideologischen Krise. Deutlich wurde, dass Filmemacherinnen aus aller Welt sich mit der Ratlosigkeit gegenüber globalen Problemen auseinandersetzen. So lag das Festival trotz seiner bereits langzeitig voraus geplanten Thematik auch nach der japanischen atomaren Katastrophe am Puls der Zeit: „Als hätten wir es geahnt", so Stefanie Görtz, Pressereferentin des Festivals.

Die Umweltorganisationen Attac, Greenpeace und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) beteiligten sich maßgeblich am Festival. Alles drehte sich um Klimaerwärmung, Umweltzerstörung und Konsumverhalten. Der BUND präsentierte den Film von Briar March „There was once an island" (Es war einmal eine Insel). Die Neuseeländerin zeigt die Bedrohung der Menschen in Takuu, einem Atoll im Südpazifik: Die steigende Flut zwingt die Bevölkerung der Insel zum Umzug aufs Festland. Nichts wird mehr sein wie zuvor: Vorbei mit dem ehemals weitgehend selbst bestimmten Leben auf der einst traumhaften Insel; deren Bewohner werden künftig anderswo ihre Haut mit Lohnarbeit zu Markte tragen müssen. Ein in Kooperation mit Attac gezeigter Schweizer Film „A road not taken" (Ein Weg, der nicht genommen wurde) von Christina Hemauer und Roman Keller rollt ein vergessenes Kapitel amerikanischer Umweltpolitik auf: Präsident Jimmy Carter hatte schon 1979 auf dem Dach des Weißen Hauses Sonnenkollektoren installieren lassen, unter Ronald Reagans Regime waren sie wieder entfernt worden. In Franny Armstrongs Dokudrama „The Age of stupid" schildert der Oscar nominierte und kürzlich verstorbene Schauspieler Pete Postlethwaite unsere nahe Zukunft: 2055 steht London unter Wasser, Las Vegas versinkt im Wüstensand, die Arktis ist nahezu komplett geschmolzen. Armstong sollte für die anschließende Filmdiskussion per Video live zugeschaltet sein, weil die Regisseurin konsequenterweise mit ihrer Reisetätigkeit nicht ausufernd dazu beitragen wollte, solche Prozesse zu beschleunigen. Zwar mussten die Zuschauerinnen erleben, dass die Übertragungstechnik nicht funktionierte – was aber der Aufbruchstimmung keinen Abbruch tat, sondern nur realistisch zeigte, dass eventuell künftig einige Dinge auch ohne Perfektionsanspruch funktionieren müssen. Greenpeace hatte den Film gesponsert; einer der Aktivisten der Organisation war zur Stelle, um dafür zu werben, sich in lokalen Gruppen zu organisieren und Aktivitäten zu entwickeln, „den von Konzernen initiierten Wahnsinn zu stoppen".

Protest kann nicht nur in Schwellenländern stattfinden, wie die ermutigende Dokumentation von Kim Longinotto „Pink Saris" zeigt, die aufgrund einer starken Protagonistin nahezu spielfilmartige Züge aufweist. Die Anführerin der feministischen Kämpferinnen in der nordindischen Region Uttar Pradesh Sampat Pal Devi hat ihre Lektion gelernt: „Bist Du schüchtern, stirbst Du". In leuchtend pinkfarbene Gewänder gehüllt tritt sie gemeinsam mit anderen Frauen der niederen Kaste für Frauenrechte ein. „Du wirst heulen wie ein Schlosshund" und „Ich werde dich ins Gefängnis bringen", brüllt sie Patriarchen an. Davon, dass Letzteres gar nicht so einfach ist, weil die Gesetze die Handschrift der Unterdrücker tragen, lässt sich Devi nicht beeindrucken: Im örtlichen Polizeirevier erhebt sie ihre Stimme und droht mit der Presse.

Welche verheerenden Wirkungen internationale Waffenlieferungen für die afghanische Bevölkerung haben, zeigte die mit dem auf 10.000 Euro dotierten Dokumentarfilmpreis ausgezeichnete Filmemacherin Helga Reidemeister: „Mein Herz sieht die Welt schwarz – Eine Liebe in Kabul": Mit ihrem Dokumentarfilm stellte sie unter Beweis, dass ein politisch engagierter Film mitnichten ein langweiliges Lehrstück sein muss, sondern sein Publikum emotional mitreißen kann. Reidemeister, bereits seit 1968 politisch aktiv, machte deutlich, dass der Trend beim freien Dokumentarfilm wieder hin zur Parteinahme geht. Zurückhaltung sei eine typische Spielregel von fest angestellten Journalisten, die eine bürgerliche Karriere haben, so die Filmemacherin. „Wir freien Dokumentarfilmer sind eher Anarchisten, die sehr diszipliniert arbeiten. Um Ergreifendes von Menschen zu erzählen, gelte es, heftig daran zu arbeiten, „keine Distanz aufkommen zu lassen". (Preisträger S. 46)

Gitta Düperthal ■

Verhandlungsbeginn für Kinos

Abb: ktsdesign / Fotolia.com; Maximo Sanz / Fotolia.com; Retusche: Petra Dreßler

ver.di fordert kräftige Lohnerhöhung in zwei Stufen

ver.di fordert für die etwa 6000 Beschäftigten in tarifgebundenen Kinos eine zweistufige Tariferhöhung. Am 19. April haben die Tarifverhandlungen zwischen dem Kinoarbeitgeberverband HDF-Kino und ver.di begonnen.

Die Löhne sollen ver.di zufolge zunächst um 50 Cent angehoben werden und in einer zweiten Stufe ab November 2011 um weitere 5 Prozent steigen. Endlich sollen im Service auch die Tätigkeiten Platzanweisung und Verkauf in die Berufsjahresstufe ab 2 Jahren aufgenommen werden. Zudem soll für langjährige Kinomitarbeiter in den Servicebereichen eine zusätzliche Berufsjahresstufe ab 4 Jahren eingeführt werden. Der laufende Tarifabschluss galt bis Ende April, seitdem besteht keine Friedenspflicht mehr für die Kinos im HDF.

Der ver.di-Verhandlungskommission ist bewusst, dass diese Forderungen kräftig aber auch gleichermaßen berechtigt sind. Eine Erhöhung um 50 Cent pro Stunde rechnet sich prozentual als eine Erhöhung um knapp 6,5% für eine/n Mitarbeiter/-in im Einlass oder Verkauf. Für einen Vollzeitbeschäftigten bedeutet dies 82,50 € mehr pro Monat. „Gerade in den Niedriglohngruppen der Kinobetriebe sind überdurchschnittliche Lohnerhöhungen nötig. Denn für die Kolleginnen und Kollegen schlagen Preissteigerungen besonders stark durch. Der 3D-Boom hat zudem die Umsätze pro Kinoticket deutlich erhöht. Wir werden unsere Forderungen mit aktiver Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in den Kinos bekräftigen“, erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

Die Vertreter der Kinoarbeitgeber haben die Forderungen, die insgesamt zwischen 9 und 11 % Erhöhung lägen, als deutlich zu hoch bewertet und selbst kein Angebot vorgelegt. Es wurde lediglich die Erwartung auf einen Tarifabschluss mit 24 Monaten Laufzeit geäußert. Die Verhandlung wurde ergebnislos unterbrochen und auf den 20. Mai in Berlin vertagt. *PM* ■

Mehr Infos immer aktuell unter:
http://www.verdi.de/kinonetzwerk/tarif

Filmrezension: Bad Boy Kummer

Mehr als das individuelle Porträt eines Hochstaplers

Seine Interviews waren heiß begehrt. Ob Sharon Stone, Kim Basinger, Sean Penn oder Quen Tarantino: Tom Kummer suggerierte, dass er scheinbar exklusiv und mühelos an alle Hollywoodstars herankam, sogar an so schwierige Exemplare, von denen sich andere Journalisten nur Absagen einhandelten. Er gewann sogar das Vertrauen der Prominenten, entlockte ihnen fesselnde, intime Bekenntnisse, die Zeitungsverlage und Leser gleichermaßen begeistert aufnahmen, – die Konkurrenz erblasste vor Neid. Die Sache hatte nur einen Haken: Die Interviews waren frei erfunden. Vier Jahre lang belieferte Kummer Redaktionen großer, seriöser Tageszeitungen in Deutschland und der Schweiz, bis der Betrug 1999 aufflog. Seither ist er in der Medienbranche erledigt, arbeitet heute als Tennislehrer in Los Angeles.

Der ungarische Regisseur Miklós Gimos, damals als stellvertretender Chefredakteur des Züricher Tagesanzeigers einer von Kummers Auftraggebern, ließ sich von persönlicher Neugier inspirieren. Er wollte wissen, warum der größte Schwindler der Mediengeschichte bis heute keine Reue zeigt.

Doch ist ihm ein weit bedeutenderer Film geglückt als lediglich das individuelle Porträt eines Hochstaplers. Ohne dass es ihm vielleicht bewusst ist, legt er unterschwellig den Finger in die Wunden einer ganzen Branche.

Zweifellos wurde der Skandal nur möglich, weil letztlich alle daran mitstrickten: karrierebesessene Redakteure, Filmverleihe, die von der best denkbaren PR profitierten, nicht zuletzt die Leser, die mit ihrer großen Nachfrage die Auflagen steigerten.

Allein die Tatsache, dass nur wenige Redakteure, die sich von Kummer an der Nase herumführen ließen, an diesem Film mitwirken wollten, spricht Bände. – Zumal der Filou im Laufe der Jahre immer kecker wurde, seinen Stars zunehmend unglaubwürdigere, kuriosere Ansichten in den Mund legte. In seinem vielleicht aberwitzigsten Text behauptete der Boxer Mark Tyson, er habe hohe Literatur von Hemingway gelesen und im Gefängnis proteinhaltige Kakerlaken gegessen. Mussten nicht auch die Blattmacher über solchen Unsinn stolpern?

Immerhin eine souveräne Redakteurin gibt offen zu, dass sie sich immer für eine „gute Geschichte“ eingesetzt hat, auch wenn sie Statements enthielt, die sie stutzig machten.

Kummer wiederum hatte durchaus nachvollziehbare Gründe, die verbreitete Interviewpraxis abzulehnen. Massenabfertigungen von Gruppen bis zu acht Leuten im Viertelstundentakt sind Gift für eine gute Geschichte. Erst recht, wenn diese dann noch autorisiert oder „frisiert“ werden muss.

Es ist das große Verdienst von Miklós Gimes, alle diese Übel zu streifen. „Bad Boy Kummer“ ist ein wichtiger, unbequemer Film, der ziemlich beunruhigend die Machenschaften des Promi-Journalismus enthüllt. *Kirsten Liese* ■

Bad Boy Kummer, CH/D 2010.
R: Miklós Gimes.
Start: 5. Mai. 92 Min.

Foto(M): © 2010 Filmladen Kassel e.V

Funkstille

Streik: Vier Tage keine Nachrichten in Griechenland

„Wir haben eine Schlacht gewonnen, aber noch nicht den Krieg", heißt es reichlich militaristisch auf dem bekanntesten alternativen Journalistenportal Griechenlands, katalipsiesiea.blogspot.com. „Schon allein dass die Arbeitgeber nun über die Unterzeichnung eines Tarifvertrags nachdenken, ist ein Erfolg des Streikdrucks." Der Gewerkschaft der Redakteure der Athener Tageszeitungen, ESIEA, wurde bereits ein inoffizielles Angebot des Vorsitzenden des Verbandes der Athener Tageszeitungsverleger, EIHEA, gemacht. „Bevor wir verhandeln, muss aber ein offizielles Angebot auf den Tisch", erläutert Antonis Davanellos, Generalsekretär der ESIEA im Gespräch mit M.

Seit Monaten stehen Griechenlands Medienarbeiter im härtesten Arbeitskampf seit Jahren. Die meisten Tarifverträge in der Branche sind ausgelaufen, andere wurden von der Unternehmerseite aufgekündigt. Wie auch in Deutschland, wollen die Unternehmer in dem krisengeschüttelten Mittelmeerstaat durchweg die Löhne kürzen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Bis zu 20 Prozent weniger will man in Zukunft für mehr Arbeit zahlen. Gleichzeitig wird überall entlassen, einzelne Medien, darunter zwei der fast 20 Tageszeitungen in Athen, haben den Betrieb sogar ganz eingestellt.

Die Betroffenen wehren sich. Wurden in den ersten Monaten des Jahres zunächst jeweils einzelne Verlagshäuser oder Fernsehsender bestreikt, gipfelte der Arbeitskampf im größten Medienstreik, den das Land seit Jahren gesehen hat. Alle 13 Medienarbeitergewerkschaften schlossen sich zu einem Ausstand vom 7. bis zum 11. April zusammen. Volle vier Tage erschien keine Tageszeitung (Foto) und auch keines der etwa ein Dutzend täglicher Sportblätter des Landes. Es gab keine einzige Nachrichtensendung in Rundfunk und Fernsehen. Vor problematischen Unternehmen, wie dem privaten Fernsehsender SKAI, dessen Angestellte bereits Anfang des Jahres unter Androhung von Entlassung zu einem „freiwilligen" Lohnverzicht um 10 Prozent gezwungen worden waren, sorgten Streikwachen für die Einhaltung der Funkstille. Andernorts, wie beispielsweise beim Konkurrenzsender STAR, konnte sogar auf den Einsatz von Streikposten verzichtet werden. „Hier haben wir eine 100prozentige gewerkschaftliche Organisierung der Techniker", berichtet Aliki Kirikou von der Gewerkschaft der Fernsehtechniker an den privaten Anstalten, ETITA, stolz.

Foto: Nassos Bratsos

„Nur eine winzige Minderheit der Lohnabhängigen wird auf Grundlage des Tarifvertrags bezahlt", hieß es in dem auf den Streikkundgebungen verteilten Flugblatt der Organisatoren. „Die meisten arbeiten als freie Mitarbeiter, viele davon schwarz und nicht versichert und nicht wenige sogar als unbezahlte Praktikanten in der „magischen" Welt des Journalismus. Die Löhne der meisten bewegen sich zwischen 300 und 700 Euro bei bis zu 12 aufeinanderfolgenden Arbeitstagen und nur 4 freien Tagen im Monat." Wichtigste gemeinsame Forderung ist deswegen auch die Unterzeichnung von Tarifverträgen für alle Mitarbeiter. „Mindestlohn auf der Basis von Tarifverträgen, volle Sozialversicherung für alle. Keine Schwarzarbeit, volle Entlohnung für Praktika, zwei freie Tage pro Woche und Überstundenbezahlung für Wochenend- und Feiertagsarbeit", steht im Flugblatt der „Versammlung der Entlohnten, Unbezahlten, Freien, Schwarzarbeitenden und Studierenden bei den Massenmedien".

Dem nun vorliegenden inoffiziellen Angebot der Zeitungsverleger zufolge sollen die Löhne über 1200 Euro Brutto im Gegenzug für einen Stopp der Massenentlassungen „nur noch" um 10 Prozent gesenkt werden. Für Antonis Davanellos ein nicht akzeptables Angebot. Die Argumentation der Unternehmer, dass die Gewinne in der Medienbranche im letzten Jahr um mehr als 20 Prozent gesunken sind, lässt er nicht gelten. „Die können auch woanders einsparen, zum Beispiel bei den horrenden Bezügen, die sie ihren Medienstars zahlen", meint der Gewerkschaftssekretär, der ESIEA, die etwa 5.000 Redakteure der landesweit erscheinenden Athener Tages- und Sportzeitungen vertritt. „An den Gewinnen zu anderen Zeiten hat man uns auch nicht beteiligt, warum sollen wir jetzt die Verluste tragen?" Wie alle anderen Gewerkschaften in der Branche fordert die ESIEA einen Stopp der Massenentlassungen und Lohnerhöhungen in der Dimension eines Inflationsausgleichs. Notfalls würde man aber auch eine Nullrunde akzeptieren. „Wichtig ist uns vor allem, dass die rechtlose Situation ohne Tarifvertrag beendet wird", erläutert Davanellos. Für die Techniker der ETITA dagegen wäre eine Nullrunde nur schwer zu schlucken. „Wir haben bereits letztes Jahr auf jede Lohnerhöhung verzichtet", meint Aliki Kirikou. „Bei anhaltender Inflation von 5 Prozent im letzten und im laufenden Jahr bedeutet eine weitere Nullrunde eine nicht hinnehmbare Reallohnsenkung."

Das Einstiegsgehalt für einen Tageszeitungsredakteur liegt in Athen bei 1000 Euro brutto. „Für jeweils drei Jahre Berufserfahrung gibt es eine Erhöhung um einige Prozent", erklärt Davanellos. Im inoffiziellen Angebot der Athener Tageszeitungsverleger ist von einer 10 Prozentigen Kürzung aller Löhne über 1200 Euro Brutto im Gegenzug für einen garantierten Entlassungsstopp die Rede. Was passiert, wenn das erwartete offizielle Angebot der Verleger vorliegt? „Dann müssen wir darauf eingehen oder neue Streiks beginnen", meint der Gewerkschaftsekretär der ESIEA. So lange wollten die Techniker der ETITA nicht warten. Sie riefen bereits am 19. April einen neuen 48stündigen Streik mit der Forderung nach Unterzeichnung von Tarifverträgen aus, die „den verlorenen Lohn ausgleichen und würdige Arbeitsbedingungen garantieren".

Heike Schrader, Athen ■

Foto: Wolfgang Mayer

Aidan White und Beth Costa

Für mehr Solidarität

Beth Costa aus Brasilien ist neue IJF-Generalsekretärin in Brüssel

Die Internationale Journalisten-Föderation (IJF) in Brüssel mit über 600.000 Mitgliedern in 125 Ländern hat eine neue Generalsekretärin: Die Journalistin und Gewerkschaftsaktivistin Beth Costa aus Brasilien. Sie löst Aidan White ab, der dieses Amt 25 Jahre lang inne hatte. Beth Costa arbeitete 20 Jahre lang als Fernsehjournalistin in Rio de Janeiro und Sao Paulo. Von 1998 bis 2004 war sie Präsidentin der brasilianischen Journalistengewerkschaft FENAJ. Internationale Erfahrung sammelte sie unter anderem von 2001 bis 2004 als Mitglied des IJF Executive Committee. Unser IJF-Vertreter Wolfgang Mayer, der letztes Jahr ins Administrative Committee als höchstes politisches Organ der IJF gewählt wurde, sprach mit der neuen Generalsekretärin.

M | *Wie bist Du zum Journalismus gekommen?*

BETH COSTA | Ursprünglich wollte ich einmal Lehrerin werden. Eher zufällig bekam ich eine Stelle in einer Redaktion. Es war wie ein Virus, der mich nicht mehr losließ. Ich verstand, wie wichtig es ist, Informationen kritisch zu hinterfragen und aufzubereiten. Mein Chef meinte: Du begreifst, was wichtig ist. Das hat mich darin bestätigt, dass ich am richtigen Platz bin.

M | *Was willst Du in Deiner neuen Funktion bewirken?*

COSTA | Die Medienwelt ist im Umbruch, der Druck auf die Journalistinnen und Journalisten nimmt überall rasant zu, oft ist sogar ihr Leben in Gefahr. Wir müssen uns mehr denn je überall organisieren und Solidarität herstellen. Das ist eine enorme Herausforderung. Damit muss auch ein Wandel bei der IJF einhergehen. In diesem Prozess müssen die Journalistenorganisationen und die einzelnen Regionen gestärkt werden. Als Generalsekretärin habe ich als Teil einer kollektiven Führung mit dafür zu sorgen, dass dieser Wandel vorangetrieben wird. Das ist eine Dienstleistung. Die IJF muss die globale Stimme der Journalistinnen und Journalisten zur Durchsetzung ihrer sozialen und professionellen Anliegen sein. Dabei gibt es durchaus kulturelle Unterschiede. Am Ende müssen aber alle das Gefühl haben, Teil einer solidarischen Familie zu sein.

M | *Die Regionen stärken: Welche Rolle spielt dabei Europa?*

COSTA | Europa wird immer eine wichtige Rolle spielen. Hier werden Modelle für alle Regionen geschaffen, von hier kommen Wissen, Kompetenz und Vorbilder im gewerkschaftlichen Kampf. Europa ist die Lehrstätte dafür.

M | *Eine Frau an der Spitze des IJF-Sekretariats ist auch etwas Neues …*

COSTA | Vielleicht ist das ein Signal. Ich weiß, es wird für mich nicht einfach sein. Aber ich habe gelernt, zu kämpfen – das müssen Frauen leider immer noch mehr als Männer. ■

Aktion für Banjir Ambarita, Indonesien

AMNESTY INTERNATIONAL

Polizeikritischer Journalist niedergestochen

Die Täter kamen mit dem Motorrad. Der indonesische Journalist Banjir Ambarita war in der Nacht zum 3. März gerade in der Stadt Jayapura auf dem Heimweg, als zwei Männer ihn aufhielten und mit mehreren Messerstichen in die Brust schwer verletzten. Ambarita konnte gerade noch eine nahe liegende Polizeistation erreichen, wurde ins Krankenhaus gebracht und überlebte dank einer Notoperation. Die Angreifer entkamen unerkannt.
Banjir Ambarita arbeitet seit Jahren als Journalist in der Provinz Papua. Sein Arbeitgeber ist die Zeitung Bintang Papua, er verfasst aber auch Beiträge für Vivanews und The Jakarta Globe, Möglicherweise steht der Angriff auf ihn im Zusammenhang mit zwei Artikeln aus jüngerer Zeit, in denen sich Banjir Ambarita mit Vergewaltigungsvorwürfen gegen mehrere Polizisten beschäftigte. Im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung musste der örtliche Polizeichef Imam Setiawan am 1. März – zwei Tage vor dem Angriff auf Banjir Ambarita – zurücktreten.

Menschenrechtler und kritische Journalisten werden in der indonesischen Provinz Papua immer wieder massiv an ihrer Arbeit gehindert. Amnesty International befürchtet, dass auch Banjir Ambarita weiteren Angriffen oder Einschüchterungsversuchen ausgesetzt werden könnte.

Banjir Ambarita

amnesty international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

M-Redaktion
karin.wenk@verdi.de

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den indonesischen Justiz- und Menschenrechtsminister und fordern Sie eine unverzügliche unabhängige Untersuchung des Angriffs auf den Journalisten Banjir Ambarita aus Jayapura.
Fordern Sie außerdem, dass wirksame Schritte zu seinem Schutz eingeleitet werden.

Schreiben Sie auf Indonesisch, Englisch oder Deutsch an:
Ministry of Justice and Human Rights
Mr. Patrialis Akbar
Jl. H.R. Rasuna Said Kav No. 4-5
Kuningan
Jakarta Selatan 12950
INDONESIEN
Fax: 0062 – 21 525 3095

Senden Sie eine Kopie an:
Botschaft der Republik Indonesien
S.E. Herrn Eddy Pratomo
Lehrter Straße 16-17
10557 Berlin
Fax: (030) 4473 7142

Foto: Christian Selz

Junge Zeitung in Südafrika

The New Age – unabhängig, kritisch, nicht regierungsfeindlich

Südafrikas stark konzentrierter Zeitungsmarkt hat einen neuen Bewerber. Das überregionale Blatt *The New Age* gilt als regierungsfreundlich, gibt sich aber unabhängig. Die junge Zeitung hat das Potenzial, Regierungsarbeit ausgewogen zu erklären – während sich die meisten übrigen Titel auf kritischem Kollisionskurs mit der Politik befinden.

Der Rahmen war feierlich und Südafrikas Präsident Jacob Zuma offensichtlich bester Laune. Anlässlich des 150. Jahrestags der Ankunft der ersten indischen Arbeiter in der Hafen-Metropole Durban hatte Atul Gupta, indisch-stämmiger Wirtschafts-Mogul in Südafrika und Verleger von *The New Age*, im Namen seiner Zeitung zum Bankett geladen. „Ein neuer Hauch frischer Luft in den Medien" sei die Zeitung und „ein neues Kapitel der Berichterstattung" lobte der Präsident das zu dem Zeitpunkt gerade einen Monat alte Blatt. Eine verbale Umarmung, die den Kritikern der Zeitung jedoch frischen Wind in die Segel blies. *The New Age*, das stand für die vorrangig konservativen, weißen Kritiker ohnehin schon lange vor Erscheinen der ersten Ausgabe fest, sei das verkappte Sprachrohr des regierenden African National Congress (ANC).

Die Indizien liegen schließlich auf der Hand. Gupta ist ein enger Freund von Präsident Zuma, seine Computer-Firma Sahara erhielt bereits einen lukrativen Auftrag der öffentlichen Hand, staatliche Schulen mit 300.000 Billig-Laptops auszustatten, und auch Guptas Söhne sind Geschäftspartner eines Sprosses Zumas. „Es gibt keine Hotline zwischen meinem Büro in Midrand und dem Luthuli-Haus", stellte Chefredakteur Henry Jeffreys die Distanz zum ANC-Hauptquartier in Johannesburg sogleich in seinem Leitartikel in der ersten Ausgabe klar. Was zunächst nach reiner Verteidigungshaltung klang, hat *The New Age* seitdem eindrucksvoll belegt. Neben Artikeln zu neuen Plänen des sozialen Wohnungsbaus stehen Berichte über ANC-Bürgermeister, die ihre Gemeinden im Stich lassen.

Dass der ANC *The New Age* nicht als sein Sprachrohr betrachtet, darauf deutet auch die jüngste Ankündigung von Regierungssprecher Jimmy Manyi hin. Der will die regierungseigene Postille *Vuk'uzenzele* künftig als monatliche Zeitung und nicht mehr wie bisher als Amtsblatt im Zweimonatsrhythmus herausgeben. Die Regierung würde ihre Verantwortung vernachlässigen, wenn sie Redakteure kommerzieller Zeitungen – wie The New Age – entscheiden ließe, welche Regierungsinformationen veröffentlicht würden, begründete Manyi sein Propaganda-Projekt.

Nicht auf Skandale fokussiert

Von anderer Seite gibt es dagegen Anerkennung, wenn auch nicht überschwänglich. „Bisher scheint die Berichterstattung von *The New Age* ausgewogen und fair und spiegelt die aktuellen Themen wieder", sagt die Medienwissenschaftlerin Bianca Wright von der Nelson-Mandela-Metropol-Universität in Port Elizabeth. Der Johannesburger Journalismus-Professor Anton Harber bezeichnet die Berichterstattung in einem Gastartikel für die Wirtschaftszeitung *Business Day* zwar als langweilig, stellt aber auch heraus: „Es hätte schädliche Auswirkungen auf unsere Medien und auf unsere Politik, wenn die Zeitung verschwinden würde."

The New Age schreibt dem ANC zwar nicht nach dem Mund, ist aber nicht so auf Skandale fokussiert wie die alteingesessene Konkurrenz. „Südafrikanische Zeitungen sind in den Jahren nach Ende der Apartheid zu einem Wächter der Gesellschaft aufgestiegen und haben daher oft Politiker und Parteien vor den Kopf gestoßen, die glauben, dass Berichte über Korruption in ihren Reihen tabu sein sollten", sagt Wright. Das mag stimmen, tatsächlich leistet Südafrikas Presse vorbildlichen Investigativ-Journalismus, offensichtlich fehlen den großen südafrikanischen Zeitungen dadurch aber auch die nötigen Kontakte und Hintergrundinformationen, um die alltägliche Politik zu erklären. Zu verhärtet sind die Fronten zwischen schwarz-dominierter Regierung und der vornehmlich noch immer von Weißen gelenkten Presse. *The New Age* will diese Gräben schließen und gibt auch Nachrichten positiver Regierungsarbeit Raum – wohl wissend wie schmal der Grat ist. Man werde zwar die jeweils aktuelle Regierung unterstützen, wolle aber „konstruktiv Kritik üben" und Korruption aufdecken, so Chefredakteur Jeffreys.

Für den südafrikanischen Medienmarkt ist *The New Age* aber noch aus einem weiteren Grund wichtig. Es geht um die Unabhängigkeit der Zeitung von den dominanten Verlagshäusern des Landes. Mit Naspers, Avusa und Independent Newspapers besitzen nur drei Verlagshäuser sämtliche relevanten Tages- und Wochenzeitungen Südafrikas. Einzige Ausnahme neben dem Neuling aus dem Hause Gupta ist die Wochenzeitung *Mail & Guardian*.

Ob *The New Age* wirtschaftlich erfolgreich ist, lässt sich bisher nur schwer beurteilen, der Verlag gibt nicht einmal Auflagen-Zahlen heraus. Verleger Gupta hat allerdings bereits bewiesen, dass er das Projekt nicht einfach aufgeben wird. Zweimal war der Launch der Zeitung im vergangenen Jahr verschoben wurden, einen Tag vor dem zweiten Termin reichten fünf führende Redakteure die Kündigung ein. Den Grund teilten weder Verlag noch Ex-Angestellte jemals mit, es soll allerdings nicht um politische Vorbehalte, sondern um zu hohen Termindruck aus der Chefetage gegangen sein. Gupta scheint reich und mächtig genug, um solche Tiefschläge einzustecken.

Das anfängliche Gerücht, *The New Age* werde vom ANC heimlich finanziell unterstützt, dürfte sich im Übrigen auch zerschlagen haben. Die konservative Democratic Alliance (DA) skandalisierte vor Kurzem eine Spende Guptas an den ANC. Eine Untersuchungskommission fand heraus, dass der Geschäftsmann der Partei tatsächlich Geld gegeben hatte – genauso allerdings der kritischen Oppositionspartei selbst. Unwahrscheinlich, dass er sich dafür von der Regierung bezahlen lässt. *Christian Selz, Port Elizabeth* ■

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 14. bis 16. Juni: Redigieren – Zeitung. 27. bis 29. Juni: Kreatives Schreiben – Zeitschrift I.
27. bis 29. Juni: Redigieren – Zeitschrift.
30. Juni: Presserecht für das Internet.
4./5. Juli: Investigative Recherche.
6. bis 8. Juli in Kulmbach: Lokaljournalismus – Recherche. 20. Juli: Kreatives Schreiben – PR III. 21. Juli: Urheberrecht für leitende Redakteure. 21./22. Juli: Social Networks Recherche und Marketing.
ABZV, Bonn. 6. Juni, Stuttgart: Journalismus 2.0 und Social Media. 7. Juli in Stuttgart: Medienrecht. 8. Juli, Stuttgart: Investigativer Journalismus. 16./17. Juni: Fragetechniken für den journalistischen Alltag.
AKAD, Berlin. 4. Juli: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Creative Writing – Mehr Spaß und Erfolg beim Schreiben". 14. Juli: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Sachbuch schreiben".
AM, Düsseldorf. 8./9. Juni: Nutzwert-Journalismus.
ANM, Kulmbach. 6. bis 10. Juni: Journalistisches Handwerk II – Form & Inhalt, Nachrichten, Überschriften & Kurztexte, Recherche. 11./12. Juli: Porträts schreiben, vertonen und drehen.
ARD.ZDF, Wiesbaden. 16./17. Juni: Recherche für Planer und CvDs.
BJS, Berlin. 6./7. Juni: Guter Stil – was ist das? 21./22. Juni: Lebendig und wirkungsvoll schreiben. 28./29. Juni: Kreativer schreiben. 29. Juni: Umfragen und Statistiken richtig nutzen. 27./28. Juni: Systematik der Recherche und Strategien der Gesprächsführung. 2./3. Juli: Investigative Recherche und Sicherheit im Internet. 11./12. Juli: Einfach schreiben – Texten mit Erfolg. 14./15. Juli: Mit Witz und Pointe schreiben.
BKB, Wolfenbüttel. 1. bis 3. Juli: Basiskurs Erzählen V.
DGB, Hattingen. 5. bis 10. Juni: Google, Yahoo & Co – Informationen im Internet suchen und finden; alternative Informationsangebote kennen lernen.
FES/JAK, Bonn. 8./9. Juli: MedienSommerAkademie 2011 für Nachwuchsjournalisten. 15. bis 17. Juli in Bad Münstereifel: Redaktion und Redigation in Fachzeitschriften.
FFH, Bad Vilbel. 1. Juni: Ausge-google-t – Effiziente Strategien der Suche im Netz.
JA, München. 29. bis 31. Juli: Kreatives Schreiben (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 29. Juni bis 1. Juli: Kreativitätstraining und Themenfindung.
11. bis 13. Juli: Journalistisches Schreiben für Einsteiger.
KLARA, Berlin. 28./29. Juli: Texte bearbeiten.
MAZ, Luzern. 6. bis 8. Juni: Schreiben wie eine Schriftstellerin. 20. bis 24. Juni: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags. 27./28. Juni: Themen finden – Mit Instinkt und System.
MH, Hamburg. 20. bis 24. Juni: Journalistisches Schreiben. 27. bis 29. Juni: Das Recherche-Interview. 5. bis 8. Juli: Expose schreiben.
NA, Hamburg. 6./7. Juni in Berlin: Kreatives Texten. 4./5. Juli in München: Schreib- und Redigierwerkstatt.
TA, Augsburg. 29./30. Juni in München: Textwerkstatt I + II. 5./6. Juli in Stuttgart: Textwerkstatt I + II.

Journalistische Themen

ABP, München. 6. bis 10. Juni: Lokaljournalismus. 14. bis 16. Juni: Der Auslandskorrespondent. 30. Juni/1. Juli: Rezension und Literaturjournalismus.
AFP, Hamburg. 16./17. Juni: Die Promi-Geschichte.
ANM, Kulmbach. 6. bis 8. Juli: Fachseminar Kulturberichterstattung. 18. bis 22. Juli: Fachseminar Politik.
APB, Tutzing. 27. bis 30. Juni: Die EU vor alten Problemen und neuen Herausforderungen – Innerer Zusammenhalt, gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, globale Sicherheit.
DGB, Hattingen. 5. bis 10. Juni: Wind – Sonne – Biomasse: Können Atomkraft, Kohle & Co. durch erneuerbare Energien ersetzt werden?
FES/JAK, Bonn. 20. bis 21. Juni: Alles Taliban? Afghanistan und unser Islam-Bild.
JSR, Essen. 27. bis 29. Juni: Fachseminar Energiewirtschaft als Standortfaktor in NRW. 4. bis 8. Juli: Politikberichterstattung. 11. bis 15. Juli: Markt, Mächte und Medienpolitik.
MH, Hamburg. 1. bis 3. Juli: Grundkurs Reisejournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 6. bis 8. Juli: Essay. 11. bis 13. Juli: Boulevardjournalismus.
ABZV, Bonn. 5./6. Juli: Überschriften kreativ finden.
AFP, Hamburg. 6. bis 10. Juni: Reportagewerkstatt. 29. Juni bis 1. Juli: Intensivkurs Fachzeitschriften. 6. bis 8. Juli: Die Magazingeschichte – Fachzeitschriften.
FES/JAK, Bonn. 30. Juni/1. Juli in Stuttgart: Wer fragt, der führt – Interviews führen mit politischen Mandatsträgern.
JA, München. 1. bis 3. Juli: Reportage, Feature, Porträt (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 20. bis 22. Juni: Intensivtraining Porträt. 4./5. Juli: Nachrichten-Training.
MAZ, Luzern. 7. bis 10. Juni: Interview – Im Dialog ermitteln und vermitteln.
MH, Hamburg. 17. bis 19. Juni: Porträt schreiben.

Journalismus online

ABP, München. 6. bis 9. Juni: Online-Texten.
ABZV, Bonn. 29./30. Juni: Schreiben fürs Netz. 7. Juli: Online-Journalismus.
ADB, München. 18./19. Juli: Schreiben fürs Internet.
AFP, Hamburg. 9./10. Juni: Bloggen als Programmbegleitung. 20./21. Juni: Schreiben fürs Netz.
AKAD, Berlin. 21. Juni: Beginn des 4-wöchigen Online-Kurses „Crash-Workshop HTML & CSS".
ARD.ZDF, Wiesbaden. 6./7. Juni: Schreiben fürs Netz. 20./21. Juni: Schauen, hören, spielen – Was Kinder gerne klicken (Multimediale Darstellungsformen für junge Nutzer).
21./22. Juni: Was Jugendliche im Netz nutzen – Multimediale Angebote für junge Zielgruppen (14- bis 25-Jährige).
BJS, Berlin. 15. bis 17. Juni: Einführung in den Online-Journalismus. 30. Juni/1. Juli: Texten fürs Internet. 7./8. Juli: Social Media – die Grundlagen.
JA, München. 11. bis 13. Juli: Für Online-Medien recherchieren und schreiben (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
MR, Köln. 15. Juni: Webseiten gestalten in OpenCms – Einführungskurse Basis I und II. 9. Juli: Webseiten gestalten in OpenCms – Einführungskurse Basis I und II.
NA, Hamburg. 1. Juli in Frankfurt: Texten für Websites.
TA, Augsburg. 9. Juni in Stuttgart: Online-Powertag – Suchmaschinen-Optimierung, Texten in Internet und E-Mails, E-Mail-Marketing (Module auch einzeln buchbar).
VDZ, Berlin. 9. Juni in Hamburg: Mobile Strategies 2011 – All Around Tablets, Apps & Co.

Layout / Infografik

ABZV, Bonn. 9. Juli in Stuttgart: Grund- und Aufbaukurs Photoshop. 4./5. Juli in Blaubeuren: Modernes Zeitungsdesign.
BJS, Berlin. 8./9. Juni: Elektronisches Layout mit QuarkXPress. 14. Juni: SEO Suchmaschinenoptimierung. 15. bis 17. Juni: Layout von A bis Z mit Adobe Creative Suite. 2./3. Juli: Magazin-Layout – Gestalten wie die Profis.
MAC, München. An den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin werden laufend zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).

Volontäre

ABP, München. 4. bis 15. Juli: Grundkurs I – Allgemein. 4. bis 15. Juli: Grundkurs Fernsehen. 11. bis 15. Juli: Grundkurs I – Online.
ABZV, Bonn. 27. Juni bis 1. Juli in Stuttgart: Aufbauseminar für Volontäre. 27. Juni bis 8. Juli: Grundlagen journalistischer Arbeit. 11. bis 22. Juli in Stuttgart: Grundlagenseminar.
AFP, Hamburg. 6. Juni bis 1. Juli: Volontärskurs Print/Online. 4. bis 29. Juli: Volontärskurs Print/Online. 25. Juli bis 5. August: Volontärskurs Radio/Online.
AM, Düsseldorf. 4. bis 15. Juli: Volontärskurs Lokalfunk I.
JHB, Hagen. 20. Juni bis 15. Juli: Volontärseminar.

Fotografie

ABP, München. 20. bis 22. Juni: Zeitungsfoto. 18. bis 23. Juli: Fotoreportage.
ABZV, Bonn. 20. bis 22. Juni: Workshop Fotografie.
ADB, München. 29. Juni: Digitale Bilder – Bearbeitung und Qualitätssicherung.
AKAD, Berlin. 12. Juli: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Digitale Fotografie".
FV, München. 4./5. Juni: Fotogrundkurs. 11. Juni: Fotocrashkurs für Anfänger.

Hörfunk

ABP, München. 27. Juni bis 1. Juli: Hörfunk mit Podcast.
AFP, Hamburg. 17./18. Juni: Crossmedia für Radiojournalisten. 1./2. Juli: Die Radioreportage.
ARD.ZDF, Wiesbaden. 6./7. Juni: Redaktions-Know-how – Gestaltung und Dramaturgie von Radiosendungen. 14./15. Juni: Arbeiten mit dem DigaSystem-Multitrack-Editor. 20./21. Juni: Viele Wege führen ins Funkhaus – Digitale Kontribution im Hörfunk. 11. bis 13. Juli: Einpacken, Auspacken, Umpacken –

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089/49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28/259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040/41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AGI Fon 023 65/91 89 – 0, www.grimme-akademie.de
AKAD Fon 030/61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11/43 69 01 50, www.medienverband.de
ANM Fon 092 21/13 16, www.bayerische-medienakademien.de
APB Fon 081 58/256 – 0, www.apb-tutzing.de
AR Fon 021 91/794 – 0, www.akademieremscheid.de
ARD.ZDF Fon 06 11/59 05 04 – 0, www.ard-zdf-medienakademie.de
BET Fon 040/4 10 84 – 0, http://bet.de
BJS Fon 030 23 27 60 02, www.berliner-journalisten-schule.de
BKB Fon 053 31/808 – 418, www.bundesakademie.de
DFS Fon 022 66/37 57, www.dokumentarfimschule.de
DGB Fon 023 24/50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
FCP Fon 089/34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES/JAK Fon 02 28/883 -7124, www.fes.de/journalistenakademie
FFH Fon 061 01/988 – 140, www.ffhacademy.de
FHB Fon 040/399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FM Fon 02 51/230 36 21, www.muenster.org/filmwerkstatt
FV Fon: 089/74 89 99 21, www.fotovisuelle.de
HFS Fon 069/92 10 74 05, www.hoerfunkschule-frankfurt.de
IFFMA Fon 089/89 39 89 60, www.iffma.de
IFP Fon 089/54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
IP Fon 07 11/997 86 91, www.interspherial.com
ISFF Fon 030/200 92 – 74 42, www.isff-berlin.eu
JA Fon 089/167 51 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31/365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01/80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KFH Fon 02 21/222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030/690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089/544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41/41/226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MFW Fon 089/20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
MH Fon 040/306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MQ Fon 02 21/29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
MR Fon 02 21/16 42 – 36 38, www.erzbistum-koeln.de/medien
NA Fon 040/41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069/92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
RTL Fon 02 21/82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de
TA Fon 08 21/41 90 36 – 0, www.textakademie.de
VDZ Fon 030/72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
VSM Fon 089/83 51 91, www.videoschule.de

Formate in der Medienproduktion, Fokus Hörfunk. 11. bis 15. Juli: Grundlagen der digitalen Audiotechnik.
BJS, Berlin. 7./8. Juni: Einführung in den Radio-Journalismus. 9./10. Juni: Live-Reportage und Studio-Gespräch im Radio. 7./8. Juli: On Air – Sprechtraining fürs Mikrofon.
DGB, Hattingen. 3. bis 8. Juli: Radio im digitalen Zeitalter – Neue Möglichkeiten des Hörens und Mitmachens?
FFH, Bad Vilbel. 1./2. Juli: Frisch, verständlich und kompetent – Moderne Nachrichten-Präsentation. 15./16. Juli: Fischen, wo die Fische sind – Mit Facebook, Twitter & Co neue Hörer gewinnen.
HFS, Frankfurt. 18. Juni: Die Welt vor der Haustür – Regionaljournalismus im Radio. 18./19. Juni: Schnupperwochenende Radio.
IFP, München. 26. bis 28. Juni: Verständlich erklärt – Kollegengespräch im Radio.
MAZ, Luzern. 28. Juni: Nachrichten lesen – Verständlich, attraktiv, professionell. 29./30. Juni: Der Kurzbericht – Die Welt zwischen 38 und 71 Sekunden. 1. Juli: Die Radioschlagzeile – Ganz Ohr!
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio-, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MQ, Köln. 9./10. Juni: CvD-Workshop II – Workflow professionell organisieren. 18. Juni: Radio – Kann man das lernen? Lehr-Lern-Prozesse im Kontext von Medienkompetenzprojekten. 24. Juni: Zertifikatslehrgang Moderations- und Nachrichten-Trainer Hörfunk (1. von insgesamt 5 Modulen). 26. bis 29. Juni: Multimedia für Nachwuchsjournalisten. 29./30. Juni: Marketing für freie Journalisten. 2. Juli: Qualität im Radio – Wie geht das eigentlich? 6. Juli: Mehrwert durch Internet. 7. Juli: Wer sind wir und was wollen wir? Leitbildentwicklung für Bürgermedieneinrichtungen. 7. Juli: Strategie-Workshop Facebook. 20. Juli: Sprechtraining intensiv.

Film & TV

ABP, München. 6. bis 10. Juni: Der Videoreporter. 14. bis 17. Juni: Interview für Hörfunk und Fernsehen. 18./19. Juni: Drehbuchwerkstatt II. 27. Juni bis 1. Juli in Kulmbach: Der Videoreporter.
AGI, Marl. 6./7. Juni: Recherche für den Fernsehnachwuchs. 21./22. Juli: Texten fürs Fernsehen.
AM, Düsseldorf. 7./8. Juni: Dramaturgie von TV-Beiträgen. 19. bis 21. Juli: Vodcasts produzieren – Filme im Internet.
ANM, Kulmbach. 27. Juni bis 1. Juli: Crossmediales Arbeiten – Videojournalist.
ARD. ZDF, Wiesbaden. 6. bis 10. Juni: Gestalten mit digitalen Effekten. 6. bis 8. Juni: Dokumentarische Dramaturgie – Magazine. 15. bis 17. Juni: Die Filmabnahme im Aktuellen. 27. bis 29. Juni: Emotionen in Nachrichten und Magazinbeiträgen – mit Laptopschnitt. 27. bis 29. Juni: Der Filmtext und die Textperson. 4. bis 6. Juli: AVID special – HD am Media Composer. 4. bis 8. Juli: Fernsehreportage. 18. bis 22. Juli: Final Cut Pro Basistraining für Ein- und Umsteiger. 18. bis 20. Juli: HD – Basiswissen Produktion. 19. bis 22. Juli: Einpacken, Auspacken, Umpacken – Formate in der Medienproduktion, Fokus Fernsehen.
BET, Hamburg. 20. Juni: File Technologie.
BJS, Berlin. 14. bis 16. Juni: Einführung in den Video-Journalismus. 20. Juni bis 8. Juli: Intensiv-Training Video-Journalismus. 28./29. Juni: Moderation und Präsentation im Fernsehen.
DFS, Lindlar. 1. bis 5. Juli in Köln: Sommer-Akademie Dokumentarfilm – Modul III Spezial.
FHB, Hamburg. 15./16. Juni: Castingfieber? Da haben wir was für Sie! 18./19. Juni: Die richtige Besetzung. 1. bis 3. Juli: Einführung in das Drehbuchschreiben. 9./10. Juli: Personalmanagement im deutschen Film- und Fernsehteam.
FM, Münster. 3. bis 5. Juni: Licht I – Technik und Gestaltung. 6. bis 8. Juni: Video – Postproduktion. 9./10. Juni: DVD Authoring. 16. bis 19. Juni: Bildgestaltung und Bilddramaturgie.
IFFMA, München. 20. bis 22. Juni: RED Workshop. 23./24. Juni: ALEXA Workshop. 25. Juni: Praxisworkshop CANON EOS 1D/5D/7D. 3. bis 8. Juli in Hamburg: Internationale Sommerakademie für Filmmusik und Sounddesign.
IFP, München. 29. Juni bis 1. Juli: Live on Air – Schaltentraining für TV-Reporter.
IP, Stuttgart. Reihe Schreiben für Kino und TV: 9. Juni: Urheberrecht. 11. Juni: Sitcom.
ISFF, Berlin. 18./19. Juni: Stoffentwicklung – Adaptionen III. 18./19. Juni: Casting. 9./10. Juli: Drehbuchförderung.
JA, München. 1. bis 3. Juli: Digitaler Audio- und Videoschnitt (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KFH, Köln. 1. bis 5. Juni: Masterclass Kamera, Schnitt, Regie. 10. bis 14. Juni: Steadicam. 17. bis 19. Juni: Schnitt. 18./19. Juni: Filmanalyse – Das Erkennen und Benutzen von strukturellen Bausteinen. 18. bis 20. Juni: Produktionsleitung – Vorbereitung des Drehplans & Grundlagen des Drehplans und der Kalkulation mit Hilfe von Sesam. 21. bis 26. Juni: Von der Idee zur Geschichte – Intensiv-Autorenworkshop. 23. bis 26. Juni: Frauen hinter der Kamera. 2./3. Juli: Es muss weh tun – Dramaturgie ambivalenter Hauptfiguren am Beispiel „Stromberg". 2./3. Juli: Herstellungsleitung. 22. bis 31. Juli: Kurzfilm – Einen Film drehen von A–Z.
KFH, Potsdam-Babelsberg. 4./5. Juni: Filmgeschäftsführung. 24. bis 26. Juni: Licht-Masterclass – Porträtleuchten. 24. bis 26. Juni: Final Cut Advanced. 25./26. Juni: Steuerfragen in der internationalen Koproduktion. 8. bis 10. Juli: Regie – Schauspielführung.
MAZ, Luzern. 20. bis 22. Juni: Bümpliz – Bagdad und zurück in 30 Sekunden – News am TV. 27./28. Juni: Wer (klug) fragt, gewinnt – Das TV-Interview. 4. bis 7. Juli: Den Helden auf der Spur – Die TV-Reportage. 6./7. Juli: Essenz statt Blabla – Intensiv-Trainingskurs TV-Interview.
MFW, München. 18./19. Juni: Masterclass im Rahmen des KALIBER35 Munich International Short Film Festivals.
PFA, Frankfurt. 16. Juni: Zwischen Wahrheit und Quote – Grenzen des guten Geschmacks
RTL, Köln. 16./17. Juni: Intensivtraining Reporterschalte. 29. Juni bis 1. Juli: Der Reporterbericht im TV. 11./12. Juli: Texten für TV. 18. bis 22. Juli: Kompaktkurs Video-Journalismus.
VSM, München. 4. Juni: CASABLANCA

Grundseminar für perfekten Schnitt, Effekte, Titel und Vertonung mit Smart-Edit 6/7/8/9 und BOGART SE. 18. Juni: DVD ARABESK 3/4 (DVD) und 5 (Blu-ray) in Casablanca-Systemen – Perfekt gestaltete DVDs/BDs programmieren und produzieren. 25. Juni: HD-Videofilmen mit HDV- und AVCHD-Camcordern. 22./23. Juli: Videofilmer-Workshop – Schritte zur Professionalität.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 14. bis 16. Juni in Kulmbach: Pressemitteilung. 20. bis 22. Juni: Moderieren von Veranstaltungen und auf Messen. 20. bis 22. Juni: Reden schreiben II. 14./15. Juli: Stimmbildung. 18. bis 20. Juli: Management in Redaktionen – Personalführung. 21./22. Juli: Freie Journalisten – Themen- und Textmarketing.
ABZV, Bonn. 20. bis 22. Juni, Würzburg: Projektmanagement.
ADB, München. 6./7. Juni, Berlin: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. 6./7. Juni: Blogs, Vodcasts und Videos im Fachzeitschriftenverlag – Grundlagen der Konzeption und Produktion. 6. bis 10. Juni: Fachredakteur kompakt – Intensivkurs mit Zertifikat. 9./10. Juni, Hamburg: Freies Lektorat II – Kunden finden und binden. 27./28. Juni: PR-Konzeption. 30. Juni/1. Juli: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 4./5. Juli, Berlin: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 7./8. Juli, Hamburg: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. 21./22. Juli, Düsseldorf: Freies Lektorat II – Kunden finden und binden. 21./22. Juli: Mehr Erfolg durch sicheres Auftreten.
AFP, Hamburg. 17./18. Juni: Fachzeitschriften managen I. 27. Juni: Rhetorik II. 6./7. Juni: Krisen-PR.
AR, Remscheid. 27. Juni bis 1. Juli: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (1. von insgesamt 6 Kursphasen einer berufsbegleitenden Fortbildung).
ARD.ZDF, Wiesbaden. 6./7. Juni: Schlagfertigkeit trainieren. 6. bis 10. Juni: Grundlagen und Aspekte der Zusammenarbeit – Grundseminar. 6. bis 10. Juni: Grundlagen und Aspekte der Zusammenarbeit – Aufbauseminar. 29. Juni bis 1. Juli: Erfolgsfaktor Persönlichkeit. 29. Juni bis 1. Juli: Ganzheitliches Stressmanagement.
BJS, Berlin: 6./7. Juni: Die professionelle PR-Konzeption. 15. Juni: Techniken der Image-Pflege. 16./17. Juni: Corporate Publishing. 20./21. Juni: Auftritt und Wirkung – (sich) überzeugend präsentieren. 22./23. Juni: Krisen-Kommunikation. 23./24. Juni: Erfolgreich frei – Selbstmarketing für Journalisten. 27. Juni: Körpertraining für Medienmenschen. 30. Juni/1. Juli: Eventmanagement – Veranstaltungen professionell konzipieren und durchführen. 2./3. Juli: Gekonnt kontern – Techniken der Schlagfertigkeit. 4./5. Juli: Ihr Typ wird verlangt! – Authentisch kommunizieren. 11./12. Juli: Moderation und Präsentation im Fernsehen. 11./12. Juli: Professionelle Kommunikation mit Social Media (Fortgeschrittene). 11. bis 13. Juli: Professionelles Texten für die PR-Arbeit. 14./15. Juli: Rhetorik – einfach, eindeutig, eindrucksvoll reden.
FCP, München. 7. Juni: Crashkurs Kunden- und Mitarbeitermagazine optimieren. 27. Juni: Apps in der Corporate Communication einsetzen. 29. Juni in Hamburg: Themenfindung für Kundenzeitschriften. 7./8. Juli: Print- und Online-Newsletter im Corporate Publishing – Konzeption, Umsetzung, Erfolgskontrolle. 15. Juli: Die große Kunst der kleinen Texte – Titel, Motto und Bildunterschrift in Kundenzeitschriften. 18. Juli: Premium, Premium? – Hochwertige Kundenmagazine und ihre Ausstattung.
FES/JAK, Bonn. 8./9. Juni in Berlin: Erfolg ist kein Zufall – Rhetorik für Journalisten.
IFP, München. 17. bis 19. Juni: Erfolgreich frei – Selbstmarketing für Journalisten. 19. bis 21. Juni: Freiberuflichkeit als Chance – Einstiegshilfen für freie Journalisten.
ISFF, Berlin. 18./19. Juni: Business-English for Media Professionals.
JA, München. 17. bis 19. Juni: Veranstaltungs- und Projektmanagement (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 31. Mai bis 1. Juni: Reden schreiben – Ghostwriting. 20./21. Juni: Auf den Punkt gebracht – Medientraining für Wissenschaftler. 20. bis 22. Juni: Grundlagen der Gestaltung – Printprodukte in der PR-Arbeit. 27. bis 29. Juni: Textformen in der PR-Arbeit. 6. bis 8. Juli: Pressemitteilungen schreiben.
KLARA, Berlin. 4./5. Juli: Die Pressemitteilung.
MQ, Köln. 1. Juli: Start des modularen Lehrgangs „Redaktionelles Qualitätsmanagement" für (angehende) Führungskräfte in den Medien. 13. Juli: Die Arbeit sinnvoll strukturieren – Effektiver werden durch prozessorientiertes Vorgehen.
NA, Hamburg. 8. Juni, Berlin: Pressearbeit für die Tourismusbranche. 20. Juni, Hamburg: Express-Wissen Social Media Knigge – Governance-Regeln für Unternehmen und Mitarbeiter. 20./21. Juni, Zürich: Kampagnen-PR. 27./28. Juni, Frankfurt: Krisenkommunikation. 27./28. Juni, Zürich: Professionell moderieren. 29. Juni, Frankfurt: Express Wissen Pressemitteilungen. 30. Juni, Frankfurt: Finanz-PR und Investor Relations. 4./5. Juli, Köln: Pressearbeit für Fernsehsender und Web-TV. 6. Juli, Düsseldorf: Erfolgskontrolle für die Online-PR – Kommunikationswirkung messen, evaluieren und dokumentieren. 7./8. Juli, München: Erfolgreiche Online-PR – Grundlagen und Instrumente.
VDZ, Berlin. 14. bis 16. Juni, Hamburg: Der unternehmerische Chefredakteur – Chefredakteur als Unternehmer.

termine

Journalismus

EXPOPHARM Medienpreis
BERLIN. Mit dem EXPOPHARM Medienpreis werden Journalisten aller Mediengattungen für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Apotheke, deren Rolle und Funktion ausgezeichnet. Die Preise werden in vier Kategorien vergeben: Apotheke und Politik, Apotheke und Ökonomie, Apotheke und Verbraucher, Pharmazie und Forschung. Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Einsendeschluss: 15. Juli. Kontakt: Maren Hoffmann, Pressereferentin, Fon: 069/90 43 08 32, E-Mail: pressestelle-expopharm@btp-ffm.de, Internet: www.expopharm-medienpreis.eu.

DUH-Umwelt-Medienpreis
RADOLFZELL. Der Preis wird vergeben für herausragende journalistische Leistungen im Themenfeld „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen". Die Auszeichnung soll Autoren Ansporn und Förderung sein, sich mit der Zukunft der Erde, mit Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen für Mensch und Natur auseinanderzusetzen und dafür das Interesse vieler Menschen zu wecken und sie für die Bewahrung der Natur zu begeistern. Kandidatinnen für die Ehrung müssen vorgeschlagen werden. Der Preis wird in den Kategorien Print (Zeitung, Zeitschrift, Buch), Hörfunk, Fernsehen und Neue Medien verliehen und ist nicht dotiert. Einsendeschluss: 31. Juli. Kontakt: Deutsche Umwelthilfe e.V., Erika Blank, Fon: 077 32/99 95 – 90, E-Mail: blank@duh.de, Internet: www.duh.de/351.html.

Friedrich Vogel-Preise für Wirtschaftsjournalismus
ESSEN. Die ausgezeichneten journalistischen Arbeiten sollen dem Leser, Seher oder Hörer das Thema „Wirtschaft" verständlich nahe bringen. Vergeben werden Hauptpreise à 5.000 € für deutschsprachige Beiträge in Druck- bzw. Online-Medien, Hörfunk oder Fernsehen an einzelne Autoren oder Redaktions-Teams. Nachwuchspreise für Journalisten bis zu 35 Jahren in Höhe von 2.500 € werden vergeben für „nicht alltägliche" Ideen zu Forschungsreisen und daran anschließende Artikel. Sie verstehen sich als Reisebeihilfen für Recherche-aufenthalte (auch) im Ausland. Die Beiträge müssen zwischen 1. Juli 2010 und 30. Juni 2011 erschienen sein. Bewerbungsfrist: 15. Juli. Internet: www.vogelstiftung.de.

Deutscher Journalistenpreis Börse / Finanzen / Wirtschaft
FRANKFURT. Prämiert werden redaktionelle Beiträge in deutschen Print- und Online-Medien zu Wirtschafts- und Finanzthemen, die das Verständnis der Strukturen und Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzwelt fördern. Ausgelobt werden Preise zu den Themen Bank & Versicherung, Bildung & Arbeit, Private Equity sowie Vermögensverwaltung. Die Jury nominiert auf jedem dieser vier Gebiete bis zu sechs Artikel und vergibt je einen Preis für die Kategorien „tagesaktuelle Medien"

Forschung zum Thema

„Burnout im Journalismus"

Für meine Diplomarbeit suche ich Journalisten, die mir ein Interview …

… zum Thema „Burnout im Journalismus" geben möchten. Dabei sollte es sich um Kolleginnen und Kollegen handeln, die selber ein Burnout haben oder hatten. Denn in meiner Arbeit, die ich am Institut für Journalistik der TU Dortmund schreibe, möchte ich untersuchen, wie der journalistische Arbeitsalltag heute aussieht, der zu einem Burnout führt und welche Methoden es für ausbrennende Journalisten gibt, mit „Stress" umzugehen. **Falls Sie sich vorstellen könnten, mir ein Interview zu geben, melden Sie sich doch bitte per Email (annelen.geuking@gmx.de) bei mir.** Vielen Dank! Annelen Geuking

Bundesweite Mailing-Liste für Designerinnen und Designer in ver.di

Es gibt jetzt eine eigene Mailingliste für Designerinnen und Designer in ver.di. Alle selbstständigen Designer in ver.di sind herzlich eingeladen teilzunehmen! Um Euch vom Referat Selbstständige einschreiben zu lassen, schickt Ihr einfach eine Mail an:
freidesign-intern-subscribe@lists.verdi.de
Bitte gebt im Mailkörper Euren Klarnamen an (am besten mit ver.di-Mitgliedsnummer).

Treffen von selbstständigen Designer/innen
In Hamburg hatten wir am 1. Februar 2011 ein „selbstständige-Designer-in-ver.di"-Stammtischtreffen. Dort haben wir besprochen, dass wir uns auch in Zukunft gern öfter als eine Art Arbeitsfachgruppe treffen möchten. Denn wir brauchen eine geeignete Plattform um:
a.) die Stärkung der selbstständigen Designer (Grafik-Designer, Kommunikations-Designer, Web-Designer, Medien-Designer o.ä.) zu bewirken,
b.) uns Problemlösungen zu erarbeiten und unsere spezifischen Angelegenheiten zu diskutieren,
c.) die Ergebnisse in die entsprechenden ver.di-Gremien zu kommunizieren.

Zu den Themen, die uns am meisten auf den Nägeln brennen, gehören: das KSK Image, Nutzungsrechte, Design-Wert, Akquise, Kooperationen, Verträge und AGBs für Designer.
Als ersten Schritt für einen regen Erfahrungs- und Informationsaustausch haben wir die Mailing-Liste eingerichtet. Weitere Treffen, auch ggf. zur Gründung einer „Selbstständigen-Berufsgruppe-Design", sind geplant.

Wir hoffen auf viele Anmeldungen in der Liste und / oder Teilnahme an unseren Treffen. Herzliche Grüße – die schon teilnehmenden Designer aus der freidesign-intern-Liste!

und „periodische Medien". Dotierung: Insgesamt 40.000 €. Vom Gesamtpreisgeld fließt ein Teil gemeinnützigen Zwecken zu, die die Gewinner selbst bestimmen. Einsendeschluss: 1. Juli. Kontakt: djp, The Early Editors Club (TEEC), Fon: 069 / 40 89 80 – 02, E-Mail: info@djp.de, Internet: www.djp.de.

Film

Animation Meeting
MÜNCHEN. Am 30. Juni 2011 veranstaltet „filmtoolsConsult" in Kooperation mit dem MedienCampus Bayern e.V. im Rahmen des Filmfest München das 14. Animation Meeting, ein Treffen für berufserfahrene Film- und Fernsehschaffende sowie für Berufseinsteiger und Studenten, die neue Möglichkeiten der digitalen Technik erlernen möchten. Unter anderem präsentieren Denis Behnke (VFXUnit) ein Making of zum RTL Movie „Die Hindenburg" und Christian Kaestner (Framestore) zu „Harry Potter and the Deathly Hallows Part1". Der Eintritt ist frei. Ort: Black Box im Gasteig München. Beginn: 20.00 Uhr. Anmeldung: Sebastian Lohrentz, E-Mail: Sebastian@filmtoolsConsult.de, Internet: www.filmtoolsConsult.de.

Deutscher Kurzfilmpreis
BONN. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) vergibt den Deutschen Kurzfilmpreis in vier Kategorien. Der Preis kann verliehen werden für Spielfilme bis 7 Minuten und für Spielfilme mit 7 bis 30 Minuten, für Dokumentarfilme bis 30 Minuten sowie für Animations- bzw. Experimentalfilme bis 30 Minuten. Zusätzlich kann ein Sonderpreis für Filme mit einer Laufzeit von 30 bis 78 Minuten vergeben werden. Die Filme müssen im Jahr der Preisvergabe oder im vorausgegangenen Jahr fertig gestellt worden sein. Die Dotierungen betragen für die Nominierung 15.000 €, für den Filmpreis in Gold 30.000 € und für den fakultativen Sonderpreis 20.000 €.
Einreichschluss: 17. Juni. Infos: Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, Filmreferat K 35, Fon: 02 28 / 99 681 3583, E-Mail: Juergen.Gansel@bkm.bmi.bund.de, Internet: www.deutscher-kurzfilmpreis.de.

NaturVision
NEUSCHÖNAU. Vom 14. bis 17. Juli findet das Festival des Tier- und Umweltfilms in der Gemeinde Neuschönau im Bayerischen Wald statt. Im Wettbewerb konkurrieren rund 30 ausgewählte Filme. Thematischer Schwerpunkt des Film-, Seminar- und Diskussionsprogramms ist 2011 das „Jahr der Wälder". Informationen: www.natur-vision.de.

Fotografie

FotoDoks
MÜNCHEN. FotoDoks 2011 beschäftigt sich mit dem Spannungsverhältnis von Glaubwürdigkeit und Sensation in der dokumentarischen Fotografie: Trauen wir unseren Bildern selbst noch über den Weg? Lässt die heutige Struktur der professionellen Bildproduktion noch Raum für glaubhafte Erzählungen über unsere Zeit? Welche Rolle spielt die Idee der dokumentarischen Fotografie zwischen Information, Infotainment und Illustration? Eingeladen sind professionell arbeitende Fotografinnen und Fotografen aus dem deutschsprachigen Raum und dem diesjährigem FotoDoks-Gastland Italien. Die eingereichten Bilder sollen einen seriellen Charakter haben (5-12 Bilder) und sich mit dem FotoDoks-Thema 2011 „unglaublich" befassen. Einreichung: Bis 5. Juli per E-Mail. Internet: http://fotodoks.de/ausschreibung/

Canon-ProfiFoto-Förderpreis
DÜSSELDORF. Am Canon ProfiFoto Förderpreis können alle unter 30-Jährigen teilnehmen, die ihre Ausbildung in Fotografie oder Foto-Design gerade absolvieren oder abgeschlossen haben und professionell in der Fotografie oder artverwandten Berufsgruppen tätig sind. Arbeitsproben der Bewerber werden in einer Online-Galerie präsentiert und stehen der Öffentlichkeit als Showcase für professionelle Nachwuchsfotografie zur Verfügung. Die dazugehörenden Konzepte werden streng vertraulich behandelt. Die fünf besten Konzepte und Ideen werden mit jeweils 2.000 € in Form von Sachpreisen gefördert. Einreichschluss: 11. Juli. Informationen: www.canon-profifoto-foerderpreis.de.

Abisag Tüllmann Preis
FRANKFURT. Die Abisag Tüllmann Stiftung schreibt den Preis für professionell arbeitende Fotojournalisten aus. Die Arbeiten der Wettbewerbsteilnehmer sollen neben ihrer dokumentarischen Bedeutung einen künstlerischen Wert besitzen. Mit dem Abisag Tüllmann Preis soll das Andenken an eine große deutsche Fotografin gewahrt und gefördert werden. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einreichschluss: 31. Juli: Informationen: www.abisag-tuellmann-stiftung.de/preis.htm.

Deutscher Preis für Wissenschaftsfotografie
LEINFELDEN-ECHTERDINGEN. Zum Wettbewerb der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft" sind alle eingeladen, die im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Juli 2011 Menschen und Objekte in Wissenschaft und Forschung beispielhaft fotografiert haben. Der Preis wird vergeben in den Kategorien „Einzelfoto", „Mikro-/Makrofotografie" und „Reportage". Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Infos: www.wissenschaft.de/ fotopreis.

Varia

Wege in die Medien – Nachwuchstagungen 2011
BERLIN / MARBURG. Print, Radio, Online, Fernsehen: Wie findet man den Einstieg in die Medienbranche? Wie geht es weiter auf dem Weg in den Journalismus? Diese und weitere Leitfragen werden auf zwei Tagungen für christliche Nachwuchsjournalisten behandelt. Jeweils rund 30 Teilnehmer treffen in Berlin und Marburg auf Medienprofis, die zugleich bekennende Christen sind, um ihnen journalistisch auf die Finger zu schauen: Fortgeschrittene treffen sich vom 27. bis 29. Mai in Berlin, vom 14. bis 16. Oktober versammeln sich Einsteiger in Marburg. Kontakt: Christliche Medienakademie, Fon: 064 41 / 915 166, E-Mail: studienleiter@christliche-medienakademie.de, Internet: www.christliche-medienakademie.de.

Recherche reloaded
HAMBURG. „Journalistinnen und Journalisten bilden eine ziemlich abgeschottete Gruppe: Sie schmoren im eigenen Saft – sogar nach Redaktionsschluss", so Siegfried Weischenberg 1995. Viele Quellen bleiben ungenutzt. In der vielbeschworenen Wissensgesellschaft wird es aber zunehmend darauf ankommen, interdisziplinär zu arbeiten und Kreativität durch die Kombination von Wissensbeständen zu erreichen. Bei der nr-Fachkonferenz „Recherche reloaded" lernen Journalisten von Vertretern anderer Rechercheberufe, beispielsweise von Juristen, Historikern oder Klimaforschern. Termin: 28. / 29. Mai im Gruner + Jahr Pressehaus in Hamburg. Teilnehmerbeitrag: Regulär 120 €, nr-Mitglieder 90 Euro, Journalisten in Ausbildung 30 Euro. Kontakt: info@netzwerkrecherche.de, Fon: 040 / 36 80 78 53, Internet: http://reloaded.netzwerkrecherche.de.

Stipendien für studienbegleitende Journalistenausbildung
MÜNCHEN. Noch bis zum 31. Mai können sich Interessentinnen und Inte-

ressenten für die studienbegleitende Journalistenausbildung des Instituts zur Förderung des publizistischen Nachwuchses (ifp) bewerben. Das ifp ist die Journalistenschule in Trägerschaft der Katholischen Kirche in Deutschland. Informationen: www.ifp-kma.de/Ausbildung/Ausbildung.html.

red dot award
ESSEN. Designer, Agenturen, Designbüros und Auftraggeber der internationalen Kommunikationsbranche sind aufgefordert, ihr gestalterisches Können und ihre kreativen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen: Der „red dot award: communication design" wird für Arbeiten des Kommunikationsdesigns vergeben. Prämierte Arbeiten werden u. a. im red dot design museum und in der Ausstellung „Design on stage – winners red dot award: communication design 2011" präsentiert. Der „red dot: junior award" richtet sich darüber hinaus an Studenten und Nachwuchsdesigner. Er ist mit 10.000 € dotiert. Anmeldeschluss: 17. Juni. Kontakt: Design Zentrum Nordrhein Westfalen e.V., Fon: 02 01 / 30 10 4 – 0, E-Mail: dznrw@dznrw.com, Internet: www.red-dot.de.

Kress Awards
HAMBURG. Der kressreport, Branchendienst für die Medien- und Kommunikationsbranche, zeichnet über alle Mediengattungen hinweg die besten Strategien, Produkte, Innovationen, Dienstleister und Köpfe in Medien, Marketing und werbungtreibenden Unternehmen aus. Bewerber können ihre Arbeiten in den Kategorien Print, Radio, TV, Digital, Corporate Media und Werbung einreichen. Mit dem Gold-Award wird außerdem eine Person gewürdigt, die die Branche 2011 am stärksten geprägt hat – den kress-Kopf 2011. Einreichschluss: 10. Juni. Informationen: Dagmar Schlenker, Fon: 040 / 69 20 61 04, E-Mail: dagmar.schlenker@haymarket.de, Internet: www.kressawards.de.

JugendMedienEvent
ESSEN. Vom 30. Juni bis zum 3. Juli veranstaltet die Junge Presse e.V. in Köln und Bonn das JugendMedienEvent für Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren. 500 junge Medienmacher aus ganz Deutschland erwartet ein Programm rund um den Berufseinstieg im Medienbereich. In Diskussionsrunden und Seminaren mit über 100 Referenten und Gästen aus allen Medienbereichen, warten Profis aus Medien, Politik und Wirtschaft auf den Nachwuchs. In Workshops erstellen die Teilnehmer eigene Medienprodukte: Zeitungsreportagen, Radiobeiträge, Fernsehberichte, Onlineblogs und gestaltete Magazine. Auf einer Medienmesse stellen sich zudem Hochschulen und potenzielle Arbeitgeber vor. Informationen: Junge Presse e.V., Fon: 02 01 / 24 80 – 349, Internet: www.jugendmedienevent.de.

Summer School in Prag
PRAG. Transitions Online (TOL) bieten im Juli einen „Trainingskurs Auslandskorrespondenz". Die Teilnehmer gewinnen einen Zugang zur internationalen Berichterstattung. Im Kurs werden theoretische und praktische Kenntnisse gleichermaßen vermittelt. Im August lernen Interessenten im Kurs „Fotojournalismus" aktuelle fotografische Trends und Techniken kennen. Während des Aufenthalts erstellen sie ein Fotoessay der tschechischen Hauptstadt. Informationen zu genauen Terminen, Kosten und zur Anmeldung: Joann Plockova, TOL Training, Fon: 420 /2 / 22 78 – 08 05, E-Mail: joann.plockova@tol.org; Internet: www.tol.org.

Israel-Studienreisen
BONN. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bietet zwei Studienreisen mit begrenzter Teilnehmerzahl für Journalisten an. Die Reise vom 11. bis 22. September 2011 steht unter dem Motto „Jenseits der Schlagzeilen" und widmet sich politischen und gesellschaftlichen Themen der israelischen Gegenwart. Sie kostet 700 €. Vom 20. Oktober bis 1. November findet die Reise zum Thema „Israels Demokratie vor neuen Herausforderungen" statt. Sie kostet 990 €. www.bpb.de Stichwort: Studienreisen.

Stipendien

Middle East Fellowship
KÖNIGSTEIN/TAUNUS. Die IJP schreiben für den Herbst 2011 Reise- und Arbeitsstipendien für fünf deutsche Journalisten im Alter von 21 bis 37 Jahren im Nahen Osten aus. Zeitgleich können sich Journalisten aus der Region um einen Aufenthalt in Deutschland bewerben. Das Stipendium gilt für die Länder Ägypten, Jordanien, Libanon, Palästina, Syrien und Israel. Die beiden Arbeitsstipendien in Israel werden im Rahmen des Ernst Cramer Fellowship vergeben. Die Teilnehmer sollen vor Ort journalistisch arbeiten. Dotierung: Einmalig 4.000 €, der Betrag soll Reisekosten, Verpflegung und Unterkunft zum größten Teil abdecken. Bewerbungsschluss: 30. Juni. Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Dr. Frank-Dieter Freiling, Fon: 061 74 / 77 07, E-Mail: middleeast@ijp.org; www.ijp.org.

Deutsch-Britische Journalistenprogramme
BERLIN. Das George Weidenfeld Journalistenstipendium ermöglicht im Herbst 2011 britischen und deutschen Journalisten im Alter von 23 bis 39 Jahren einen Arbeitsaufenthalt im jeweils anderen Land. Deutsche Journalisten können sich für sechs- bis achtwöchige Vollstipendien bewerben. Stipendiaten arbeiten in Redaktionen vor Ort und berichten für ihre Heimatmedien. Sie erhalten einmalig 3.000 € bzw. 2.500 Pfund. Der Betrag soll Reisekosten, Verpflegung und Unterkunft größtenteils decken. Bewerbungsschluss für deutsche Journalisten: 30. Juni. Kontakt: IJP e.V., Deutsch-Britische Journalistenprogramme, Fon: 030 / 34 50 0402, E-Mail: weidenfeld(at)ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 16 gültig ab 1.1.2011
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller Tel. 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 4 – 5.2011: 26.04.2011
M 6 – 7.2011: 10.06.2011
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

leute

Joachim Böskens, zuvor Chef von NDR 1 Radio MV, wurde Chefredakteur für die Programmbereiche Hörfunk und Fernsehen des NDR-Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern und stellv. Funkhausdirektor; Funkhaus- und Programmdirektorin wurde **Elke Haferburg**. Die beiden hatten zuvor kommissarisch jeweils den Bereich Fernsehen bzw. Hörfunk geleitet, nachdem **Sabine Rossbach**, die bisherige Fernsehchefin und stellv. Direktorin, die Position der Direktorin im NDR-Landesfunkhaus Hamburg übernommen hatte.

Bundespressekonferenz: **Gregor Mayntz** (Rheinische Post) löste an der Spitze der BPK den langjährigen Vorsitzenden **Werner Gößling** (ZDF) ab, der im Laufe des Jahres in den Ruhestand geht und nicht mehr kandidierte. In den Vorstand gewählt wurden **Steffen Hebestreit** (Redaktionsgemeinschaft Neven DuMont), **Nikolai Fichtner** (Financial Times Deutschland), **Bettina Freitag** (HR), **Nick Leifert** (ZDF), **Antje**

Sirleschtov (Der Tagesspiegel) und **Angela Wefers** (Börsen-Zeitung).

Peter Christ, früher Chefredakteur von Manager Magazin und Stuttgarter Zeitung, gibt das neue monatliche Supplement doppio (Verlag Publishers Partners GmbH, Stuttgart) heraus, das zum Start Ende März 26 Tageszeitungen beilag.

Gerhard Delling, bisher vor allem Sportjournalist, wurde Chefmoderator des ARD-Magazins „Wochenspiegel".

Deutscher Presserat: Neue Mitglieder des Gremiums wurden **Sergej Lochthofen** (DJV), **Anne Scheller** (dju), Dr. **Stefan Söder** (VDZ) und **Peter Welchering** (DJV). Ausgeschieden sind **Claudia Bechthold** (DJV), **Christian Bommarius** (DJV), Prof. Dr. **Robert Schweizer** und **Jörg Tuschhoff** (dju).

Stefanie von Ehrenstein, bisher stellv. Leiterin des Kinder- und Familienprogramms sowie Beauftragte für den Kinderkanal KI.KA beim SWR-Fernsehen, folgte als Leiterin dieser Abteilung auf **Christine Strobl**, die Leiterin der Hauptabteilung Film und Familienprogramm in der Fernsehdirektion wurde.

Ellen Frauenknecht, die in der ARD von der Frankfurter Börse berichtet, und **Thomas Kausch**, u.a. Moderator des Politikmagazins „Fakt" (ARD), werden das neue TV-Nachrichtenmagazin „NDR aktuell" moderieren, das am 6. Juni erstmals auf Sendung geht.

Thomas Friedl, früher Programmchef von Kabel 1 und Leiter Programmplanung bei ProSieben, zuletzt Geschäftsführer der SevenSenses GmbH, übernahm die neu geschaffene Position eines Programmdirektors von Tele 5.

Barbara Hahlweg, Sprecherin bei der ZDF-Nachrichtensendung „heute", wurde Moderatorin des Magazins „ML mona lisa – Frauen, Männer & mehr".

Florian Harms, bisher Chef vom Dienst bei Spiegel Online, wurde stellv. Chefredakteur des Nachrichten-Portals. Mitglied der Chefredaktion ist künftig **Roland Nelles**, Ressortleiter Politik und Leiter des Berliner Büros von Spiegel Online.

Christian Höppner, u.a. Generalsekretär des Deutschen Musikrats und Vizepräsident des Deutschen Kulturrats, wurde zum Vorsitzenden des RTL-Programmausschusses gewählt. Sein Vorgänger **Hilmar Hoffmann** gab das Amt aus Altersgründen auf.

Oliver Jahn, bislang stellv. Chefredakteur des Architektur- und Wohndesign-Magazins AD Architectural Digest (Condé Nast), löst als Chefredakteur **Margit J. Mayer** ab, die dem Titel als Consulting Editor weiterhin verbunden bleibt.

Thomas Kleist, bisher u.a. Direktor des von ihm mitbegründeten Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR) und Vorsitzender des Verwaltungsrats des Saarländischen Rundfunks, folgt als Intendant des SR dem verstorbenen **Fritz Raff** nach.

Lutz Knappmann, bisher Medienredakteur bei der Financial Times Deutschland, folgt als Nachrichtenchef mit dem Schwerpunkt Wirtschaft bei sueddeutsche.de auf **Melanie Ahlemeier**, die bei der Nachrichtenagentur dapd die Leitung des Ressorts Wirtschaft übernahm.

Landespressekonferenz Baden-Württemberg: In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende **Joachim Rüeck** (Heilbronner Stimme) und die stellv. Vorsitzenden **Gabriele Renz** (Südkurier), **Arnold Rieger** (Stuttgarter Nachrichten) und **Edgar Neumann** (dpa); neue Vize-Vorsitzende ist **Edda Markeli** (SWR Fernsehen).

Landespressekonferenz Nordrhein-Westfalen: **Leo Flamm** (WDR Hörfunk) wurde als Vorsitzender wiedergewählt; weitere Vorstandsmitglieder sind **Tobias Blasius** (WAZ-Mediengruppe), **Bettina Grönewald** (dpa), **Detlev Hüwel** (Rheinische Post) und **Peter Poensgen** (Bild).

Landespressekonferenz Sachsen: **Petra Strutz** (dpa) löste als Vorsitzende **Gunnar Saft** (Sächsische Zeitung) ab. Neu im Vorstand sind **Juliane Morgenroth** (Dresdner Morgenpost), **Falk Lange** (Radio PSR) und **Peter Schilder** (FAZ). Als Schatzmeisterin wiedergewählt wurde **Uta Deckow-Kindermann** (MDR 1 Radio Sachsen).

Martin Leutke, bisher Leiter des ZDF-Landesstudios Hessen, wird zum 1. Juli Leiter der Wirtschaftsredaktion des Senders. Sein Vorgänger **Michael Opoczynski** hatte im September 2010 die Leitung der ZDF-Hauptredaktion Wirtschaft, Recht, Soziales und Umwelt übernommen. Leutke und Opoczynski werden das Magazin „WISO" abwechselnd präsentieren. Stellv. Leiter der Wirtschaftsredaktion wird **Marcus Niehaves**, bislang Reporter im ZDF-Landesstudio Baden-Württemberg.

Michael Nallinger, bisher Redakteur bei der ZfK – Zeitung für kommunale Wirtschaft (Sigillum-Verlag) sowie Chefredakteur der Zeitschrift Energiespektrum, löste als Chefredakteur der ZfK **Jürgen Pott** ab, der in den Ruhestand geht.

NDR-Rundfunkrat: Dr. **Volker Müller** (Unternehmerverbände Niedersachsen) löste als Vorsitzender **Dagmar Gräfin Kerssenbrock** (Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein) ab, die stellv. Vorsitzende bleibt. Weitere Stellvertreter sind **Uwe Grund** (DGB Landesbezirk Nord) und Dr. **Karl-Heinz Kutz** (Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern).

Kayhan Özgenc, bisher Leiter des Ressorts für investigative Recherche beim Focus, wechselte in der gleichen Position zur Bild am Sonntag, um dort ein neues Investigativ-Ressort aufzubauen.

Andreas Postel, zuvor für das ZDF-„heute-journal" tätig, löste als Leiter des ZDF-Landesstudios Thüringen in Erfurt **Daniela Kuntze-Hefner** ab.

Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik und Mitglied der Chefredaktion der SZ, übernahm die Theodor-Herzl-Dozentur für Poetik des Journalismus am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

Peter Praschl, bisher u.a. für den Stern und die Welt-Gruppe tätig, wurde fester Autor des SZ-Magazins. Die Redaktion verstärken auch **Aicha Reguieg**, bislang für das Moderessort der Zeitschrift Brigitte tätig, und SZ-Magazin-Autorin **Gabriela Herpell**.

Dem Pressenetzwerk für Jugendthemen e.V. (PNJ) gehören Journalisten an, die sich ganz oder weitgehend mit Jugendthemen beschäftigen. Vorsitzender ist der freie Journalist **Marco Heuer** (WDR, RB). In den Vorstand wurden gewählt: **Barbara Oertel** (taz), **Kerstin Fritzsche** (Darmstädter Echo), **Carola Dorner** (freie Journalistin), **Martin Finkenberger** (Sokrates aktuell bei der Konferenz der Kultusminister der Länder), **Yakup Özkardes** (Student und freier Journalist) sowie **Jörg Wild**, der Geschäftsführer des Vereins.

Klaus Prömpers, bislang Leiter des ZDF-Studios in Wien, löste als Korrespondent des Senders in New York **Klaus-Peter Siegloch** ab, der nach Erreichen der Altersgrenze für das ZDF als Präsident zum Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) wechselt.

Bettina Ricklefs, bisher Leiterin der Redaktion Fernsehfilm beim BR und stellv. Programmbereichsleiterin Spiel-Film-Serie, folgte als Leiterin dieses Programmbereichs auf **Bettina Reitz**, die in die Geschäftsführung der ARD-Produktionstochter Degeto wechselte.

Monsignore **Wolfgang Sauer**, Domdekan des Freiburger Metropolitankapitels, folgte als Geistlicher Direktor des katholischen Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp, München) auf Pfarrer **Michael Broch**, dessen Kritik u.a. am Zölibat kontroverse Reaktionen hervorgerufen hatte und der zurückgetreten war. Journalistische Direktorin des Instituts ist **Elvira Steppacher**.

Janek Schäfer, stellv. Chefredakteur der sorbischen Abendzeitung Serbske Nowiny (Bautzen), übernahm kommissarisch die Leitung des Blatts, nachdem sich **Benedikt Dyrlich** aus gesundheitlichen Gründen zurückgezogen hat.

Gerd Schneider, bislang stellv. Chefredakteur bei der Tageszeitung Donaukurier (Ingolstadt), folgte als Chefredakteur **Michael Schmatloch** nach, der abberufen wurde. Neuer stellv. Chefredakteur ist der bisherige Lokalchef **Eric Metzler**.

Oliver Stolle, bisher Textchef von Neon und Autor bei Nido, rückte zum stellv. Chefredakteur der beiden Magazine (Stern-Gruppe, G+J) auf. Als Textchef bei Neon folgte ihm der bisherige Redakteur **Marc Schürmann**.

Der sächsische Ministerpräsident **Stanislaw Tillich** (CDU) wurde von der Ministerpräsidentenkonferenz in der Nachfolge von **Roland Koch** in den ZDF-Verwaltungsrat berufen.

Kai Winckler, Ex-Chefredakteur der Neuen Post (Bauer), löste als Chefredakteur der Neuen Welt (WAZ-Women Group) **Michael Graf** ab.

preise

Der deutsch-türkische Regisseur **Fatih Akin** wurde mit dem Ehrenpreis des 16. Filmfestivals Türkei / Deutschland in Nürnberg ausgezeichnet.

Silke Behl und **Lore Kleinert**, Kulturredakteurinnen bei Radio Bremen, er-

halten für ihr Radiofeature „Ein Abend für die Bibliothek" den mit 5.000 € dotierten Helmut-Sontag-Preis / Publizistenpreis der deutschen Bibliotheken, der vom Deutschen Bibliotheksverband (dbv) und der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft (WBG) vergeben wird.

Die Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik, getragen von der „Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V.", erweiterte ihren Herausgeberkreis um die Islamwissenschaftlerin **Katajun Amirpur**, die Philosophin **Seyla Benhabib**, den Volkswirt **Peter Bofinger**, den Politologen **Ulrich Brand**, die Soziologin **Saskia Sassen** und den Gewerkschaftler **Hans-Jürgen Urban**.

Deutsches FernsehKrimi-Festival in Wiesbaden 2011 – Deutscher Fernseh-Krimi-Preis: „Tatort: Nie wieder frei sein" (BR) von **Christian Zübert** (Regie); Preise für herausragende Einzelleistungen: **Lisa Wagner** für ihre Rolle in „Tatort: Nie wieder frei sein" sowie **Lars Becker** für die Regie von „Amigo – Bei Ankunft Tod" (ZDF / ORF / ARTE); Publikumspreis: „Das letzte Schweigen" (ZDF / ARTE) von **Baran Bo Odar** (nach dem gleichnamigen Roman von Jan Costin Wagner).

Der „Durchblick – Preis für Bürger- und Verbrauchernähe" wird vom Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter" (BVDA) vergeben. Er ging an die Wochenblätter echo am Sonntag (Heilbronn), Nord Anzeiger (Essen) und den Wochenspiegel Freiberg. Preis für ein Sonderprodukt: Magazin „Die Zeit des Abschiednehmens", eine Sonderpublikation des TW Wochenspiegels (Trier); „Durchklick"-Onlinepreis: Website des Wochenspiegels Saarbrücken.

Der Preis „Emil" wird von der Zeitschrift TV Spielfilm (Hubert Burda Media) für gutes Kinderfernsehen vergeben. Die Preisträger 2011: Produktionsfirma Kevin Lee Film für den Abenteuerfilm „Toni Goldwascher" (Regie: **Norbert Lechner**, BR); Studio 100 Media für die Folge „Spur in die Vergangenheit" aus der Animationsserie „Enyo – Der Erbe des Schamanen" (ZDF tivi); ZDF für den Zweiteiler „Prinz und Bottel" (Buch: **Michael Demuth** nach dem Kinderbuch von Kirsten Boie; Regie: **Karola Hattop**); KI.KA für die Folge „Kenia – Abenteuer-Safari und der größte Slum Afrikas" aus der Reportage-Serie „Jackys wilde Afrika-Tour"; Disney Channel für die Folge „Duell der Generationen" aus der Comedy-Serie „Zeke und Luther" (Disney XD); RBB für die Daily-Doku „Die Hauptstadtpraktikanten"; Studio Soi für den Animationsfilm „Der Kleine und das Biest" (Drehbuch: **Marcus Sauermann**) aus der ZDF-tivi-Reihe „Siebenstein"; NDR und Askania Media für die Thriller-Serie „Allein gegen die Zeit".

Der Europäische Civis-Online-Medienpreis 2011 für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa ging an das transnationale Webangebot (daStandard.at) der österreichischen Online-Tageszeitung derStandard.at. Den mit 5.000 € dotierten Preis nahm die Chefredakteurin **Gerlinde Hinterleitner** entgegen.

Das 6. Festival für Natur- und Umweltfilme „ökofilmtour 2011" wurde in Brandenburg durchgeführt. Eine Auswahl der Preisträger – Kinder- und Jugendfilm (5.000 €): **Herbert Ostwald** (Buch / Regie) für „Karawane der Bücher" (ZDF / ARTE); Naturfilm (5.000 €): **Iduna Wünschmann** (Buch / Regie) für „Die Mark in Lila – Heidelandschaften in Brandenburg" (RBB); künstlerische Leistung (5.000 €): **Claus Wischmann** (Buch / Regie) für „Kinshasa Symphony" (WDR / RBB); Hoimar-von-Ditfurth-Preis für die beste journalistische Leistung: **Folke Rydén** und **Ryszard Solarz** (Buch / Regie) für „Dorschs Dilemma" (ZDF / ARTE) sowie **Joachim Tschirner** (Buch / Regie) für „Yellow Cake – Die Lüge von der sauberen Energie" (Umwelt Film Produktionsgesellschaft mbH); Zuschauerpreis: **Hartmut Sommerschuh, Wolfgang Albus, Felix Krüger, Maren Schibilsky** (Buch / Regie) für „Energiesteppen oder Heimat? Eine Reise durch den Landwirtschaftswandel in Brandenburg" (Reihe „OZON unterwegs", RBB).

goEast – Festival des mittel- und osteuropäischen Films in Wiesbaden – eine Auswahl der Preisträger. Škoda-Preis für den besten Film (10.000 €) und FIPRESCI-Preis: „Der Heizer" von **Alexey Balabanov** (Russland); Dokumentarfilmpreis „Erinnerung und Zukunft" (10.000 €): „Das Ende des Sommers" von **Piotr Stasik** (Polen); Regie (7.500 €): „Morgen" von **Marian Crişan** (Rumänien / Frankreich / Ungarn); Preis des Auswärtigen Amts (2.000 €): „Gorelovka" von **Alexander Kviria** (Georgien). Filmförderpreise für Koproduktionen von Nachwuchskräften / Animation: „Breaking News", Regie: **Alexandra Lukina** (Russland), Produktion: **Aleksandra Szymanska** (Deutschland) und **Visar Krusha** (Kosovo); Dokumentarfilm: „Roma Rally", Regie: **Gabór Hörcher** (Ungarn), Produktion: **Marieke Bittner** (Deutschland); Kurzspielfilm: „Pepsi", Regie: **Peter Kerek** (Rumänien), Produktion: **Alexander Wadouh** (Deutschland). Die Gesamtsumme der Filmförderpreise betrug 210.000 €.

47. Grimme-Preis 2011 – Fiktion: **Rolf Basedow** (Buch); **Dominik Graf** (Regie); **Michael Wiesweg** (Kamera); **Claudia Wolscht** (Schnitt); **Max Riemelt, Ronald Zehrfeld, Mišel Matičević, Marie Bäumer** (Darstellung); **Wolf-Dietrich Brücker** (stellv. für die Redaktionen) für „Im Angesicht des Verbrechens" (WDR / ARTE / Degeto / BR / SWR / NDR / ORF). **Dinah Marte Golch** (Buch); **Christian Zübert** (Regie); **Udo Wachtveitl, Miroslaw Nemec, Lisa Wagner** (Darstellung) für „Tatort: Nie wieder frei sein" (BR). **Christian Zübert** (Buch); **Hermine Huntgeburth** (Regie); **Bettina Schmidt** (Szenenbild); **Frederick Lau** (Darstellung) für „Neue Vahr Süd" (WDR / RB). **Ariela Bogenberger** (Buch); **Rainer Kaufmann** (Regie); **Nina Kunzendorf** (Darstellung) für „In aller Stille" (BR). **Martina Mouchot** (Buch); **Aelrun Goette** (Regie); **Michelle Barthel** (Darstellung) für „Keine Angst" (WDR). Information und Kultur: **Eric Friedler** (Buch / Regie) für „Aghet – Ein Völkermord" (NDR). **Ali Samadi Ahadi** (Buch / Regie); **Jan Krüger** und **Oliver Stoltz** (Produktion) für „Iran Elections 2009" (WDR / ARTE). **Birgit Schulz** (Buch / Regie); **Katharina Schmidt** (Schnitt) für „Die Anwälte – Eine deutsche Geschichte" (WDR / NDR / RBB / ARTE). **Lutz Pehnert** (Buch / Regie, stellv. für das Team) für „DDR Ahoi!" (MDR / NDR). **Johannes Unger** (Idee / Projektleitung); **Andreas Dresen** (künstlerische Leitung) für „20 x Brandenburg" (RBB). Unterhaltung: **Kurt Krömer** (Gastgeber / Hauptdarsteller) für „Krömer – Die internationale Show" (RBB). **Doris Dörrie** (Buch / Regie); **Ruth Stadler** (Buch); **Gloria Behrens** und **Vanessa Jopp** (Regie) für „Klimawechsel" (ZDF). Sonderpreise im Rahmen des Grimme-Preises – Sonderpreis Kultur des Landes NRW: **Burkhard Feige** (Buch); **Felix Hassenfratz** (Regie); Dr. **Matthias Huff** (Idee / Leitung) für „Schnitzeljagd im Heiligen Land" (KI.KA). Publikumspreis der Marler Gruppe: **Jürgen Werner** (Buch); **Dror Zahavi** (Regie); **Götz George, Carolyn Genzkow** (Darstellung) für „Zivilcourage" (WDR). Eberhard-Fechner-Förderstipendium der VG Bild-Kunst (15.000 €): **Robert Thalheim** (Buch / Regie) für „Am Ende kommen Touristen" (ZDF). Besondere Ehrung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes für besondere Verdienste um das Fernsehen: **Thomas Gottschalk**.

Johannes Hano, Leiter des ZDF-Studios Peking und zugleich verantwortlich für das ZDF-Studio Tokio, wurde der mit 5.000 € dotierte diesjährige Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus zuerkannt. Der mit 2.500 dotierte Förderpreis geht an die NDR-Korrespondentin und -Reporterin **Ariane Reimers**, ARD-Korrespondentin in Peking. Einen ebenfalls mit 2.500 € dotierten Sonderpreis erhält **Nasser Hadar**, freier Mitarbeiter des Fernsehsenders Al-Dschasira.

Mit dem Hansel-Mieth-Preis prämiert die Reportage-Agentur Zeitenspiegel Text und Fotos engagierter Reportagen gleichermaßen. Er ging dieses Jahr, dotiert mit 6.000 €, an **Susanne Krieg** (Text) und **David Gillanders** (Fotos) für „Die andere Seite" (Geo Special Schottland). Das ebenfalls mit 6.000 € dotierte Gabriel-Grüner-Stipendium erhielten **Markus Wanzeck** (Text) und **Kathrin Harms** (Fotos) für das Projekt einer Reportage über eine deutsch-nepalesische Adoption. Ausgezeichnet wurden zudem: „Familie Breuninger wirft hin" von **Wolfgang Bauer** und **Hardy Müller** (Greenpeace Magazin); „Der Krieg geht nie zu Ende" von **Steffen Gassel** und **Kai Wiedenhöfer** (Stern); „Heavy Metal Cruise Karibik" von **Martina Wimmer** und **Bruce Gilden** (Mare); „Was am Ende übrig bleibt" von **Jürgen Schäfer** und **Brenda Ann Kenneally** (Geo); „Freischwimmer" von **Ariane Heimbach** und **Dörthe Hagenguth** (Mare); „Wie Dana es wollte" von **Mareike Fallet** und **Gordon Welters** (Chrismon Plus); „Müllers verdammtes Leben" von **Matthias Geyer** und **Sven Döring** (Spiegel); „Der Überfall" von **Susanne Leinemann** und **Eva Leitolf** (Zeit Magazin); „Der größte Pygmäe" von **Michael Obert** und **Matthias Ziegler** (Zeit Magazin).

Internationales Frauenfilmfestival Dortmund | Köln – Spielfilm (25.000 €): **Athina Rachel Tsangari** (Griechenland) für „Attenberg"; lobende Erwähnung: **Gabriela David** (Argentinien) für „La mosca en la ceniza". Trailer-Publikumspreis: **Ariane Astrid Atodji** (Kamerun) für den Dokumentarfilm „Koundi et le jeudi national". Dortmunder Dokumentarfilmpreis (10.000 €): **Helga Reidemeister** (Berlin) für ihr Lebenswerk als Dokumentarfilm-Regisseurin. Dortmunder Preis für Bildgestalterinnen (5.000 €): Ex aequo an **Eva Maschke** für den Dokumentarfilm „Frauenzimmer" (Regie:

Saara Aila Waasner) und an **Hanne Klaas** für den Dokumentarfilm „Ole" (Regie: Hanne Klaas); lobende Erwähnung: **Maria Goinda** für den Dokumentarfilm „Cartonera" (Regie Maria Goinda). Insgesamt wurden Preisgelder in Höhe von 41.000 € vergeben.

Der Journalistenpreis Abdruck „für preiswürdige journalistische Arbeiten über zahnmedizinische und zahntechnische Themen" wird von der Initiative pro Dente e.V. verliehen. Print: **Sylvia Mende** (Döbelner Anzeiger) und Dr. **Anja Störiko** (Elternzeitschrift spielen und lernen); TV: Redaktionsteam des Gesundheitsmagazins „Visite" (NDR); Hörfunk: **Rainer Ulrich** (BR).

Der 7. Journalistenpreis der Volksbanken, Raiffeisenbanken und Spar- und Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen war zum Thema „Wirtschaft vor Ort" für Beiträge aus Print und Fernsehen ausgeschrieben worden. Die Preisträger: **Michael Baar, Detlef Dowidat, Ruth Jacobus, Karin C. Punghorst** und **Wilhelm Schmitte** für die „Jubiläumsausgabe Handel und Wirtschaft" (Westfälische Nachrichten); **Stefan Deges** für „Vor dem Gesetz" (Rheinischer Merkur); Dr. **Matthias Kamann** für „Wo sind nur all die Bauern geblieben?" (Welt am Sonntag); **Ute Mattigkeit** für „Wieso muss ich der Stadt (dem Staat) Geld für einen Hund bezahlen?" („neuneinhalb", ARD-Nachrichtenmagazin für Kinder); **Frank Seidlitz** für „Einmal Krise und zurück" (Welt am Sonntag); **Hartmut Wagner** für „Der Quelle-Chef macht seinen letzten Rundgang" (Rhein-Zeitung). Der Preis war mit insgesamt 15.000 € dotiert.

Der Kurt-Magnus-Preis ist der Radio-Nachwuchspreis der ARD. Die Preisträger 2011 – 1. Preis (6.000 €): **Amelie Ernst**, Autorin, Reporterin und Redakteurin bei radioeins (RBB) sowie landespolitische Brandenburg-Korrespondentin des Senders; 2. Preis (je 5.000 €): **Jan Bösche**, Korrespondent für MDR Info, und **Tobias Nagorny**, Redakteur und Reporter im Fachbereich Kultur beim Nordwestradio (RB / NDR); 3. Preis (4.000 €): **Deborah Schamuhn**, Musikredakteurin beim SWR1 Rheinland-Pfalz, insbesondere für Entwurf und Moderation der Sendung „Musikalisches Quartett"; 4. Preis (3.000 €): **Jörg Steinkamp**, freier Mitarbeiter beim WDR Essen.

Der Kurzfilm-Wettbewerb für den Fairen Handel „REC A<Fair" wurde vom Forum Fairer Handel veranstaltet. 1. Platz: „Du hast es in der Hand" von **Kai Uwe Lipphardt** und **Martin Murch**; 2. Platz: „Lieber Spät(i) als nie!" von **Marcus Francke**; 3. Platz: Fairtrade kinderleicht!" von **Hagen Döcke**; 4. Platz: „I wear only sweat" von **Manon Heugel**; 5. Platz: „Teevolution" von **Christina Voigt**.

12. Landshuter Kurzfilmfestival – eine Auswahl der Preisträger. Hauptpreis (3.000 €): „Ich bin's Helmut" von **Nicolas Steiner** (Filmakademie Baden-Württemberg); Publikumspreis (2.000 €): „Daniels Asche" von **Boris Kunz** (HFF München); Animationspreis (1.000 €): „Loom" von **Polynoid** (Filmakademie Baden-Württemberg); bester mittellanger Film (500 €): „Vatermutterkind" von **Daniel Karl Krause** (Filmakademie Baden-Württemberg); Dokumentarfilmpreis (500 €): „Holding Still" von **Florian Riegel** (Kunsthochschule für Medien Köln); Deadline_Award (500 €): „Welk" von **Daniel Vogelmann** (HFF München); Kinderfilmpreis (300 €): „Seppi & Hias" von **Emre Koca** (HFF München). Preise für die besten jungen Filme – 1. Preis (500 €): „Reise zum Mars" von **Sebastian Binder** (Bauhaus Universität Weimar); 2. Preis (300 €): „Kopfkino" von **Quirin Kehm** und **David Schreck**; 3. Preis: „Sleepwalker" von **Janina Ludwig**.

Andreas Landwehr, dem langjährigen dpa-Bürochef in Peking, wurde der mit 15.000 € dotierte Journalistenpreis Liberty Award verliehen, den das Tabakunternehmen Reemtsma für herausragende deutschsprachige Auslandskorrespondenten vergibt.

Michel Legrand, dreifacher Oscargewinner, wird mit dem Filmmusik-Preis „Look & Listen – Telepool-BR-Music-Award" 2011 ausgezeichnet.

Der diesjährige Medienpreis Politik des Deutschen Bundestags, dotiert mit 5.000 €, ging an die Geschwister **Anita** und **Marian Blasberg** für das Dossier „Der Dicke und die Demokraten" (Die Zeit). Einen undotierten Sonderpreis für seine langjährige Tätigkeit erhielt **Günter Bannas**, Leiter der politischen Redaktion der FAZ in Berlin.

Der Medtronic Medienpreis – Medizin Mensch Technik wird von dem Medizintechnik-Unternehmen Medtronic vergeben. 1. Preis: **Monika Siegfried-Hagenow** für „Zwillinge in Not" (WDR Fernsehen); 2. Preis: **Christina Hucklenbroich** für die Themenseite „Auf Herz und Nieren geprüft" (FAZ); 3. Preis: **Martina Keller** für den Radiobeitrag „Der Fall des Chirurgen Broelsch" (WDR5).

Nachwuchspreis „New Faces Award" der Illustrierten Bunte – Debütfilm: „Picco" von **Philip Koch**; Darsteller: **Miriam Stein** („Goethe") und **Theo Trebs** („Rammbock", „Der ganz große Traum"); Sonderpreis: **Emma Schweiger** („Kokowääh").

Dem tunesischen Blog Nawaat (http://nawaat.org) wurde der mit 2.500 € dotierte „Netizen-Preis" 2011 von Reporter ohne Grenzen (ROG) zugesprochen, mit dem Verdienste um die Förderung der Meinungsfreiheit im Internet gewürdigt werden.

Volker Schlöndorff wird „für seine Verdienste um die deutsch-französische Verständigung" mit dem undotierten Deutsch-Französischen Medienpreis 2011 ausgezeichnet.

Gerhard Stadelmaier, Theaterkritiker der FAZ, erhielt für seinen Essay „Stuttgart als geistige Lebensform" den mit 10.000 € dotierten, alle zwei Jahre verliehenen Herbert-Riehl-Heyse-Preis, der von den Gesellschaftern des Süddeutschen Verlags gestiftet wurde.

Der Fotograf **Timo Vogt** erhielt für seine Multimedia-Show „ … aber hat nicht gedient – Junge Menschen verweigern den Krieg" den Bertha von Suttner-Medien- und Kunstpreis 2011 des privaten Friedensinstituts 21 (Dortmund / Essen) in der Kategorie Film und Medien (1.000 €) sowie den Publikumspreis.

Der „Wächterpreis der Tagespresse" wird von der Stiftung „Freiheit der Presse" (Bad Vilbel) vergeben. Die diesjährigen Preisträger – 1. Preis (12.000 €): Redaktionsteam (**Jens Anker, Michael Behrendt, Joachim Fahrun, Anne Klesse, Daniel Müller**) der Berliner Morgenpost für die Berichterstattung über die Missbrauchsfälle am Canisius-Kolleg in Berlin; 2. Preis (8.000 €): **Andreas Damm** und **Detlef Schmalenberg** für die Enthüllungen im Kölner Stadt-Anzeiger im Zusammenhang mit dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs beim U-Bahn-Bau; 3. Preis (6.000 €): **Matthias Thieme**, Redakteur der FR, für eine Artikelserie über die Machenschaften insbesondere der Hessischen Finanzverwaltung gegen vier Steuerfahnder, die einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Folge hatten; Preis für Volontäre (4.000 €): **Christina Hucklenbroich** für ihren Bericht in der FAZ über die schwierige berufliche Situation junger Tierärzte.

Jan Wiele, freier Journalist, gewann mit seinem Artikel „Die wildwestfälische Pause" (FAZ) den mit 5.000 € dotierten „Journalistenpreis Bahnhof 2010", den die Unternehmensgruppe Dr. Eckert vergibt.

Ahmad Zeidabadi, inhaftierter und in seiner Heimat mit Berufsverbot belegter iranischer Journalist, erhält den mit 25.000 US-Dollar dotierten World Press Freedom Prize 2011 der Unesco.

Anzeigen

Pressestellenanzeigen erhalten einen **Rabatt von 30 %** auf den Grundpreis.
Bei Fragen steht Ihnen Frau Claudia Härtig unter der Telefonnummer (030)255 94 160 gern zur Verfügung.

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Michael Pausder, Pressesprecher
Schellingstraße 31 · 80799 München · Tel. 089 / 21 17-217
Fax 089 / 21 17-280 · pausder@vdk.de · www.vdk-bayern.de

Porsche empfiehlt Mobil 1

Mehr unter www.porsche.de oder Tel. 01805 356 - 911, Fax - 912 (Festnetzpreis 14 ct/min; Mobilfunkpreise max. 42 ct/min).

Getan.

Gesagt.

Öffentlichkeitsarbeit und Presse à la Porsche.

PORSCHE INTELLIGENT PERFORMANCE

PORSCHE